

Rüdiger Zimmermann

FRIEDRICH ROHDE

Danziger Volkstagsabgeordneter, Fischer und Sozialist



Rüdiger Zimmermann

**Friedrich Rohde (1895-1970).
Danziger Volkstagsabgeordneter, Fischer und Sozialist**

Layout und Gestaltung:
Bianca Reiss

Bonn 2020

INHALTSVERZEICHNIS

- 03** Einleitung. Oder: Annäherung an einen Unbekannten
- 08** Wurzeln
- 12** Gelebtes Leben
- 14** Ein neues Tor der Freiheit? Annäherung an die organisierte Arbeiterbewegung
- 17** Krieg und Revolution
- 19** Nachrevolutionärer Alltag
- 20** Ein genealogischer Exkurs. Oder: Auch das Private ist das Politische
- 21** Beruflicher Neuanfang – Rückkehr in die Heimat
- 24** Bebels Erben in Danzig und Stutthof
- 27** Exkurs: Stutthof ein „linkes Nest“?
- 29** Von Wahl zu Wahl: Frühe Ergebnisse
- 30** Ein Aktivist tritt auf
- 36** Unruhige Jahre: Demontage der Demokratie
- 42** Faschisierung Stutthofs – letztes demokratisches Wetterleuchten
- 49** Verfolgung – Krieg – widerständisches Verhalten
- 58** Von der östlichen zur mitteldeutschen Ostsee
- 65** Wirtschaftsverbrecher
- 68** Rehabilitierung
- 72** Des Lebens Ende
- 73** Was vom Leben übrig bleibt
- 77** Bibliographie
- 81** Ortsnamenkonkordanz
- 82** Genealogische Karte Danzig (Copyright Fritz Schulz, Pforzheim)

EINLEITUNG

ODER: ANNÄHERUNG AN EINEN UNBEKANNTEN

Wenn sich Spezialisten über die sozialdemokratische Danziger Volkstagsfraktion austauschen, so fällt für gewöhnlich nur ein Name: Erich Brost (1903-1995). Der gelernte Buchhändler erwarb sein Wissen beim sozialdemokratischen Parteiorgan „Danziger Volksstimme“ und vertrat seine Partei im Parlament der unabhängigen Freien Stadt Danzig von 1935 bis 1936 unter lebensbedrohlichen Vorzeichen. Nach einer Odyssee durch viele Länder (Polen, Schweden, Finnland, Großbritannien) glückte ihm nach seiner Rückkehr nach Deutschland eine beispiellose Journalistenkarriere als Herausgeber und Verlagsleiter der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Kein anderer Danziger sozialdemokratischer Politiker reicht an die Wirkmächtigkeit von Erich Brost heran. Sein Leben ist oft beschrieben worden. Andere sozialdemokratische Abgeordnete haben in der Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung kaum Spuren hinterlassen. Gibt es dafür Gründe? Liegt es eventuell an einer schlechten und unzulänglichen Quellenlage?

Der polnische Historiker Marek Andrzejewski, der in biographischen Skizzen die überragende Rolle Erich Brosts in deutscher wie in polnischer Sprache mehrfach herausstrich, hat dem sozialdemokratischen Führungspersonal der Freien Stadt Danzig ansonsten kein besonders gutes Zeugnis ausgestellt. In seiner deutschen Zusammenfassung seiner in polnischer Sprache veröffentlichten Dissertation über die Danziger SPD der Zwischenkriegszeit hat er diese These besonders betont. Die Verantwortlichen – und hierzu zählen gewiss der Parteivorstand wie die Parlamentsfraktion - seien letztlich der schwierigen politischen und völkerrechtlichen Situation in der Zwischenkriegszeit nicht gewachsen gewesen. Andrzejewski vermisst Ausstrahlung und Visionen. Über dieses herbe Urteil kann man sicher streiten. Allerdings gilt: Menschen, die nicht zu den „Siegern der Geschichte“ zählen, gewinnen deutlich seltener das Herz junger Autorinnen und Autoren.



Quelle: Wikipedia

Julius Gehl (1869-1939), Maurer, langjähriger Danziger SPD-Vorsitzender und SPD-Fraktionsvorsitzender im Volkstag. Während des Kaiserreiches SPD-Reichstagskandidat und gewähltes Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

Allerdings gilt auch: Mit der anwachsenden Faschisierung der Freien Stadt standen die sozialdemokratischen Repräsentanten zunehmend mit dem Rücken an der Wand. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit erodierten zunehmend die Wählerbasis der mitgliederstärksten demokratischen Partei in der Freien Stadt. Ohne Schutz des Völkerbundes, der für den Schutz von Minderheiten eigentlich verantwortlich war, ohne Schutz durch die Siegermächte des Weltkrieges und ohne Schutz durch den wichtigsten Vertragspartner der Stadt – der Republik Polen – gerieten die sozialdemokratischen Repräsentanten in eine schier aussichtslose Situation und mussten nach dem Parteiverbot 1936 zusehen, überhaupt anständig zu überleben. Ihre Lebensgeschichte gleicht eher einer griechischen Tragödie. In einer sehr komplizierten Situation blieben viele ihren demokratischen und freiheitlich-sozialistischen Idealen treu. Ihr Leben verlief oft nicht spektakulär, gleichwohl ist ihr gelebtes Leben es wert, nachgespürt, aufgeschrieben und eingeordnet zu werden. Zu diesen scheinbar vergessenen Danzigern zählt auch Friedrich Rohde, der seiner Partei für drei Jahre im Danziger Parlament diente und der im Westen Deutschlands über Jahrzehnte in der historischen Überlieferung nicht existent war. Diese Tatsache ist in vielerlei Hinsicht überraschend.

Denn: Die Quellenlage für eine Kollektivbiographie der Danziger SPD-Abgeordneten im Volkstag sieht auf den ersten Blick nicht schlecht aus. Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) verwahrt den Nachlass Karl Töpfer (1888-1967). Der gelernte Buchdrucker, seit Juni 1933 Vorsitzender des Arbeiterverbandes Danzig und Mitglied des Volkstages, suchte von seiner neuen Heimat Schweden aus, das Schicksal ehemaliger sozialdemokratischer Abgeordneter aufzuklären. In den Nachlass flossen auch Mate-

rialien aus dem Besitz von Willy Moritz (1862-1960) ein. Der letzte SPD-Fraktionsvorsitzende saß mit Friedrich Rohde seit 1928 auf der Abgeordnetenbank. Töpfer und Moritz mühten sich ungemein, die Lebensstränge ihrer ehemaligen Fraktionskollegen und -kolleginnen wieder zusammenzuführen. Wilhelm Heinz Schröder hat diese fleißig zusammengetragene Dokumentation für sein ambitioniertes Datenbankprojekt BIOSOP, das Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarier in deutschen Reichs- und Landtagen nachweist, vollständig ausgewertet. (<http://zhsf.gesis.org/biosop.htm>) Töpfers und Moritz' Arbeit war also nicht umsonst. Für die Legislaturperiode 1928 bis 1930 blieb für die beiden Danziger Partei- und Gewerkschaftsvorsitzenden bei Rohde nur ein weißer Flecken zurück. Für den Fischer Friedrich Rohde aus Stutthof konnten beide keine Informationen über Leben und Schicksal nach 1945 auftreiben. Diese Lücke sucht die vorliegende kleine Dokumentation zu schließen.

Welche Motive stecken nun hinter der Absicht, dem Leben eines scheinbar verschollenen SPD-Abgeordneten in mühseligen Recherchen nachzuspüren? Die Antwort fällt leicht: Das Interesse an der eigenen Familiengeschichte. Mutter, Großmutter und Tante des Autors verließen am 27. April 1945 Stutthof. Ihre glückliche Odyssee per Schiff endete zunächst in Dänemark. Erst 1947 durften sie ihr unfreiwillig gewähltes Gastland Richtung Deutschland verlassen. Damit endete die Geschichte einer Familie an Haff, Weichsel und Nehrung, deren Wurzeln sich bis ins frühe 17. Jahrhundert nachweisen lassen.



Quelle: Private Aufnahme von Lea Zimmermann um 2008.

Ostseebad Sztutowo. Zugang zur Ostsee.

Nun hat Stutthof in der deutschen Geschichte keinen guten Ruf. Gibt man den Namen Stutthof in Suchmaschinen ein, wird man mit Treffern überhäuft. Die übergroße Anzahl der Treffer dokumentiert allerdings nicht den sozialen Alltag der ehemals dort lebenden deutschen Fischer, Arbeiter, Landarbeiter, Schiffer, Klein- und Großbauern, Handwerker und Gewerbetreibenden. Hingegen weisen viele Treffer in vielen Sprachen auf ein Konzentrationslager hin, welches die nationalsozialistischen Machthaber 1939 schon vor Kriegsbeginn geplant und danach sehr schnell in der Region zwischen Weichsel, Haff und Ostsee in Stutthof errichteten.

Liest man in Häftlingsberichten, so kommt die einheimische Bevölkerung bei der Bewertung nicht gut weg. Zahlreiche tradierte Familiengeschichten erweckten den Eindruck, Stutthof sei auch vor 1933 ein von deutschnationalen und nationalistischen Ideologien durchsetztes „Nest“ gewesen. Klarheit sollten Recherchen nach den örtlichen Wahlergebnissen in Stutthof schaffen, um etwas über das politische Milieu des Heimatdorfes der eigenen Mutter und Großeltern zu erfahren. Bereits erste Recherchen brachten alle Vorurteile ins Wanken. 1930 bei den Volkstagswahlen verbuchten Kommunisten und Sozialdemokraten in Stutthof eine Mehrheit unter den Abstimmenden. Mehr noch: Die KPD war hier stärkste Partei. Dies war offensichtlich kein Zufallsergebnis. Das politische Milieu bestimmten vor Ort über ein Jahrzehnt die Arbeiterparteien. Bei den Recherchen, die in der digitalisierten Ausgabe der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ ihren Anfang nahmen, stach ein Name ins Auge, der herausragte: Friedrich Rohde. Bei den Wahlen Ende 1927 wählten die Danziger und Danzigerinnen den gelernten Stutthöfer Fischer in ihr Parlament.

Ein Blick in die eigene Familiendatenbank ließ keinen Zweifel aufkommen: Friedrich Rohde gehörte zu den weiter entfernten Familienangehörigen, was die Neugier noch erhöhte. Internetrecherchen brachten rasch zusätzliche Details ans Tageslicht: Nach seiner Zwangsausweisung baute Rohde die erste volkseigene Fischfangkooperative der DDR auf, geriet als ehemaliger Sozialdemokrat in die Parteisäuberungen und in Haft, wurde später rehabilitiert und zum Lebensende hin mit einem hohen DDR-Orden dekoriert. Sprache und Duktus der überlieferten DDR-Quellen zu Leben und Werk des Stutthöfer Fischers sind kein reines Lesevergnügen. Alle Details sind jedoch ungemein spannend.

Rohdes Leben weist auf eine andere Facette einer Flucht- und Vertriebenenbiographie hin, die im westlichen Teil Deutschlands so nicht gelebt werden konnte. Als „überzeugter Sozialist und Fischer“ (Rohde über Rohde) suchte er unter schwierigsten stalinistischen Strukturen seinen bereits im Osten geträumten Traum einer besseren Welt weiter zu träumen. Dies gelang nur unter Brüchen. Glaubt man Rohdes eigenen Worten am Lebensende, so war er politisch und beruflich mit sich im Reinen.

Wie der letzte Bürgermeister der Deutschen in Stutthof den Verlust der alten Heimat erlebt hat, über die er im fortgeschrittenen Alter keine Auskunft mehr geben durfte, darüber wissen wir nichts. Details aus seinen überlieferten Lebensläufen weisen darauf hin: Es muss ihn beschäftigt haben. Der langjährige Referent am Deutschen Historischen

Institut in Warschau, Andreas Kossert, hat die Langzeitfolgen der Entwurzelung in seiner Studie „Kalte Heimat“ sorgfältig beschrieben und sie klug analytisch, pädagogisch und historisch gedeutet: „Bis in die dritte Generation hinein wirkte sich das Geschehen aus, egal ob darüber geschwiegen oder gesprochen wurde. Die Vertreibung hat im Leben der Familie alles verändert, sie prägte den Familienalltag, je nachdem wieviel Bedeutung die Geschichten von der alten Heimat und der Flucht hatten. Außerhalb der Familie tauchte dieses Thema dagegen kaum auf.“ (Andreas Kossert: Kalte Heimat, S. 46).



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Stutthof, Pillauer Straße, lockere Bebauung (um 1921).

So sieht sich auch diese kleine biographische Studie eingebettet in einen intergenerationalen „Verarbeitungsprozess“, der in den letzten Jahren erfreulicherweise viel an Fahrt gewonnen hat.

Ein besonderer und herzlicher Dank gilt an dieser Stelle Olaf Solms. Mit Olaf Solms teilt der Autor nicht nur die gemeinsamen Vorfahren Johann Hans Rohde und seine Frau Maria Stegmann (1668-1735); mit Olaf Solms teilt der Autor auch die Tatsache, prägende Jahre in Roßdorf bei Darmstadt verbracht zu haben und die Leidenschaft, den mütterlichen Vorfahren an Haff, Frischer Nehrung, Weichsel, Tiege und Ostsee nachzuspüren. Olaf Solms steht dem Helden der kleinen biographischen Studie genealogisch wesentlich näher; er hat es möglich gemacht, die familiären Wurzeln Friedrich Rohdes zu ergründen und damit wesentliche Impulse gegeben.

Ein weiterer großer Dank gebührt Uwe Sager. Uwe Sager hat über Jahre der eigenen Familie und vielen anderen Stutthöfer Familien quellentreu nachgespürt und genealogischen Einsteigern und Einsteigerinnen mit Rat und Tat in diversen Foren zur Seite gestanden. Auch der Autor hat von seinen profunden Hinweisen nachhaltig profitiert. Als Stutthöferinnen haben unsere beiden Mütter nicht nur in Günter Rehaags Heimatbüchern ihre Lebenserfahrungen geteilt, vielmehr arbeiteten beide jungen Frauen als Kolleginnen im größten Stutthöfer Metallbetrieb Hand in Hand zusammen und erlebten dort den Zusammenbruch des Dritten Reiches. Uwe Sager half mit, den trockenen Text mit Bildmaterial zu illustrieren und aufzulockern.

1970 besuchte der Autor als junger 23jähriger Student erstmals Stutthof und das zwischenzeitlich als Museum ausgebaute Konzentrationslager. Nur wenige hundert Meter entfernt war die eigene Mutter aufgewachsen. Die Unterstützung der vorliegenden Studie zu Leben und Werk des überzeugten Nazi-Gegners Friedrich Rohde durch den heutigen Leiter des wissenschaftlichen Dienstes des Museums Marcin Owsiniński bedeutete mir viel. Die vorliegende Arbeit wird konventionell als Privatdruck in kleiner Auflage für Freunde und Familienangehörige veröffentlicht. Gleichwohl werden einige Exemplare an unterstützende Archive und Bibliotheken abgegeben. Deshalb wurde auf eine gelungene Ausstattung Wert gelegt. Bianca Reiss hat durch ihre professionelle Unterstützung bei Layout und Gestaltung dem Manuskript ein individuelles Gesicht gegeben.

Von allen anderen fachlichen Unterstützern und Unterstützerinnen des kleinen Projektes möchte ich stellvertretend Marien van der Heijden vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam herausstreichen. Marien erteilte seinem alten Mitstreiter im Vorstand der International Association of Labour History Institutions (IAHLI) die einmalige – nicht wiederholbare - Ausnahmegenehmigung, die im Institut verwahrten ungebundenen Ausgaben der „Danziger Volksstimme“ im Original auszuwerten (1933 - 1936). Der physische Kontakt – Blatt für Blatt – zu dieser zentralen Danziger Quelle, gepaart mit einem einzigartigen Blick auf die alten Amsterdamer Hafenanlagen, ließ Träumereien entstehen: Was hätte aus der alten Hansestadt Danzig, dem Umland und ihren Menschen werden können, wenn sich Menschen politisch anders entschieden hätten? Ich widme die kleine vorliegende Arbeit posthum meiner in Stutthof geborenen Großmutter Emma Zimmermann (1899-1985), deren Wege sich oft mit Friedrich Rohde gekreuzt haben werden. Emma Zimmermann zog mich als Flüchtlingskind groß.

WURZELN

Friedrich Rohde wurde am 6. September 1895 in Stutthof bei Danzig geboren. Genauer gesagt: Im Wohnplatz Großer Weidenhaken. Der Wohnplatz lag etwas östlich von Stutthof. Das Gebiet, durchweg als „die Kampen“ bezeichnet, gehörte verwaltungstechnisch zur Stutthöfer Kommune. Die Kampen – ursprünglich vorgelagerte inselähnliche Erhebungen in Richtung Frisches Haff – boten Bauern hochwertigen Ackerboden und den Landesherren gute Einnahmen.

Der Stutthöfer Heimatforscher Günter Rehaag hat durch jahrelange Kärnerarbeiten, die in mehreren Heimatbüchern mündeten, viel dafür getan, dass wir über die Lage des Geburtshauses ziemlich genau informiert sind. Unter dem Rubrum „Heimat-Dokumentation Stutthof im 48. Jahr der Vertreibung“ hat der technische Zeichner Rehaag das Haus mit seinem späteren Besitzer „Friedrich Rohde, Kolonialwaren, Gasthaus, Fischer“ präzise und professionell in einer Karte im Maßstab 1:12.500 verortet. Die Berufsbezeichnungen der Besitzer und Mieter angrenzender Häuser lassen schon einiges über die Sozialstruktur der „einfachen Menschen“ Stutthofs erahnen: Fischhändler, Arbeiter, Landwirt, Landarbeiter, Arbeiter, Entenjäger, Hausfrau. Angelsächsische Historiker sprechen – in Anlehnung an einen biblischen Text – bei dieser sozialen Zusammensetzung gerne vom „Salz der Erde“.

Der Vater August Rohde (21.11.1851-1941) fischte bereits über die Fahrrinne „Breite Fahrt“ im Frischen Haff. Mit seinen schmalen Einnahmen baute er sich zusätzlich eine kleine mittelständische Existenz als Einzelhändler mit einer gasthausähnlichen Einrichtung auf. Mit seiner Frau Maria, geb. Duwensee (26.8.1857-1924), hatte August Rohde sieben Kinder. Zwei Kinder starben früh: Die Erstgeborene Justine Pauline (20.4.1885-27.4.1885) und der Letztgeborene Albert (20.10.1897-25.8.1898). Otto August Rohde (28.5.1886-1958) reüssierte später als Kapitän. Benjamin (1.4.1889-1944) ergriff den Beruf eines Kranführers und Carl Eduard (16.3.1892-1957) den eines Schiffbauers. Emilie Renate (1.7.1893-1961) heiratete 1919 in den weitverzweigten „Goertz-Clan“ ein. Ihre Ehe mit dem Fischhändler Richard Goertz (geb. 12.12.1893) ließ zwei Stutthöfer Fischerfamilien zusammenkommen. Emilies Schwager Eduard Goertz (4.11.1885-1961) fungierte als Fischer und Fischaukäufer und sollte Friedrich Rohdes Wege nach 1947 oft kreuzen. Mit ihrem Mann Richard betrieb Emilie nach Kriegsende im Berliner Westsektor in Friedenau ein eigenes Geschäft.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

2. von links: Friedrich Rohdes Schwester Emilie (1893-1961) im Kreise der eingeheirateten „Goertz-Familie“ um 1937. Kind rechts: der spätere Heimatforscher Günter Rehaag (1933-2017).

Sieben Kinder waren im späten Kaiserreich keine Ausnahme, sondern die Regel. Das Gleiche gilt für das Verhältnis von früh verstorbenen und überlebenden Kindern. Auf die Kinder mit ordentlichen Erwerbsbiographien wird das Ehepaar mit Stolz geblickt haben. Das galt sicher auch für Friedrich Rohde, der es als Nesthäkchen vielleicht einfacher hatte. Die Rohdes gehörten der evangelischen Gemeinde an. Erst als „alter Mann“ sollte Friedrich seine angestammte Glaubensgemeinschaft verlassen.

Wir wissen aus den genealogischen Untersuchungen Olaf Solms, die in einem öffentlichen Stammbaum in der genealogischen Datenbank Ancestry präzise zu verfolgen sind, viel über die Herkunft der Familie an Haff, Nehrung und Weichsel. Die nachgewiesenen Wurzeln mit dem Familiennamen Rohde reichen bis ins späte 17. Jahrhundert zurück. Alle Vorfahren kommen aus dem regionalen Bereich um Stutthof, Steegen und Tiegenort. Für Johann Hans Rohde – er war mit Maria Stegmann (1668-1735) verheiratet - haben sich die Tätigkeitsfelder Eigengärtner, Schiffer, Krüger, Mitnachbar überliefert. Schiffer und Krüger (= Gastwirt) sind fast genau die Berufe, die gut 200 Jahre später Friedrich Rohde, sein Nachfahre in der 7. Generation, ausüben sollte.

Mütterliche Abzweigungen des Familienstammbaumes reichen bis in die Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg zurück. Belastbare Zeugnisse für eine Familiengeschichte vor dem 17. Jahrhundert, also vor der systematischen kirchlichen Dokumentation, existieren nicht. Dazu bedürfte es Urkunden und Steuerbescheide. Man darf aber mit einem gewissen Recht spekulieren: Zu den Vorfahren des politisch Engagierten zählen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Familien, die als deutsche Erstbesiedler den Rufen der Deutschordensritter folgten.

Auch Friedrich Rohdes Mutterzweig ist gut ausgeleuchtet. Der Mädchenname der Mutter (Duwensee) gehört zu den ältesten im Werder nachgewiesenen deutschen Familiennamen überhaupt. Das Gleiche gilt für die Familienzweige der Großeltern mütterlicherseits, Freytag und Steinbrügger. Beide Namen schmücken schon die ältesten überlieferten Kirchenbücher der Kirchengemeinde Steegen (zu der Stutthof zählte) und der nahe gelegenen Kirchengemeinde Tiegenort.

Auch über die Heimatgemeinde Friedrich Rohdes wissen wir recht viel. Jakob Muhl, in den 1920er Jahren deutschnational gesinnter Erster Staatsanwalt der Freien Stadt Danzig, verfasste 1928 als aktiver Heimatforscher ein dickes Buch über Stutthof. Dem Juristen verdanken wir viele Detailinformationen. Wenig überraschend: Die Wurzeln des Dorfes reichen in die Zeit des Deutschritterordens zurück. Der Orden gründete im 13. Jahrhundert zwischen Weichsel und Nogat eine Reihe von Ordenshöfen. Dazu zählte auch ein „Stutenhof“, leicht südwestlich der Frischen Nehrung gelegen. Mit kurzem Fußmarsch (1,7 km) war die Ostsee zu erreichen. Das sog. Frische Haff lag in sicherer Entfernung 1,5 km östlich entfernt. Der Hof, der Pferdezucht betrieb, lag hochwassergeschützt auf einem erhöhten sandigen Kern. Nun soll an dieser Stelle keine komplexe Erzählung der Geschichte Stutthofs entfaltet werden. Die Wellen der deutschen, niederdeutschen und holländischen Besiedlung sind oft genug nachgezeichnet worden. Als wichtigste Kennziffer mag genügen: Stutthof war administrativ auf das Engste mit der blühenden Hansestadt Danzig verbunden.



Quelle: privat

Kirche von Steegen. Friedrich Rohdes Taufkirche. Stutthof gehörte zum Kirchspiel Steegen. Vor der Kirche: Edith Lutz (geb. Zimmermann). Aufnahme von 1976.

Die altherwürdige Handelsmetropole hatte sich in ihrem Emanzipationsprozess vom feudalen Ordensstaat früh die Nehrung als Einflussphäre gesichert. Als sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die reiche Handelsstadt dem polnischen Königreich freiwillig unterstellte, geriet auch Stutthof unter polnische Herrschaft. Nach mehreren desaströsen dynastischen Kriegen um das mehrheitlich von Deutschen besiedelte Gebiet kam Stutthof mit Danzig im Zuge der polnischen Teilungen 1793 zum Königreich Preußen. Mit den ehemals zu Polen gehörenden Landesteilen holte sich Preußen eine starke polnische Minderheit ins Land. Im Stutthöfer Gebiet dominierte indes uneingeschränkt der deutsche Bevölkerungsanteil. Bei den Wahlen der Zwischenkriegszeit fielen in Stutthof nie mehr als drei Stimmen auf die ansonsten gut organisierten polnischen Listen. Für jeden, der sich politisch engagierte, bedeutete nach dem Versailler Vertrag die Abtrennung Danzigs und die Etablierung einer teilautonomen Freien Stadt Danzig die zentrale Herausforderung. Wie hältst Du es mit der Freien Stadt? war quasi die Gretchenfrage, der sich alle Politiker stellen mussten. Auch Friedrich Rohde musste diese Frage beantworten.

GELEBTES LEBEN

Historisch ein Glücksfall: Über Friedrich Rohdes beruflichen Werdegang wissen wir ziemlich gut Bescheid. Wesentlich besser als über die allermeisten seiner ehemaligen Abgeordnetenkollegen. Und: Wir kennen auch viel mehr Details seines Lebens als Einzelheiten über die Schicksale seiner ehemaligen Stutthöfer Nachbarn, die sich entweder 1945 auf die Flucht begaben oder als verbliebene „autochthone Deutsche“ 1946/1947 ausgewiesen wurden und Stutthof Richtung Westen in eine ungewisse Zukunft verlassen mussten. Diese Tatsache verwundert zunächst, hatten doch seine ehemaligen SPD-Fraktionskollegen über Jahre vergeblich nach Rohde Ausschau gehalten. Woher kommt nun die Fülle detaillierter Informationen? Die Antwort kann rasch gegeben werden: Nach 1947 machte Rohde im östlichen Teil Deutschlands Karriere und schloss sich der SED an. Das heißt: Keine Funktionärskarriere der DDR ohne Kaderakte. Keine Kaderakte ohne Lebensläufe und Beurteilung durch die „Oberen“. Die Kaderakte hat sich im Landesarchiv Greifswald erhalten (Rep. 296a Nr. 833). Durch den „Eisernen Vorhang“ drangen offensichtlich keine Informationen zu seinen alten politischen Freunden in den Westen, die nach ihm fahndeten.

Wir wissen folglich: Von 1901 bis 1909 besuchte Friedrich Rohde die Volksschule seines Heimatortes. Schulbilder aus dieser frühen Schulzeit sind nicht überliefert. Erst ab dem Jahr 1914 haben sich dank der intensiven Suche von Günter Rehaag Aufnahmen erhalten, auf denen Jungs in kurzen Hosen, kurzen Haaren und oft ohne Schuhe ernst in die Kamera blickten. Dank der Spurensuche Anneliese Klingaufs (geb. Haase) verfügen wir aber über eine Beschreibung der Schulsituation im späten Kaiserreich: „Unsere ‚alte‘ Schule, wie wir sie kennen, wurde 1867 fertiggestellt. Knaben und Mädchen wurden seinerzeit getrennt unterrichtet. [...] Als im Jahre 1889 die Schülerzahl in Stutthof größer wurde, erfolgte auf dem zur Gemeinde Stutthof gehörenden ‚Weidenhaken‘ die Ein-

richtung einer einklassigen Schule. Der Schulbesuch zu dieser Zeit war sehr schlecht (zwischen 68 und 51 Prozent). Ebenso schlecht war er bei strenger Kälte, hohem Schnee, ungangbarem Eise [...]“. (Ostseebad Stutthof. Plön 1995, S. 24).

Rohde wird also den Beginn seiner Schulkarriere in einer einklassigen Volksschule erlebt haben. Allerdings strich er in seinen diversen Lebensläufen stets heraus, die „Oberstufe“ in Stutthof absolviert zu haben. Die Vermutung liegt also nahe, dass er in den Klassen 5 bis 8 bessere Lernbedingungen vorfand.

In jedem Fall: Rohde scheint einiges gelernt zu haben und die Stutthöfer Volksschule ihn als Jugendlichen mit einer gehörigen Portion Abenteuerlust entlassen zu haben. Ab Ostern 1909 fuhr der Vierzehnjährige als Schiffsjunge auf einem Segelschoner zur See. Noch Jahrzehnte später konnte er sich an den Verdienst erinnern: „Freie Kost“ und 6 Mark Wochenverdienst. Die Lebenserfahrungen werden nicht mit Geld zu begleichen gewesen sein. Nach einem Jahr quittierte der Schiffsjunge seinen Dienst und startete eine ordentliche Lehre als Fischer im väterlichen Betrieb.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Dampfer „Friede“ der Stutthöfer Strehlau-Familie auf der Königsberger Weichsel (um 1935).

Viele Nachkommen der Fischer an Haff, Weichsel und Ostsee haben über die harten Arbeitsbedingungen ihrer Vorfahren berichtet. Auch über den Alltag der Fischer besitzen wir dank Berichten in der Heimatpresse ziemlich detaillierte Informationen. (Ostseebad Stutthof. Plön 1995, S. 187). Die Fischerei beschränkte sich nicht nur auf das geschützte Haff. Ein See-Haff-Kanal bei Pillau verband Haff und Ostsee. Nicht wenige Stutthöfer Fischer hatten ihre Boote am Ostseestrand liegen und bewältigten den Weg ins Heimatdorf zu Fuß. Schon eine oberflächliche Durchsicht der Kirchenbücher macht deutlich:

Der Beruf war nicht nur hart; er war auch gefährlich. Todeseinträge ertrunkener Fischer durchziehen über Jahrhunderte die Kirchenbücher von Steegen, Tiegenort, Tiegenhof und Pröbbernau. Eine der wirkmächtigsten Bilder über die Gefahren des Berufs hat Paul Bahr in den „Tiegehöfer Nachrichten“ gezeichnet: Drei seiner engsten Angehörigen ertranken 1934 in der Ostsee nur ca. 100 Meter vom Strand entfernt. [Rudi Bahr; Fischer – Ein harter Beruf. Zum Gedenken an meine Eltern, meine Kindheit in Stutthof und Bodenwinkel. In: Tiegehöfer Nachrichten, Jg. 36 (1995), S. 99-100].

Wir dürfen sicher sein: Friedrich Rohde wird in seiner Ausbildungszeit als Fischer auf dem väterlichen Kahn und als Mitglied einer Fanggemeinschaft (auf der Ostsee wurde mit 3 - 4 Mann gefischt) „alles“ über den Fischfang und die Werte eines guten Kollektivs gelernt haben. Auch die Entlohnung als Fischerlehrling blieb lebenslang eingepreßt: Es gab vom Vater keinen Lohn.

EIN NEUES TOR DER FREIHEIT? ANNÄHERUNG AN DIE ORGANISIERTE ARBEITERSBEWEGUNG

Der langjährige „Vorwärts“-Redakteur Jochen Loreck legte 1977 eine Studie vor, der er den einprägsamen Titel gab „Wie man früher Sozialdemokrat wurde“. Zahllose andere Biographien und Autobiographien haben nahezu deckungsgleich ein gleiches oder ähnliches Grundmuster beschrieben: Ortswechsel aus kleinbürgerlichen/agrarischen Verhältnissen hin zu handwerklichen oder industriellen Arbeitsbeziehungen, Kontakte zu neuen Kollegen mit neuen Ideen, die Erfahrung handfester Arbeitskonflikte, in denen „gestandene“ Kollegen überzeugend und angstfrei auftreten, Eintritt in die Gewerkschaft und/oder die Sozialdemokratie, Übernahme von Funktionen als junger Aktivist, regelmäßige Lektüre der Arbeiterpresse. Fast könnte man von einem „solidarischen Erweckungserlebnis“ sprechen. Alle genannten Punkte treffen auf Friedrich Rohde in idealtypischer Weise zu. 49 Jahre nach Eintritt in die deutsche Sozialdemokratie legte der geborene Stutthöfer in der Zeitschrift „Fischkombinat“ eine knappe autobiographische Skizze vor, die all die aufgeführten Punkte auflistet.

1913 wechselte der ausgelernte Fischersohn den Arbeitsplatz und trat als Arbeiter in die preußische Strombauverwaltung ein. Die Schiffbauverwaltung sollte für den Hochwasserschutz und die Schiffbarmachung der großen preußischen Flüsse sorgen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Strombauverwaltung>). Die bereits 1825 gegründete Einrichtung zählte zu den typisch preußischen Innovationen, auf administrativen Wegen infrastrukturelle Verbesserungen für einen wirtschaftlichen Take-off zu schaffen. Soziale Belange gingen dabei oft unter. Der Sitz der Strombauverwaltung für den Wechselstrom befand

sich in Danzig. Die Verwaltung arbeitete mit diversen Subunternehmern zusammen. Rohdes Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, „überflüssige“ – vom Fluss geschaffene – Altarme wieder zuzuschütten. Der Stutthöfer hat ein sehr genaues Bild der herrschenden Arbeitsbedingungen gezeichnet: 10 Stunden Arbeitszeit (ohne Frühstücks- und Mittagspause), 28 Pfennig Stundenlohn, zusätzlicher Akkordlohn pro bewegter Lore von 4 Pfennig, Auszahlung des Akkordlohnes bei 40 bewegten Loren, die von zwei Arbeitern gezogen wurden. Was folgte, hatte sich bereits tausendfach auf deutschen Baustellen wiederholt: Um die Auszahlung des Akkordlohnes kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Streiks waren in der staatlichen Strombauverwaltung untersagt. Arbeiter kündigten massenhaft, erfahrene Vertrauensleute sorgten durch Intervention bei der Strombauverwaltung für eine „gerechte“ Auszahlung des Akkords. Der achtzehnjährige Rohde hielt sich bei den Auseinandersetzungen nicht zurück und scheint bei älteren Aktivisten Eindruck hinterlassen zu haben.

Ältere Kollegen luden den jungen Mann in die nächste Arbeiterversammlung ein. Er landete in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Rohde hat seine „Erstversammlung“ eindrucksvoll beschrieben: „In der Versammlung sprach der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Storch. Ich war durch den Vortrag so ergriffen, daß ich kurz danach Mitglied der Deutschen Sozialdemokratie wurde.“ [Friedrich Rohde: Mein Parteiabzeichen trage ich mit Stolz. In: Fischkombinat, Nr. 18 (November 1962)]. Ein kleiner Erinnerungsfehler muss allerdings korrigiert werden: Unter den zehn durch das undemokratische Dreiklassenwahlrecht gewählten preußischen SPD-Abgeordneten findet sich kein Storch. Mit ganz großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich um einen gewählten Abgeordneten des Provinziallandtages Westpreußen, deren Abgeordnete von der Forschung bislang recht stiefmütterlich behandelt wurden und deren Namen wir nicht kennen.

Kurze Zeit nach seinem SPD-Beitritt erwarb Rohde auch die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft. Er trat dem Deutschen Transportarbeiter-Verband bei. Zu den Vorläufern der Organisation zählten zahlreiche Lokalvereine der Handelsarbeiter, Transportarbeiter, Kutscher, Fuhrleute, Hafendarbeiter und Seeleute. 1896 schlossen sie sich zu einer schlagkräftigen Gewerkschaft zusammen. Der föderalistisch und spartenmäßig aufgebaute Verband zählte im Kaiserreich zu einer der einflussreichsten Gewerkschaften, die erstmals im großen Stil Ungelernte rekrutierte. Das Führungspersonal stammte reichsweit überdurchschnittlich häufig aus ostdeutschen Regionen. Gesellschaftspolitisch existierten in der Organisation sehr radikale Unterströmungen, die allerdings nie den Kurs der Gewerkschaft als Ganzes bestimmten. Der Gewerkschaftseintritt bedeutete ein mutiges Bekenntnis und endete in einem staatlichen Regiebetrieb nicht selten mit Entlassung. In der Eisenbahnverwaltung war gewerkschaftliches Engagement beispielsweise gänzlich untersagt.



Quelle: Wikipedia.

Kolorierte Postkarte des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (um 1910).

Rohde besuchte nach eigenen Worten regelmäßig die Versammlungen der Bauhandwerker, die für die Instandsetzungen der Wasserstraße sorgten. Sehr früh gewann er anscheinend Akzeptanz, denn seine Kollegen wählten ihn zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann. Seine gewerkschaftliche Feuertaufe erhielt der junge ehrenamtliche Funktionär im April 1914. Seine Arbeitseinheit hatte den Auftrag, den Übungsplatz der Pioniere in Graudenz zu vergrößern. Mit einem Bagger wurde Sand aus der Weichsel entnommen und mit Handkarren - jeweils von zwei Mann geschoben – zur Baustelle gedrückt: Stundenlohn 32 Pfennig sowie der klassische Akkordzuschlag. Wieder kam es wegen der Auszahlung des Akkords zu massiven Streitigkeiten, die Rohde mit Hilfe seiner Gewerkschaft, die ihn „geheim“ beriet, zu Gunsten der Beschäftigten löste.

Wir können also davon ausgehen: Schon mit 19 Jahren kehrte Friedrich Rohde bei Besuchen in seinem Heimatort als gefestigter Sozialdemokrat und Gewerkschafter zurück, der wusste, wovon er sprach.

KRIEG UND REVOLUTION

Autobiographische Angaben zu Rohdes Soldatenzeit sind rar. Nach Kriegsbeginn hatte er zunächst als Pionier zu dienen. Sein zuletzt ausgeübter Beruf als Bauhandwerker wird diese Wahl der Militärbehörden begünstigt haben. Aus den Überlieferungen der sog. Heimatortskarteien lässt sich sehr deutlich erkennen: Dienstfähige junge Männer aus den Küstenregionen zog das Militär aus naheliegenden Gründen häufig zur Marine ein. 1915 ereilte den gelernten Fischer das gleiche Schicksal. Er hatte als Mitglied der sog. Matrosendivision in Kiel anzutreten. Bei den Marinedivisionen handelte es sich um Truppenteile an Land. Die Einheiten bildeten sozusagen das Reservoir für die Besatzung der Schiffe mit seemännischem Personal. (<https://de.wikipedia.org/wiki/Matrosendivision>) Schon der in den 1890er Jahren verlegte Brockhaus nannte die Berufe, die für einen Dienst in dieser speziellen Truppe in Frage kämen: „Seeleute von Beruf, See-, Küsten- und Haffischer.“ (<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?werk=Brockhaus&id=131207&imageview=true>). So war der Stutthöfer in Kiel nicht „alleine“. Günter Rehaag hat das Bild einer munteren zuprostenden Kieler Soldatentruppe aus Stutthof und Bodenwinkel übermittelt, die alle als Marineangehörige während des Krieges in Kiel Dienst schoben. (Ostseebad Stutthof. Plön 1995, S. 257).

Glück für Friedrich Rohde: Als Angehöriger der 1. Marinedivision wurde er während des gesamten Krieges nicht zu Kampfeinsätzen eingezogen. Zeugnisse zu Rohdes Militärzeit waren nicht aufzufinden. In seinen späteren Lebensläufen teilte er jedoch ein wichtiges politisches Detail mit. Der junge Sozialdemokrat schloss sich im April 1917 der abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Die linkssozialistische, revolutionär gestimmte Partei lehnte die Bewilligungen der Kriegskredite im Reichstag ab und drängte auf rasche Beendigung des Krieges. Fern der alten Heimat durchlief der Stutthöfer während des Krieges in Kiel ganz offensichtlich einen zusätzlichen Radikalisierungsprozess. Das unvergleichliche politische Milieu in der Stadt an der Förde trug dazu maßgeblich bei. In keiner Stadt Deutschlands lebten und arbeiteten so viele Arbeiter geballt auf engstem Raum zusammen wie in Kiel. Zusammen mit der Masse der stationierten Matrosen dominierten die in den Werften Beschäftigten das Stadtbild. Die beiden nun getrennt auftretenden Arbeiterparteien hatten sozusagen ein Heimspiel: „Diese konnten sich auf eine mit 70.000 Angehörigen vergleichsweise überproportional stark vertretene sowie vielfach organisierte und politisch geschulte Arbeiterschaft in der Stadt stützen.“ (Jürgen Jensen: Kiel und die Novemberrevolution, S. 73).

Spätestens als die Marineleitung meuternde Schiffsbesatzungen in Wilhelmshaven, die sich im Herbst 1918 weigerten, eine letzte sinnlose Schlacht gegen die überlegene britischen Marine zu schlagen, nach Kiel verlegten, kam es zu der sehr „speziellen Mixtur“ kriegsmüder Arbeiter mit widerständigen Marinesoldaten. Details – die die Sterbeglocke der letzten Tage der Hohenzollernmonarchie einläuteten - sind in vielen wissenschaftlichen Darstellungen, populärwissenschaftlichen Dokumentationen, Autobiographien, Romanen und Filmen verarbeitet. An dieser Stelle soll deshalb nicht die Kieler Revolutionsgeschichte aufgeblättert werden.

Eine große Kieler Protestveranstaltung am 3. November 1918, bei der es Todesopfer zu beklagen galt, endete in einer Massenmeuterei, die in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1918 in der Konstituierung des ersten deutschen Soldatenrates mündete. Zu den Gewählten zählte Friedrich Rohde. Ganz offensichtlich hatte der Stutthöfer Fischer in den drei Jahren als einfacher Marinesoldat ein beträchtliches Vertrauenskapital erworben. Dirk Dähnhardt hat es herausgestrichen: Für drei Tage (3. bis 5. November 1918) lag das Zentrum politischer Entscheidungen über Deutschlands Zukunft in Kiel und nicht im Reich. (Dirk Dähnhardt: Von der Meuterei zu Revolution. Kiel als Ausgangspunkt der Novemberrevolution 1918, S. 137.)



Quelle: Quelle: Wikipedia.

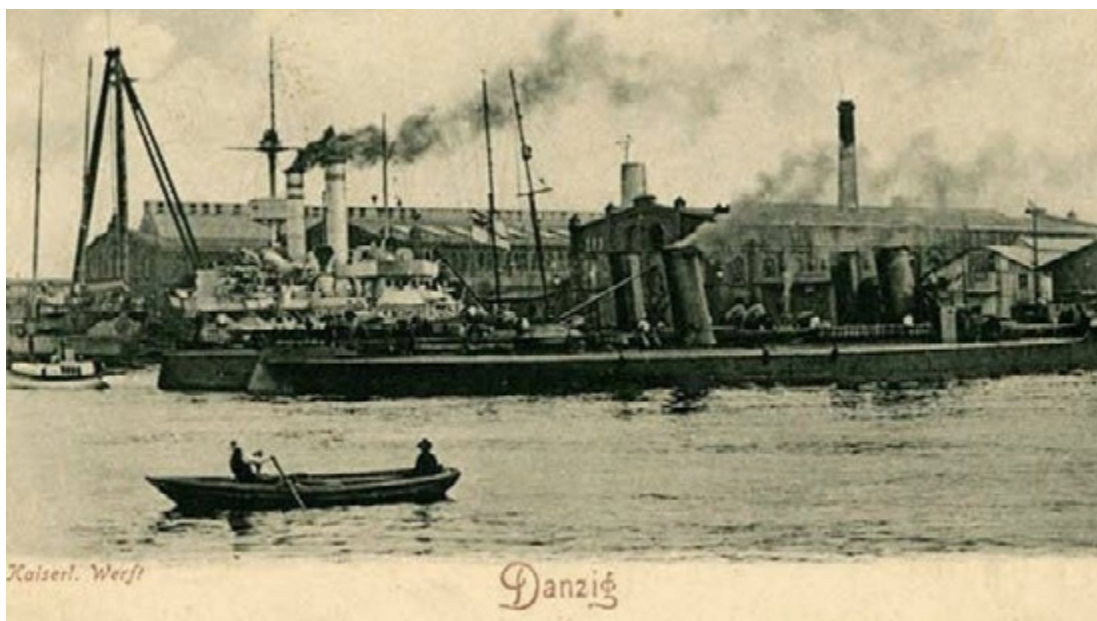
Revolutionspostkarte Kiel 1918.

Lange Zeit haben diverse Historiker die „fachliche Qualität“ des ersten deutschen Soldatenrates nicht besonders hoch eingeschätzt: Zu bieder, zu naiv, zu wenig machtbeusst lautete ihr abwertendes Urteil. Jüngere Forscher und Forscherinnen sehen dies mittlerweile differenzierter: Die vom Soldatenrat verabschiedeten „14 Punkte“ hätten wirkmächtig zur Bildung weiterer Räte beigetragen und den revolutionären Prozess in Deutschland hin zur demokratischen Republik beschleunigt. Um es pathetisch auszudrücken: Rohde wechselte für ein paar Tage vom einfachen Soldaten hin zum Berufsrevolutionär, der Geschichte schrieb.

Der Einfluss des Soldatenrates auf den revolutionären Prozess ging alsbald rapide zurück. Die Gründe sind mannigfaltig. Zum einen bestimmte ein neukonstituierter Arbeiterrat das Geschehen entscheidend mit, zum anderen übernahm mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Noske ein Mann in Kiel das politische Ruder, der mit Rätebewegungen herzlich wenig anfangen konnte. Hinzu kam: Mit der raschen Demobilisierung verließen viele gewählte Soldatenräte die holsteinische Hafenstadt. Spätestens im Januar 1919 hatte der Soldatenrat jeden Einfluss verloren und löste sich auf. Ein Aufstand mit revolutionärem Charakter hatte sein Ende gefunden. Wir wissen aus späteren Lebensrückblicken: Für Friedrich Rohde waren in jenen turbulenten Tagen der Zugewinn an politischer Erfahrung, der Zugewinn an Führungsqualitäten und der Zugewinn an administrativen Befähigungen groß. Von diesem immateriellen Kapital sollte der Fischer lange zehren.

NACHREVOLUTIONÄRER ALLTAG

Wie die meisten der demobilisierten Soldaten kehrte auch Rohde in seine Heimatregion zurück. Allerdings trat er nicht mehr in die Preußische Strombauverwaltung ein, sondern suchte sein Glück auf der ehemaligen Kaiserlichen Werft; von den Einheimischen auch Plehnersdorfer Werft genannt. Auf die vormalige Königliche Werft Danzig (1854-1871) fiel 1871 nach der Reichsgründung neuer Glanz: Sie stieg zur „Kaiserlichen Werft“ auf. Gemeinsam mit den Werften in Kiel und Wilhelmshaven bildete Danzig die dritte Kaiserliche Werft, die am Bau und der Instandsetzung der rapide wachsenden Flotte beteiligt war. Allerdings hatte die Danziger Werft einen gravierenden Standortnachteil: Der zu enge Zugang über das flache Fahrwasser machte den Bau großer Schiffe unmöglich. Zum Ende des Weltkrieges arbeiteten auf der Werft 7.000 Beschäftigte.



Quelle: Wikipedia.

Kaiserliche Werft Danzig (vor 1919). Friedrich Rohdes „nachrevolutionärer“ Arbeitsplatz.

Der kommende dramatische Verlust von Arbeitsplätzen hatte viel mit Kriegsende und der Ausgliederung der Freien Stadt aus dem Reichsverbund zu tun. Die Beschäftigungszahlen gingen 1919 auf 2.500 Arbeiter und Angestellte zurück. Massenentlassungen im Sommer 1919 mündeten in Streiks und Gewaltaktionen der besorgten Belegschaft. (Günter Stavorius: Die Geschichte der Königlichen-Kaiserlichen Werft Danzig 1844-1918, S. 264.) Neue Besitzer ab 1919: Die Siegermächte Großbritannien und Frankreich; auch die Republik Polen hielt Anteile. Schon der Name machte die neuen Besitzverhältnisse deutlich: „International Shipbuilding and Engineering Company Limited – Danziger Werft.“

Rohde behielt seine Mitgliedschaft als Werftarbeiter im Deutschen Transportarbeiter-Verband bei. Schiffsbau – eigentlich ein klassischer Metallbetrieb – gehörte in Deutschland traditionell zum Rekrutierungsfeld des Transportarbeiterverbandes. Zunächst als gewerkschaftlicher Betriebsobmann, dann 1920 als Betriebsrat gewählt, suchte der Stutthöfer die Interessen seiner Kollegen, die extrem von Arbeitslosigkeit bedroht waren, zu verteidigen. Angesichts der politischen und ökonomischen Gesamtsituation ein schier aussichtsloses Unterfangen.

EIN GENEALOGISCHER EXKURS ODER: AUCH DAS PRIVATE IST DAS POLITISCHE

Obgleich Rohde in Danzig arbeitete, verlor er nie den Kontakt zur engsten Heimat. Dafür sorgte schon seine Verlobte. In der Weihnachtszeit 1920 war es soweit: In Jungfer heiratete der Stutthöfer seine Verlobte Meta Maria Kochanski. Das Dorf Jungfer gehörte ursprünglich zum Kreis Elbing. Nach Gründung der Freien Stadt Danzig schlugen die alliierten Siegermächte auf der Versailler Friedenskonferenz Teile des alten Kreises Elbing dem neuen künstlichen Staatsgebilde zu. Genauer gesagt: dem neugebildeten Kreis Großes Werder. Wie lange sich die frisch Getrauten kannten, wissen wir natürlich nicht. Alles spricht dafür: Sie kannten sich von Kindesbeinen an. Denn: Sie waren miteinander verwandt und werden sich auf Familienfesten oft genug gesehen haben.

Meta Maria erblickte am 8. 5. 1901 in Jungfer das Licht der Welt. Aus welchem Hause kam nun die Braut? Ihr Vater war der Fischermeister Gustav Adolf Kochanski (8.9.1862-13.8.1929); die Mutter Auguste Friedericke Kochanski, geb. Duwensee (10.5.1868-11.1.1930). Die Eltern stammten aus Jungfer. Zufall oder nicht: Beide Väter des Brautpaares hatten den gleichen Beruf (Fischermeister). Meta Marias Vater Gustav Kochanski war in erster Ehe zunächst mit Henriette, geb. Abraham liiert. Weder der 1896 erstgeborene Sohn Gustav Heinrich, noch der 1897 zweitgeborene Sohn Ernst Heinrich überlebten und starben schon 1897. Das Familiendrama endete am 4. Juli 1898: Henriette Kochanski starb 14 Monate nach der Geburt des zweiten Kindes. Mit Auguste Friederike Duwensee ging Gustav Adolf Kochanski alsbald eine neue Ehe ein.

Friedrich Rohdes Mutter Maria Renata und Metas Mutter Auguste Fridericke waren Schwestern. Kurzum: Friedrich Rohde führt am 2. Weihnachtsfeiertag 1920 seine Cousine zum Traualtar, eine Liaison, die das Bürgerliche Gesetzbuch als Verwandtenheirat tolerierte.

BERUFLICHER NEUANFANG – RÜCKKEHR IN DIE HEIMAT

Als Friedrich seine Cousine ehelichte, hatte er bereits einige Monate früher wichtige Entscheidungen für eine neue berufliche Ausrichtung getroffen. Er hatte die Danziger Werft verlassen. Nach seinen Selbstzeugnissen aus freien Stücken, um sich als Seemann weiter zu qualifizieren, d.h. ein Patent als Steuermann zu erwerben. Neuer Arbeitsplatz: Geestemünde (heute ein Stadtteil Bremerhavens). 1924 schlossen sich Geestemünde und Lehe zur Stadt Wesermünde zusammen, die zu jener Zeit 155 Fischdampfer beheimatete. Auf der 1904 gegründeten Reederei Grundmann & Gröschel, die auch Hochseefischerei betrieb, heuerte Rohde zunächst als Matrose an. Innerhalb kurzer Zeit stieg der Westpreuße zum Bestmann auf, d.h. als erfahrener Matrose ohne nautisches Patent übernahm er in Abwesenheit des Kapitäns die Funktion eines Steuermanns. Mit 13 Fischtrawlern operierte die Fangflotte des Unternehmens in der Nordsee und um Grönland und Island. Ob Rohde ein Patent als Seesteuermann erwarb, bleibt unklar. Von einer soliden Erweiterung seiner fachlichen Qualifikation dürfen wir ausgehen.

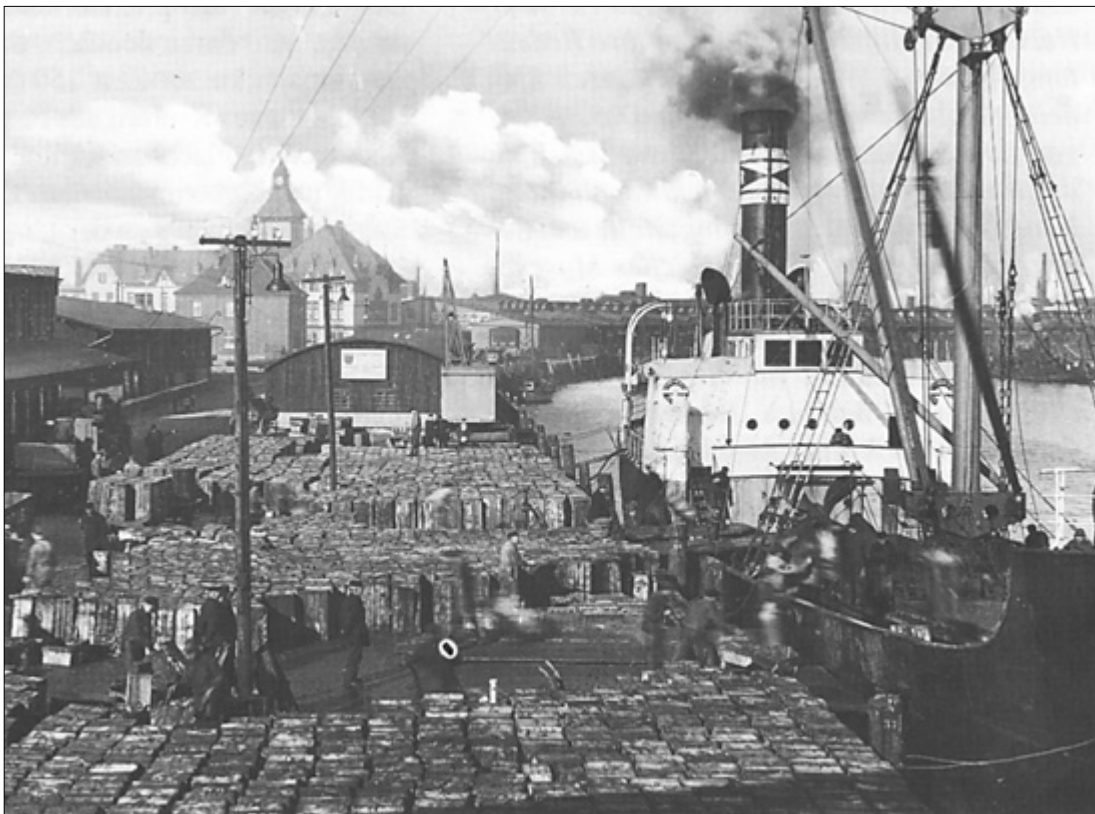


Quelle: Wikipedia.

Wesermünde: Fischereihafenschleuse. Friedrich Rohdes Arbeitsplatz in den frühen 1920er Jahren.

Sehr klar bleibt indes sein gewerkschaftliches Engagement. Als „Vertrauens-Bootsmann“ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes sorgte er für geregelte Einhaltung der Arbeitszeiten und für einen ordentlichen Arbeitsschutz. Mit „seinem“ Transportarbeiter-Verband ging Rohde 1923 in die Multibranchengewerkschaft „Deutscher Verkehrsbund“, dem im Jahr der größten Geldentwertung weitere Dienstleistungsgewerkschaften (u.a. Postpersonal) beitraten. Der neue Gewerkschaftszusammenschluss musste an der Nordseeküste alsbald seine Feuertaufe bestehen. In vielen seiner überlieferten Lebensläufe hat Rohde die Teilnahme an den Arbeitskämpfen der Unterweserorte ganz besonders herausgestrichen. Was war geschehen?

Ergebnislose Tarifverhandlungen konnten in der Weimarer Republik durch ein kompliziertes Schiedsgerichtsverfahren beendet werden. Ein solcher Schiedsspruch im Mai 1923 hatte das Realeinkommen der Fischkuttermannschaften um 20 % bis 30 % reduziert. Die Matrosen lehnten die Schlichtung ab und rüsteten seit dem 23. Mai 1923 zum Streik. Ab 26. Mai 1923 lief von Bremerhaven und Geestemünde kein Fischdampfer mehr aus. Zu aller Überraschung beteiligten sich auch die Kapitäne am Aufstand, so dass im Juli 1923 alle Forderungen der Streikenden weitgehend erfüllt wurden. (Rudolf Herbig: Wirtschaft, Arbeit, Streik, Aussperrung an der Unterweser, S. 178 f.) Werner Beckmann sieht in seiner unternehmerfreundlichen Studie „Die Reedereien der Hochsee- und Heringsfischerei in Bremerhaven“, S. 17 die Ergebnisse des dreimonatigen Streiks allerdings deutlich kritischer. Mitten im Geschehen: der Stutthöfer Friedrich Rohde.



Quelle: Wikipedia.

Entladener Fischdampfer vor Halle VII im Fischereihafen von Bremerhaven um 1925.

Wie Rohde den regelmäßigen Besuch seiner Familie von Bremerhaven nach Danzig organisierte, wissen wir nicht. Am 8. Oktober 1923 kam in Jungfer die Tochter Erika Gertrud Rohde zu Welt. Der Geburtsort spricht dafür, dass das junge Brautpaar nach Eheschließung zunächst im Haushalt von Friedrichs Schwiegereltern unterkam. Rohde quittierte in Bremerhaven seinen Dienst und kehrte in die Freie Stadt zurück. Am 1. Dezember 1925 erblickte sein Sohn Walter das Licht der Welt. Gab es auch berufliche Gründe für seinen „Stellungswechsel“? 40 Jahre nach seinem Berufswechsel machte der Stutthöfer einen Arbeitsunfall für seine Kündigung als Hochseefischer verantwortlich. Rohdes Parteifreund, der Fischer Gottfried Goertz, fügte 1961 noch einen weiteren Grund für die Rückkehr seines Freundes hinzu: Der Tod der Mutter im Jahr 1924 habe letztendlich die Rückkehr bewirkt. (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833).

Der Rückkehrer stieg in das Geschäft des mittlerweile zweiundsiebzigjährigen Vaters ein, arbeitete als selbständiger Fischer und zog auch in das elterliche Wohnhaus um. Gleichzeitig wird er mit Unterstützung seiner Ehefrau das kleine Kolonialwarengeschäft mit angeschlossenem Gasthaus betrieben haben. Und man darf weiter spekulieren: Das kleine Gasthaus wird sich rasch zum Mittelpunkt der örtlichen Sozialdemokratie entwickelt haben. Denn: Rohde nahm als mittlerweile Endzwanziger rasch Funktionen in der lokalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wahr, die ihn in kürzester Zeit in den Danziger Volkstag führten. Wohl kaum ein Stutthöfer Parteifreund wird über einen ähnlich großen politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungsschatz verfügt haben wie der Fischer aus Weidenhaken.

BEBELS ERBEN IN DANZIG UND IN STUTTHOF

Als Rohde 1924 in seine alte Heimat zurückkehrte, kehrte er faktisch ins Ausland zurück. Das Schicksal Danzigs und seines Umlandes legten die Siegermächte – ganz im Gegensatz zur Selbstbestimmungsphilosophie des amerikanischen Präsidenten Wilson - nicht in die Hände des Souveräns. Stattdessen erkoren sie 1920 Danzig und ein genau definiertes Umland zur politisch selbständigen „Freien Stadt“ gegen den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung. Ziel der neuen Staatsgründung: Polen sollte einen gesicherten Zugang zum Meer erhalten. „Freie Stadt“ klang zunächst souverän und mächtig. In Wirklichkeit schränkte der Versailler Vertrag diese Souveränität stark ein. Mit Polen per Zollunion verbunden, vertrat die polnische Republik die „Freie Stadt“ auch außenpolitisch. Unter dem Schutz des Völkerbundes entstand ein Kleinstaat, der nach Worten des ehemaligen Völkerbundkommissars Carl Jacob Burckhardt „[...] wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist.“ (Zitiert nach Wolfgang Gippert: Kindheit und Jugend in Danzig 1920-1945, S. 56). Zur „Freien Stadt“ gehörte künftig auch Stutthof. Die Literatur zur unglücklichen Zwitterstellung der Freien Stadt Danzig füllt Bibliotheken. Sie soll an dieser Stelle nicht aufgeschlagen werden. Alle völkerrechtlichen Konflikte um das junge Staatsgebilde waren 1920 bereits angelegt. Jeder, der auf lokaler Ebene die politische Bühne betrat, musste sich mit dem Sonderstatus Danzigs, dem Verlust des Hinterlandes, und den daraus resultierenden Folgen auseinandersetzen. Natürlich war auch Friedrich Rohde davon betroffen.

Welche Rolle spielte nun das neue Staatsgebilde für das gelebte Leben Friedrich Rohdes? Und welche Rolle spielte die Freie Stadt in der Strategie der Parteien der Arbeiterbewegung, in der sich Rohde eingebettet sah? Wie stark waren die Arbeiterparteien in Danzig? Und wie stark waren sie in Rohdes Heimatdorf Stutthof? Das teilsouveräne Gebilde „Freie Stadt“ umfasste knapp 400.000 Bewohner. Neben dem Danziger Stadtkreis, entstanden als politische Verwaltungseinheiten die Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und der Kreis Großes Werder. Rohdes Heimatdorf Stutthof zählte zum Kreis Danziger Niederung.

Nun werden an dieser Stelle keine ausgefeilten Wahlanalysen präsentiert werden, noch wird an dieser Stelle die nicht ganz einfache Geschichte der Parteien der Danziger Arbeiterbewegung präsentiert werden. Ein paar Kennziffern sollen dennoch das politische Milieu charakterisieren, in dem der Sozialdemokrat Rohde die nächsten Jahre wirken sollte. Das agrarisch geprägte Westpreußen hatte im Kaiserreich nie zu den Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung gezählt. Gleichwohl konnte die SPD bei den letzten Reichstagswahlen in ganz Westpreußen 27.994 Wähler mustern. (Ernst Loops: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, S. 179). Ein solider Kern von ehrenamtlichen Funktionären bildete das Rückgrat der Partei. Auch der Wahlkreis Danzig-Land, in dem die männlichen Stutthöfer abstimmen konnten, war für die Sozialdemokratie keine Terra incognita. Der gelernte Maurer Julius Gehl, späterer Präsident des Volkstages, kam 1912 in die Stichwahl und unterlag dem Freikonservativen Kandidaten. Stolz vermerkte das Danziger SPD-Blatt 1912: Von 1893 bis 1912 habe sich der Anteil der Wähler in Danzig-Land

Die Fackel

Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei Danzigs.

Danzig, im April 1928

Das Parteiprogramm

der
Sozialdemokratischen Partei Danzigs

Der kommende Parteitag der Danziger Sozialdemokratischen Partei hat u. a. die Aufgabe, der Partei ein neues Programm zu geben. Die vom vorjährigen Parteitag eingesetzte Programmkommission hat einen Entwurf ausgearbeitet, dem als Grundlage das Programm der deutschen Sozialdemokratie diente. Dieser Entwurf wurde von der letzten Parteilausführung gutgeheißen. Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern den Entwurf zur Kenntnis. Bräudewische Anträge zum Entwurf sind dem Parteibüro rechtzeitig einzureichen.

Grundsätzlicher Teil.

Die ökonomische Entwicklung hat mit immerer Beschleunigung zum Erlöschen des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung vermindert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter zu einem heillosen Proletariat verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomischen Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitung-, Überwachungs-, Organisations- und Bereinigungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterklasse überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riefenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelstufen wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt verweigert, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen. Unantastbar sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Ermüdung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereint Industrielkapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter,

sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Wir der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Säulen für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch die stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geklärt und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarbte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt der Masse, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Herrschenschaft zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Verwirklichung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Welt, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Danzigs ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet treibt sie zu ihrem Endziel.

von 1.469 auf 5.057 erhöht. Nur zur Erläuterung: Die Angabe von Wählerstimmen (statt Prozentangaben) gehörte - über alle Parteien hinweg - zum journalistischen Alltag, um die eigene Bedeutung zu verstärken. [Volkswacht, 3. Jg. (17. Januar 1912)].

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, als kein Politiker an eine Abtrennung Danzigs vom Reich je dachte, fuhren die beiden Arbeiterparteien SPD und USPD in Danzig mit 64.518 Stimmen (= 44,6%) in Stadt- und Landkreis Danzig einen überraschend hohen Sieg ein. Das städtische Ergebnis entsprach den Ergebnissen im Reich und spiegelte das große Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die ehemals oppositionell ausgerichteten sozialistischen Parteien, die Nachkriegsgeschichte in gute Bahnen zu lenken. Schon nach Bekanntgabe der Pläne einer territorialen Neugestaltung Danzigs und seines Umlandes verschlechterte sich allerdings das Standing der Arbeiterparteien. Oder anders ausgedrückt: Die nationale Frage überlagerte die soziale.

Ernst Loops zitiert als Schlüsseldokument eine Resolution der Danziger Sozialdemokratie auf einer großen Danziger Volksversammlung in der zweiten Jahreshälfte 1919. Unverkennbar das verzweifelte Bemühen, die internationalistische Grundgesinnung mit den „nationalen Gefühlen“ der Mitglieder und Wähler in Einklang zu bringen: „Seitdem es eine deutsche Sozialdemokratie gibt, ist sie für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten. Es ist von Wilson und seinen 14 Thesen als Grundlage für den Völkerfrieden anerkannt. Wir wollen deutsch bleiben, weil die Zukunft des arbeitenden Volkes nach den Erfolgen der Revolution im Schutze der deutschen Republik gesicherter erscheint als im polnischen Staate. Wir rufen auf die Arbeiter der alliierten Länder, daß uns durch ihre Regierung keine Gewalt angetan wird. Die Entscheidung über unser Schicksal soll in unseren Händen liegen.“ (Ernst Loops: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, S. 183). Wir alle wissen: Moralisch gefärbte Resolutionen hatten nach dem Krieg keine Realisierungschance.

Die schwierige Lage der Stadt ließ auch die beiden Arbeiterparteien Danzigs einen ganz besonderen Weg gehen. Nach scheinbar erfolgreichen Verhandlungen, in denen sich die Flügel nur mühsam auf einen Kompromiss einigen konnten, hoben die Sozialisten im November 1919 eine neue, geeinte Partei aus der Taufe: Die spätere „Sozialistische Partei der Freien Stadt Danzig“. Welchen Rückhalt hatte die neue Partei in der Bevölkerung? Aufschlüsse sollten die Kommunalwahlen im Dezember 1919 erbringen, die die preußische Staatsregierung für Anfang 1919 noch untersagt hatte. Enttäuscht nahmen die sozialistischen Aktivisten das Wahlergebnis zur Kenntnis: Im Vergleich zur Wahl der Nationalversammlung ging der Stimmenanteil der Arbeiterparteien von ca. 46.000 auf 26.300 zurück. Natürlich: Viele SPD-Anhänger hatten als demobilisierte Soldaten zwischenzeitlich die Stadt verlassen. Gleichwohl war ein Trend zu nationalen Parteien unverkennbar und sollte sich alsbald fortsetzen. Die Verletzung „nationaler Gefühle“ bestimmte immer stärker das Votum an der Wahlurne. Allerdings: Zur großen Überraschung konnte sich die programmatisch sehr links ausgerichtete vereinigte Arbeiterpartei in einigen ländlichen Kommunen glatt durchsetzen. Zu diesen Kommunen gehörte auch Stutthof: 9 Mandate der vereinten linken Liste standen 6 Mandate der vereinigten bürgerlichen Liste gegenüber. (Ernst Loops: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, S. 187).

EXKURS: STUTTHOF EIN „LINKES NEST“?

Gibt es nun Erklärungen, warum ein knapp 3.000 Seelen umfassendes Dorf links wählte? Wahlforscher wissen: 2 Dinge müssen für ein nachhaltiges Votum für linke Arbeiterparteien zusammenkommen. Die Sozialstruktur muss „stimmen“, d.h. die Alltagsinteressen der Wählerinnen und Wähler muss ein linkes Programm vor Ort abdecken. Und: Ein Netzwerk von anerkannten und geschätzten Persönlichkeiten muss die Programmatik glaubhaft verkörpern. Besonders bei eher atypischen Wahlentscheidungen auf der lokalen Ebene kommen „den Menschen“ eine besondere Bedeutung zu. Neben Stutthof wählten in den ländlichen Kreisen auch andere Gemeinden „links“, dies war jedoch nicht die Norm. Stutthof bildete somit schon eine große Ausnahme bei den Wahlentscheidungen. Das soziale Netzwerk (modern würde man heute vielleicht von Influencern sprechen), das dieses Ausnahmestimmverhalten begünstigte, lässt sich nach fast 100 Jahren natürlich nicht mehr rekonstruieren. Es muss dieses spezielle Netzwerk aber gegeben haben. Allerdings lassen sich keine Namen mehr zuordnen. In seinen Lebensläufen hat Rohde zwei benachbarte Fischer (Fritz Thoms und Gottfried Goertz) als Zeugen für sein sozialdemokratisches und antifaschistisches Engagement in Stutthof benannt. Wir können also davon ausgehen, dass auch unter den selbständigen kleinen Fischern, zu denen letztlich ja auch Rohde zählte, die „Saat des Sozialismus“ aufgegangen war. Auch der spätere SPD-Volkstagskandidat Friedrich Mankau, eigentlich Maurer von Beruf, hatte jahrelang seinen Lebensunterhalt als Fischer verdient. Dies ist atypisch und verblüfft in jeder Hinsicht. Eigene erlaschte Familienerzählungen stützen die Thesen von den „fischenden Sozialisten“ in Stutthof.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Einer der großen Arbeitgeber vor Ort: Die Stutthöfer Ziegelei.

Andere rare Hinweise auf engagierte Sozialdemokraten in Stutthof deuten auf die klassischen Berufe hin: Maurer, Tischler, Stellmacher etc. Allerdings – und hier folgt das Narrativ wiederum den eigenen Familienerzählungen – übte linke Sozialkritik auch auf die Landarbeiter Stutthofs eine beträchtliche Faszination aus. Die Aufstellung Günter Rehaags „gewerbliche Betriebe in Stutthof“ vermittelt etwas von der Diversifizierung gewerblicher Strukturen und der Herausbildung lohnabhängiger Strukturen in der Zwischenkriegszeit. (Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof, Plön, S. 15 f.) Die Herausbildung moderner Arbeitsbeziehungen hatte eine lange Tradition. Historiker, Volkskundler, Geographen analysierten mehrfach, dass sich die deutschen bäuerlichen Erstbesiedler zunächst im nördlichsten Teil des Werders in Haff- und Weichselnähe niederließen. Im 18., 19. und 20. Jahrhundert seien viele von ihnen schon lange keinem selbständigen bäuerlichen Gewerbe mehr nachgegangen. Stattdessen hätten sie sich als kleine Handwerker, Schiffer und Fischer emanzipiert. Ferner wuchs der Anteil der Landarbeiter, die sich auf den großen Höfen verdingen mussten. Andere Zweit- und Drittöhne – vom großen Erbe ausgeschlossen, suchten als kleine „Eigengärtner“ ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die 1905 neu erbaute Kleinbahn brachte nicht nur neue Kurgäste nach Stutthof, sie brachte auch neue Dienstleistungsberufe und neue Ideen. Dieser soziale Mix beschreibt in etwa das Rekrutierungsfeld, in dem die Parteien der Arbeiterbewegung ihre größten Wahltriumphe feierten.

Für Gebiete östlich der Elbe kam eine besondere Note hinzu: Vor allem Landarbeiter litten unter der immer noch in Preußen vorherrschenden Gesindeordnung, die die individuelle Freizügigkeit „des Gesindes“ empfindlich einschränkte. Unter diesen Einschränkungen litten nicht nur Männer, sondern vor allem Frauen. Durchforstet man systematisch die Kirchenbücher der evangelischen Gemeinde Steegen, zu der auch Stutthof zählte, so sticht bei den Trauungen die anwachsende Zahl weiblicher Berufsangaben Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts der künftigen Ehefrauen ins Auge: Mägde, Köchinnen, Hausgehilfinnen etc. Zwischen Schulentlassung und Heirat gehörten die Ausübung temporärer ungelernter Berufe zunehmend zur weiblichen Normalbiographie. Die mangelnde Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen junger Frauen zu ihren Herrschaften war nicht selten Quell tiefgreifender Konflikte, oft durch romantisch verherrlichende Rückblicke in der Heimatliteratur verkleistert. Sicher: Schlechte Behandlung des weiblichen Dienstpersonals (einschließlich sexueller Gewalt) war nicht zwingend, kam aber vor und wurde durchgängig unter den Teppich gekehrt. Auch hier kann der Autor aus der eigenen Familiengeschichte schöpfen. Die Lebensgeschichte der eigenen Großmutter mütterlicherseits, die ihr erstes Kind vom Patron „empfang“, spricht mehr als tausend Bände.

Die junge polnische Historikerin Jaśmina Korzak-Siedlecka, die in Polen über „Gewalt und Ehre“ in der frühen Neuzeit auf der Nehrung und dem Gebiet des Weichsel-Nogat-Deltas (Scharpau) promovierte, hält ihre Erkenntnisse durchaus für die „spätere Neuzeit“ übertragbar: „Die Situation (soziale, ökonomische) der Opfer war schwierig, und ihre Chancen Gerechtigkeit zu suchen, fast keine.“ (Mail an den Verfasser im Januar 2019). Warum diese knappen Ausführungen? Aus vielen familiären Heimaterzählungen wird deutlich: Bei aller tiefempfundenen Liebe zur eigenen Heimat und ihren Menschen wurde der Charakter der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchaus als „ungerecht“ empfunden und auch so beschrieben.

Nach der Novemberrevolution verschwand die Gesindeordnung sang- und klanglos. In den industriellen Regionen – den eigentlichen Hochburgen der Arbeiterbewegung – erzeugte diese emanzipatorische Tat nur wenig Euphorie. In Dörfern Ostdeutschlands, in denen der Boden dafür schon bereit war, profitierten die linken Parteien von den Entscheidungen des ersten rein sozialistischen Rates der Volksbeauftragten. In Stutthof war dies offensichtlich im besonderen Maße der Fall. Die Abschaffung der Gesindeordnung schien nur ein Anfang, gleichsam ein Versprechen auf die Zukunft. Viel hing für die künftige politische Ausrichtung in der Freien Stadt Danzig – und damit auch in Stutthof - von einer geglückten Balance der sozialen und der nationalen Frage ab.

VON WAHL ZUR WAHL: FRÜHE ERGEBNISSE

Allerdings musste die vereinigte Linke in Danzig alsbald weitere Rückschläge hinnehmen. Innerhalb der USPD-Anhängerschaft setzte sich der Flügel durch, der einen Anschluss an die Kommunistische Internationale bedingungslos befürwortete. 1920 zerbrach die heterogene linkssozialistische Strömung; die Mehrheit schloss sich am 23. Januar 1921 auf einem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Schon der erste seriöse Geschichtsschreiber der KPD, der jüdische Emigrant, ehemaliges KPD-Mitglied und spätere Hochschullehrer Ossip K. Flechtheim, lehnte sich in seiner „Geschichte der KPD“ an den Psychoanalytiker Erich Fromm an. (Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 261 f.) Der desillusionierte revolutionäre Flügel der deutschen Arbeiterbewegung habe sich nach vielen Enttäuschungen früh für einen „magic helper“ entschieden. Statt auf die eigene Kraft zu bauen – so Flechtheim –, hätte dieser Flügel früh einer großen fernen Macht vertraut, die es hätte richten sollen, aber nicht richten konnte. Flechtheims analytischer Ansatz aus dem Jahr 1948 hat auch nach 70 Jahren nichts an Erklärungskraft für die Spaltung der USPD eingebüßt. Die USPD bestand zunächst „als Rest“ weiter, ehe sie sich 1922 – schwer gezeichnet von der Inflation – in ihrer übergroßen Mehrheit wieder mit der SPD vereinigte.

Die Querelen innerhalb der Sozialdemokratie sollten in Rohdes Heimatdorf das Ansehen der Arbeiterparteien zunächst nicht wesentlich schmälern. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung gaben am 10. Mai 1920 in Stutthof 776 Männer und Frauen ihre Stimmen ab. Die Stimmverteilung sah wie folgt aus (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt):

Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Stutthof und der Freien Stadt 1920

USPD 38,6% (17,5%)

Deutschnationale Volkspartei 35,3% (28,3%)

SPD 20,5 (15,8%).

Abgegebene Stimmen: 776.

(<http://forum.danzig.de/showthread.php?16084-Danziger-Volkstagswahlen&p=130341#post130341>)

Tendenz und Richtung der Wahl braucht an dieser Stelle nicht besonders interpretiert zu werden. Zusammen genossen die Arbeiterparteien noch einen großen Vertrauensvorschluss.

Zum Höhepunkt der Hyperinflation, die auch die Freie Stadt hart traf, mussten sich die Parteien für die erste Volkstagswahl am 18. September 1923 erneut zur Wahl stellen. Das bürgerliche Lager ging in Stutthof aus der Wahl gestärkt hervor, trat allerdings stark zersplittert in Erscheinung. Die Ergebnisse in Stutthof (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt):

Wahlen zum Volkstag in Stutthof und der Freien Stadt 1923

SPD 38,2% (25,5%)

Deutschnationale Volkspartei 27,2% (27,5%)

Vereinigung der Fischer 5,8% (0,8%)

Freie Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter 4,1% (2,5%)

Deutsche Danziger Volkspartei 2,5% (5,0%)

KPD 2,3% (9,18%)

Abgegebene Stimmen: 1099.

(<http://forum.danzig.de/showthread.php?16084-Danziger-Volkstagswahlen&p=130341#post130341>)

Erstmals stellte sich im Freistaat die „Fischerpartei“ mit einigem Erfolg zur Wahl. In Stutthof erreichte sie zwar nur 5,7 % der Wählerstimmern, im nahegelegenen Fischerdorf Bodenwinkel erhielt sie jedoch 358 von 455 (=78,7%) abgegebenen Stimmen. Mit der „Fischerpartei“ und ihrem „Anführer“ erwuchs dem sozialdemokratischen Fischer Friedrich Rohde eine Konkurrenz, an der er sich in den kommenden Jahren regelrecht abarbeiten sollte.

EIN AKTIVIST TRITT AUF

Ob Friedrich Rohde auf die Volkstagswahlen 1923 in seinem Heimatdorf in irgendeiner Weise Einfluss nehmen konnte, bleibt ungewiss. Sicher wird er bei seinen Heimatbesuchen mit seinen Parteifreunden intensive Gespräche geführt haben. Als gestandener und erfahrener Gewerkschafter und Aktivist, der nach eigenen Worten „alle sozialistischen Klassiker“ gelesen hatte, mischte er nach Rückkehr in die Heimat sofort politisch mit. Auf traditionellen politischen Rückhalt in seiner Herkunftsfamilie konnte Rohde nicht bauen. Seine Eltern hat er später als „unpolitisch“ eingeschätzt. Nur sein Bruder Otto sei politisch aktiv gewesen: Bis 1933 in der Deutschnationalen Volkspartei, danach in der NSDAP. Allerdings habe seine Frau Meta stets ein SPD-Mitgliedsbuch besessen. (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833). Innerparteiliche sozialdemokratische Abstimmungsergebnisse in seinem kleinen Heimatort sind nicht überliefert, geschweige denn innerparteiliche Diskussionen. Das Parteiorgan „Danziger Volksstimme“ war ein rein städtisches Organ und spiegelte innerparteilich durchgängig nur das Parteileben in der großen Stadt Danzig.

Eine Ausnahme bildete die Stadt Neuteich, in der die SPD zeitweise den Bürgermeister stellte. Im Übrigen drang nur wenig bis nichts über innerparteiliche Konflikte an die Öffentlichkeit. Die Partei war eisern bemüht, nach Außen Geschlossenheit zu dokumentieren.



Quelle: AdSD, NL Töpfer.

Friedrich Rohde (um 1925).

Durch diverse Lebensläufe sind wir jedoch in groben Zügen über Rohdes Parteikarriere informiert. Von 1924 bis 1935 wählten die Stutthöfer Sozialdemokraten Friedrich Rohde zu ihrem Vorsitzenden. In den Lebensläufen stets auffällig herausgestrichen: Seine Aktivitäten als „Kreisjugendführer“, die ihm wohl besonders viel bedeuteten. Sichtbarer Aufstieg Rohdes in der lokalen Parteihierarchie: die Kreistagswahl im Kreis Danziger Niederung im Mai 1927. Unter der Überschrift „Vormarsch der Danziger Sozialdemokratie“ verkündete die „Danziger Volksstimme“ die Mandatsverteilung: SPD 7, Deutschnationale Volkspartei 7, KPD 3, Fischer 1, Danziger Volkspartei 1, Zentrumspartei 1. Auf Kreisebene hatte die Sozialdemokratie mit 4.174 Stimmen die stärkste konservative Partei mit 4.052 abgegebenen Stimmen sogar knapp geschlagen. (Danziger Volksstimme, Jg. 18 (23. Mai 1927), Nr. 119].

Unter den sieben sozialdemokratischen Abgeordneten: Friedrich Rohde. Nach eigenen Worten übernahm er die Fraktionsführung und gehörte als Kreisausschussmitglied quasi zur ehrenamtlichen „Kreisregierung“. Seinen innerparteilichen Aufstieg auf Freistaats-ebene verdankte Rohde u.a. seinem unerbittlichen Kampf gegen die „Fischerpartei“, die in der Nachbargemeinde Bodenwinkel das politische Leben vollständig dominierte. Die Partei war im Volkstag zwar nur mit einem Abgeordneten vertreten, bedeutete allerdings eine seriöse Konkurrenz für die Sozialdemokraten im Kampf um die Wählerstimmen der kleinen Leute.

In den Fokus seiner Kritik stellte Rohde den Parteiführer Walter Böhm (1877-1935). Böhm hatte nie als Fischer ein Fischerboot betreten, übte indes auf die Fischer an Haß und Nehrung eine charismatische Wirkung aus. Seine theologische Karriere begann Böhm als Hilfsprediger in Pröbbernow auf der Nehrung; seit 1916 besetzte er eine Pfarrstelle in Bohnsack. Im August 1917 übernahm er nach eigenen Worten „die Führung der Fischer von Hela bis Pröbbernow“. Indem er „überall, wo noch keine Fischervereine waren, solche gründete [...]“. (Handbuch für den Danziger Volkstag, 3. Wahlperiode 1928/31. Danzig 1928, S. 98). Was es Rohde unter Sozialdemokraten leicht machte, gegen Böhm zu mobilisieren, war die Tatsache, dass Böhm im Volkstag unter dem Dach der Deutschnationalen Volkspartei „Fraktionsschutz“ gesucht hatte. Böhm war es Anfang der 1920er Jahre unter dem konservativ dominierten Senat gelungen, im gewissen Umfang Kredite für Fischer zu erlangen. Rohdes Argument: Die Kredite seien nahezu ausschließlich den „Großangelkahnbesitzern“ zu Gute gekommen, die ihrerseits den kleinen Fischer nur mit einer schlechten Fangbeteiligung entlohnten.

Mit seiner „Anti-Böhm-Kampagne“ beeindruckte Rohde sichtlich auch den Danziger SPD-Parteitag im April 1927, der die Liste für die kommende Volkstagswahlen beschloss. Das Parteiblatt, das in der Regel nur sehr knapp Redebeiträge auf Parteitag referierte (ein Protokoll gab es nicht) räumte Rohde relativ viel Platz ein: „Sehr eingehend behandelte Gen. Rohde-Stutthof die Stellung der Fischer zu den politischen Parteien. Er teilte Einzelheiten aus dem Auftreten des sich als ihren Wortführer aufspielenden Pastor Böhm mit; danach treibt der Herr ein merkwürdiges Doppelspiel. Über die vom Staat zur Auszahlung kommende Unterstützung erweckt er den Anschein, als wenn es sich um von ihm persönlich besorgte Gelder handele. Die Fischer sehen bereits ein, wie sie von diesem Herrn an der Nase herumgeführt werden und daß nur die Sozialdemokratie als aufrichtige Vertretung der Fischerinteressen anzusehen ist.“ [Danziger Volksstimme, Jg. 18 (25. April 1927), Nr. 95].



Quelle: Wikipedia.

Danziger Volkstagsgebäude.

Rohde bekam auf dem Danziger SPD-Parteitag 1927 mit Platz 25 einen relativ sicheren Listenplatz zugeteilt. Mit seiner Partei ging Rohde in einen Wahlkampf, der von Seiten der Sozialdemokratie auf eine künftige friedliche Koexistenz mit Polen ausgerichtet war. Punkt 1 der „Kampfziele“ formulierte den völkerverbindenden Aspekt sehr deutlich: „Wiedereinführung der bewährten von der Sozialdemokratie begonnenen Verständigungspolitik mit unserer Nachbarrepublik Polen auf dem Boden der bestehenden Verträge unter Wahrung der Selbständigkeit und der deutsch-kulturellen Eigenart Danzigs.“ [Danziger Volksstimme, Jg. 18 (26. September 1927), Nr. 225]. Mit 42 von 120 Parlamentssitzen gewann die SPD die Wahl als stärkste Partei und löste damit die konservative Deutschnationale Volkspartei als Meinungsführerin ab.

Wie schnitt Rohde bei den Wahlen 1927 in seinem eigenen Heimatort ab? Und wie sind diese Ergebnisse zu interpretieren? Die Ergebnisse in Stutthof (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt):

Wahlen zum Volkstag in Stutthof und der Freien Stadt 1927

SPD 28,8% (35,05)

KPD 20,9% (6,7%)

Deutschnationale Volkspartei 20,9% (20,8%)

Fischerpartei 6,1% (0,8%)

Wirtschaftspartei 3,3% (0,8%)

Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 2,3% (2,5%)

Abgegebene Stimmen: 1066. (<http://library.fes.de/danzig/pdf/1927/1927-267.pdf>)

In seinem Heimatdorf musste Rohde eine ganz bittere Pille schlucken. In Stutthof blieb die Sozialdemokratie deutlich hinter dem guten Ergebnis auf Freistadtebene zurück. Allerdings machten die KPD-Gewinne die SPD-Verluste mehr als wett. Insgesamt hielt also auch in Stutthof der Linkstrend an. Allerdings: Der lokalen Wahlforschung ist für die Zwischenkriegszeit in Deutschland jedoch kaum ein Fall bekannt, wo zwischen 1923 und 1927 die KPD als ehemalige Kleinpartei die SPD binnen vier Jahren regelrecht übertrumpft hat. Die Kommunistische Partei war in der Freien Stadt keine beeindruckende Massenpartei. Für das Jahr 1929 hat Marek Andrzejewski Zahlen ermittelt: Die Partei musterte knapp unter 1.000 Mitglieder. (Marek Andrzejewski: *Socjaldemokratyczna Partia Wolnego Miasta Gdańska*, S. 69). Für den Stimmungsumschwung in Stutthof spricht eine „sozialrevolutionäre“ Grundstimmung (sprich gewaltsame Arbeitskämpfe etc.), die von charismatischen Persönlichkeiten kanalisiert wurden. Quellenmäßig kann man dieser Stimmung leider nicht nachspüren, da die Danziger KPD-Zeitung jener Zeit sich nicht erhalten hat. Die Stutthöfer Bevölkerung kannte allerdings ganz offensichtlich jeden einzelnen aktiven Kommunisten des Ortes, wenn man die Heimatdokumentationen richtig interpretiert (Ostseebad Stutthof. Plön 1995, S. 151). Besser wissen wir quellenmäßig erst über die späten 1920er Jahre Bescheid. Darauf wird noch einzugehen sein.



Quelle: AdsD, NL Töpfer.

Mitglieder der SPD-Fraktion des Danziger Volkstages 1928. 7. Abgeordneter von rechts (stehend): Friedrich Rohde.

Der von Rohdes Partei geführte Danziger Senat mit Koalitionspartnern der demokratischen Mitte schien mit seiner Verständigungspolitik auf einem guten Weg zu sein. Der Erfolg der von den Sozialdemokraten lange geforderten stabilen Danziger Währung, eine relativ gute Konjunktur und freundliche Worte aus Warschau verhiessen zunächst gute Entwicklungsperspektiven. Die politische und ökonomische Gesamtsituation kehrte sich jedoch in kürzester Zeit um. Die schwere Weltwirtschaftskrise, drastisch wachsende Arbeitslosenzahlen, eine neue – Danzig wenig freundlich gesonnene – polnische Regierung und eine hemmungslose Agitation der nationalen Parteien gegen die sozialdemokratischen „Polen-Freunde“ in Parlament und Senat führte die SPD-dominierte Danziger Regierung alsbald in schweres Fahrwasser.

Vor allem der großzügige Ausbau des polnischen Ostsee-Hafens in Gdingen traf die SPD ins Mark. Geradezu verzweifelt klangen die Appelle der SPD-Tageszeitung an die internationale Gemeinschaft (sprich den „machtlosen“ Völkerbund), den Ausbau zu reduzieren oder ganz zu stoppen. Der Hafen bedrohe das Herzstück der Danziger Ökonomie und ihrer Arbeiterschaft und bilde unkalkulierbare Risiken für die Stadt. Wir wissen heute: Nach der zügigen Erweiterung des polnischen Hafens votierten selbst einflussreiche britische Diplomaten für eine Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich. Gdingen erfülle die polnischen Forderungen nach ungehindertem Zugang zum Meer voll und ganz. (Anna Ciencala: Die Freie Stadt Danzig in der Politik Großbritanniens 1933-1938, S. 110).

Welche Rolle spielte nun Friedrich Rohde im Parlament der Freien Stadt? Konnte er Akzente setzen? Rohde gehörte unter den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zur ersten Garnitur. Er nahm im Parlament die klassische Rolle eines Hinterbänklers ein. Diese Aussage ist wörtlich zu nehmen. Die Fraktion wies ihm einen Platz in der vor-

letzten Reihe zu. (Handbuch für den Danziger Volkstag. 3. Wahlperiode 1928/31, Anhang). Sein direkter Banknachbar: Anton Plenikowski. Der Lehrer Plenikowski hatte 1926 die SPD verlassen und seit 1927 als wortgewaltiger Demagoge die Leitung der KPD-Fraktion übernommen. Er sollte in Rohdes Biographie noch eine entscheidende Rolle spielen.

Bei der Besetzung der Ausschüsse entsandte die SPD-Fraktion den Stutthöfer in den relativ bedeutenden und einflussreichen Wirtschaftsausschuss. (Verhandlungen des Volkstages der Freien Stadt Danzig, 3. Wahlperiode 1928-1930, 7. Sitzung, S. 91). Das Wort ergriff Rohde allerdings selten. Nur zwei Wortmeldungen sind registriert. In der 37. Sitzung warb er am 21. Juni 1928 leidenschaftlich für eine Kreditvergabe an kleine Fischer und kündigte an, dass seine Partei den Antrag des linksliberalen Koalitionspartners DDP zur Kreditvergabe an Fischer unterstützen werde. Eine ähnlich hitzige Diskussion über Wert und Unwert von Darlehen an Danziger Fischer entspann sich im Februar 1929. Diesmal griff Rohdes „Lieblingsfeind“, der Abgeordnete Walter Böhm von der Fischerpartei, den Stutthöfer hart und persönlich an („Sie sind ja gar kein Fischer, Sie schimpfen sich bloß Fischer.“)

Rohde replizierte ebenso hart und scharf mit konkreten Beispielen aus dem Alltagsleben von Fischern aus Stutthof und Grenzdorf. Großfischer und Räuchereibesitzer kamen dabei nicht gut weg. (Verhandlungen des Volkstages der Freien Stadt Danzig, 3. Wahlperiode 1928-1930, 27. Sitzung, S. 1410). Der Ärger Rohdes über den gelernten Pastor Böhm war nur zu begründet. Auch als Abgeordneter hatte Rohde weiterhin gefischt und seinen Lebensunterhalt damit verdient. 1928 avancierte er zum Fischereimeister und 1930 zum Fischereilehrmeister. 1930 schied er auch aus dem väterlichen Geschäft aus und machte sich als Fischer auf eigene Rechnung selbständig. Die Freie Stadt Danzig zog den „fischenden Abgeordneten“ als Sachverständigen für das Fischereiwesen zu Rate. Auf diese ehrenamtliche Beratertätigkeit verwies er Jahrzehnte später noch mit Stolz. Kurzum: Die Rolle Rohdes im Parlament ist leicht zu beschreiben. Er fungierte in Partei, Staat und Gesellschaft als Lobbyist und Interessenvertreter kleiner und unselbständiger Fischer an Haff, Ostsee und Weichsel.

UNRUHIGE JAHRE: DEMONTAGE DER DEMOKRATIE

Nun konnte der sozialdemokratisch geführte Senat seine Ziele in der Legislaturperiode 1928/1931 nicht zu Ende führen. Im Angesicht der schweren Wirtschaftskrise kam es zur Umgruppierung der bürgerlichen Kräfte im Volkstag. Der Senat verlor im Parlament seine bisherige unterstützende Mehrheit. Die Folge: Ausschreibung von Neuwahlen. Die vorgezogenen Volkstagswahlen zum 4. Volkstag sollten am 16. November 1930 stattfinden. Die Wiederwahl Rohdes rückte in weite Ferne. Denn: Die Sozialdemokratie selbst hatte mit Rohdes Unterstützung aus Kostengründen für die Verkleinerung des Parlaments von 120 auf 72 Mitgliedern gesorgt. Somit reduzierte sich in jedem Falle die Anzahl kommender SPD-Abgeordneter. Über die Zusammensetzung der Kandidatenliste entschied letztlich ein Parteitag im Oktober 1930. Die Delegierten setzten Rohde auf den Listenplatz 28. Unter den alten Bedingungen (gleiche Parlamentsgröße, gleiches gutes Wahlergebnis) hätte der Platz für einen Wiedereinzug ins Parlament gereicht. Nun blieb Rohde chancenlos. Mit Platz 28 war er immer noch der bestplatzierte Kandidat aus dem Kreis Danziger Niederung. (AdsD, Nachlass Karl Töpfer).

Rohde protestierte erfolglos: Weder die ländlichen Gebiete seien auf der Kandidatenliste hinreichend berücksichtigt worden, noch bilde die Liste die Interessen der arbeitenden Frauen ab. [Danziger Volksstimme, Jg. 21 (13. Oktober 1930), Nr. 239]. Über Rohdes Bedeutungsverlust – wenn es überhaupt ein Bedeutungsverlust war – lässt sich nur spekulieren. Im Nachlass Karl Töpfer im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben sich Bruchstücke einiger gedruckter Rechenschaftsberichte der Danziger Sozialdemokratie erhalten, die sonst nicht überliefert sind. Aus diesen Quellen wird deutlich: Subventionen für kleine Fischer blieben in der Partei höchst umstritten. Durch Bewilligung dieser Mittel seien Ressourcen für notleidende Arbeiter reduziert worden. Hinter dieser städtischen Sichtweise verbarg sich die sehr traditionelle und orthodoxe Haltung, die Sozialdemokratie habe zuvörderst die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten. Mittelständische Fischer - an Haff und Nehrung fischten 1.500 Berufsfischer mit 500 Gehilfen - fielen bei dieser Sichtweise nicht unter die eigene Klientel. Folgt man diesen unbewiesenen spekulativen Thesen, so war Friedrich Rohde als Fischereilobbyist keine „1. Wahl“.

Bei den Volkstagswahlen 1930, bei denen der Ex-Abgeordnete Rohde keinerlei Chancen auf Wiedereinzug ins Parlament hatte, musste die Sozialdemokratie in der Freien Stadt erhebliche Verluste hinnehmen. Sie verlor 8,5% der Stimmen; konnte mit 25,4 % der Stimmen allerdings immer noch ein respektables Ergebnis verbuchen. Einzige Gewinnerin: die aufstrebende Nazi-Partei. Mit 16,4% der abgegebenen Stimmen avancierte die Danziger NSDAP zur Volkspartei. Vor allem der polnische Historiker der Danziger Sozialdemokratie, Marek Andrzejewski, hat es mantrahaft wiederholt: Letztendlich hätten die Danziger Stimmbürger bei Wahlen die Entscheidungen im Deutschen Reich nachvollzogen. Diese These gilt gewiss auch für die Wahlen von 1930, die im Reich ähnlich dramatisch ausfielen. Bürgerliche Parteien, zunächst wohlwollend durch die NSDAP toleriert, übernahmen in der Freien Stadt das Kommando. Rohdes Partei blieben nur die Oppositionsbänke.

DIE ARBEIT

Organ des Allgemeinen Arbeiterverbandes der Freien Stadt Danzig
Erscheint nach Bedarf + Büro: Danzig, 4. Damm 7 + Tel. 257 66

1. Oktbr. 1935 • 18

Senat gegen Lohnausgleich

Sofort mit der Guldenabwertung in der Freien Stadt Danzig setzten Preissteigerungen für die lebensnotwendigsten Artikel ein. Jeder Haushalt spürte sie. Der Allgemeine Arbeiterverband hat daher unmittelbar nach der Abwertung die Forderung nach Lohnausgleich aufgestellt. Zugleich wurde nun von interessierter Seite der Versuch gemacht, die Arbeiterschaft in den Glauben zu versetzen, der Senat habe Lohn-erhöhungen verboten. Schon vier Wochen nach der Abwertung war „Die Arbeit“ genötigt, festzustellen, daß bisher der Senat offiziell der Öffentlichkeit gegenüber einer solchen Ansicht nicht Ausdruck gegeben hat. Wir haben uns vor allem mit ausführlicher Begründung gegen die immer wieder auftauchende Vorstellung gewandt, als ob aus einer Verordnung vom 2. Mai 1935 über die Verhinderung ungerichtigfertigter Preissteigerungen ein Verbot des Lohnausgleichs herausgelesen werden könnte. Niemand hat daran gedacht, diese unsere Ansicht als falsch zu erklären. Die Ausgabe der „Arbeit“, in der diese Ausführungen enthalten sind, ist in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet worden. Der Senat hat es nicht für erforderlich gehalten, durch eine öffentliche Erklärung die Arbeiterschaft über seine wirklichen Absichten aufzuklären. Es kam vielmehr in zahlreichen öffentlichen Erklärungen der Regierung und einzelner Senatoren immer wieder zum Ausdruck, daß der Senat nur einseitigen Lohn-erhöhungen nicht wünsche.

Oftener wollte der Senat die Löhne niedrig halten, weil er glaubte, dadurch weitere Preissteigerungen verhindern zu können. Nachdem aber die Preise der meisten Waren sich der Guldenabwertung voll oder fast voll angeglichen haben, mußte diese einzig mögliche wirtschaftliche Begründung für die Ablehnung des Lohnausgleichs hinfällig werden.

Eine Anzahl meist größerer Betriebe sind daher fast durchgängig dazu übergegangen, Lohn-erhöhungen zu gewähren. Allerdings wollte man das nicht offen sagen. Die Lohn-erhöhung hat die verschiedensten Namen: sie ist einmal als Beihilfenzulage, ein anderes Mal als Vorschuß bezeichnet worden. Nur das Wort Teuerungszulage hat — anscheinend auf Betreiben des Treuhändlers der Arbeit — überall Anklang erregt, obwohl es der einzige Name ist, der der Sache gerecht werden konnte.

Wir haben uns aber sogar davon überzeugt, daß dieser Zustand für die Unternehmer selbst nicht tragbar ist. Diese einmaligen Zulagen belasten den Haushalt eines Betriebes in einem Monat übermäßig und machen es dem Unternehmer unmöglich, seine Preise genau zu kalkulieren. Jeder verständige Unternehmer wird also eine wirkliche Lohn-erhöhung einer solchen verdeckten vorziehen.

Von der Seite der Wirtschaft her gesehen, gibt es also keinen vernünftigen Grund mehr, sich einer Lohn-erhöhung zu widersetzen.

Eine ganz besondere Rolle in diesem Halbdunkel um den Lohn spielt die Danziger Arbeitsfront. Ihre Zeitung vermeidet es geradezu krampfhaft, das Wort „Lohn“ in den Mund oder in die Feder zu nehmen. Ihre Funktionäre, die — hin und wieder von den Arbeitern getrieben, die immer noch Beiträge an die Arbeitsfront bezahlen — sich Rat im „Haus der Arbeit“ holen wollen, kommen mit den kuriosen Parolen zurück. Die Arbeitsfront hat viele Kemter, aber keine Meinung in der Lohnfrage. So ungeheuerlich es auch klingt: Die Arbeitsfront ist gegen den Lohnausgleich. Sie verhält sich nicht nur völlig passiv, sondern sie sucht ihn auch zu verhindern. Es ließen sich genügend Beispiele hierfür aufzählen.

Der Allgemeine Arbeiterverband hat daher in den letzten Wochen erneut und mit erhöhtem Nachdruck die Forderung nach Lohnausgleich aufgestellt. Die Ausgabe der „Arbeit“ vom 12. 9. 35 beschäftigt sich mit dem Grad der Teuerung. Sie begründet, daß die jetzigen Löhne der Arbeiterschaft nicht einmal mehr das notwendigste Auskommen geben. Wir können jetzt hinzufügen, daß es unzählige Arbeiterfamilien gibt, die kaum noch das trockene Brot haben.

An einigen Artikeln wollen wir feststellen, wie stark die Preissteigerung die einzelnen Haushalte belastet. — Es ist im Vergleich zum Vorjahr am 15. Sept. d. J. teurer gewesen:

Brot	10 %	Suppenfleisch	22 %
Milch	13 %	Schieres Windfleisch	33 %
Wehl	30 %	Karbonade	50 %
Grüße	45 %	Lammfleisch	55 %
Graupen	70 %	Rindfleisch	60 %
Reis	25 %	Klopsfleisch	22 %
Eries	70 %	Eisbein	60 %
Rubeln	45 %	Schmalz	60 %
Bachpflaumen	60 %	Talg	110 %
Kaffee	70 %	Fleischwurst	30 %
Malzstosse	20 %	Lederwurst	20 %
Tea	70 %	Blutwurst	25 %
Butter	70 %	Landwurst	25 %
Margarine	25 %	Dauerwurst	25 %
Speiseseit	70 %	Schinken	40 %
Kakao	70 %	Rückenfett	40 %
Schokolade	60 %	Eier	100 %
Selbst	40 %	Räse	20 %
Petroleum	70 %	Parosfein	40 %
Schweinefleisch, fett	45 %	Rohfen	40 %

(Zwischen haben einzelne Produkte, Mehl, Brot und Butter eine weitere Preissteigerung erfahren.)

Auch an dieser Stelle haben wir mehrmals festgestellt, daß es trotz aller Flüsterparolen keine gesetzliche Bestimmung gibt, welche eine Lohn-erhöhung verbietet. Gleichseitig wurde in einer Vertreterversammlung eine Entschließung angenommen, in der dieselben Feststellungen getroffen und von den berufenen Vertretern der nicht in Abhängigkeit von den Rationalisierungs stehenden Arbeiterschaft der Lohnausgleich als die dringendste Forderung des Tages bezeichnet wurde.

Da es nicht mehr möglich war, diese Resolution in der „Arbeit“ zum Ausdruck zu bringen, haben wir die „Danziger Volksstimme“ gebeten, der Arbeiterschaft über diese Vertreterversammlung zu berichten. Die „Volksstimme“ hat die Resolution in ihrer Ausgabe vom 11. 9. an hervorragender Stelle abgedruckt und auch den Kommentar wiedergegeben, den der Referent des Abends, Karl Löpfer, zu dieser Resolution gegeben hat. Diese Ausgabe der „Volksstimme“ ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme war sich klar darüber, daß nur der Ausdruck dieser Resolution die Beschlagnahme begründet haben kann. Die Verbotsverfügung des Polizeipräsidenten vermied es aber, den Grund der Beschlagnahme anzugeben. Auf die Beschwerde der „Volksstimme“ gegen diese Beschlagnahme hat der Senat folgende Begründung gegeben:

„Die in der beschlagnahmten Ausgabe unter der Überschrift „Lohnausgleich“ gedruckte Ver-öffentlichung einer Entschließung der Vertrauensmänner-versammlung des Allgemeinen Arbeiterverbandes und der Ausführungen des Vorsitzenden dieses Verbandes stellt u. a. durch die Behauptung, daß es in Danzig kein Gesetz gäbe, das eine Lohn-erhöhung verbiete, eine Verletzung der Bedrückung dar und eine Sabotage des § 1 der Ver-ordnung zur Verhinderung ungerichtigfertigter Preisstei-gerung vom 1. Mai 1935 und ist in hohem Maße geeignet, Unzufriedenheit und Unruhe in die Arbeiterschaft hineinzutragen, den Arbeits- und Wirtschaftsrieden und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Freien Stadt Danzig zu gefährden. Die Beschwerde unterliegt daher der Zurückweisung.“

Diese Begründung bedarf wohl kaum eines Kommentars. Es geht aus der Verordnung über die Verhinderung ungerichtigfertigter Preissteigerungen nicht hervor, daß Lohn-erhöhungen verboten sind.

Eine Lohn-erhöhung ist keine Preissteigerung. Sie ist nicht ungerichtigfertig, wenn die Lebenshaltung um 30, 40, viel-leicht sogar 50 Prozent teurer ist.

Wie stimmte nun Rohdes Heimatdorf ab, in dem der Fischer lebte, seinen Lebensunterhalt verdiente und politisch agierte? Die Volkstagswahlen 1930 brachten in Stutthof nochmals ungewöhnliche Verschiebungen, die krass von allen anderen Wahlergebnissen in der Freien Stadt abwichen: Die KPD avancierte zur stärksten Partei am Ort. Die Ergebnisse in Stutthof (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt):

Wahlen zum Volkstag in Stutthof und der Freien Stadt 1930

KPD 33,5% (9,7%)

SPD 15,5% (25,4%)

Deutschnationale Liste 15,4% (16,7%)

NSDAP 13,7 (16,7%)

Abgegebene Stimmen: 1066 (<http://library.fes.de/danzig/pdf/1923/1923-271.pdf>)

Eine plausible Erklärung für dieses spezielle Wahlergebnis finden wir am 21. November 1930 im KPD-Blatt „Danziger Arbeiter-Zeitung“: „In Stutthof steigerte die KPD ihre Stimmen von 286 auf 411, die Stimmen der SPD dagegen gingen von 286 auf 191 zurück, und auch hier verlor das Zentrum. Stutthof und Damerau waren bekanntlich die Orte, wo im Landarbeiterstreik die Zusammenstöße mit der Schupo erfolgten und eine Reihe Arbeiter zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. So konnte die SPD von der KPD in 40 Stimmbezirken geschlagen werden, und zwar vor allem in den Kampfzentren des Landarbeiterstreiks.“

Der Streik, in dem Landarbeiter beträchtliche Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit gefordert hatten, war ein sog. „Wilder Streik“, d.h. er wurde ohne Unterstützung der Gewerkschaft (Deutscher Landarbeiter-Verband) geführt. Zum Streik hatte die KPD aufgerufen. Wenn man dem SPD-Blatt Glauben schenken darf, wurde der Streik nicht von Landarbeitern geführt und endete im Chaos. Allerdings blieb unter den Landarbeitern Verbitterung zurück: Der Danziger Senat reagierte hart, verbot Versammlungen unter freiem Himmel etc. und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. In Stutthof ertrank u.a. ein Arbeiter auf der Flucht vor der Polizei in der Weichsel. In Stutthof hatte sich regelrecht sozialrevolutionäres Potential aufgestaut. Wie kritisch man auch die Detailtreue des kommunistischen Parteiblattes einschätzen mag, die Streikberichte vermitteln etwas von der Militanz der Aufständigen und der kompromisslosen Antwort der Ordnungskräfte. Allem Anschein nach bezahlte die stärkste politische Partei im Senat in Rohdes Heimatdorf die Rechnung für die Gewalt gegen Streikende und für die als ungerecht empfundenen Gerichtsurteile gegen Aktivisten.

Trotz Ausscheidens aus dem Danziger Volkstag: Rohde blieb in der lokalen SPD ein geachtetes Mitglied: Für die Kreistagswahlen Danziger Niederung im Mai 1931 kandidierte er wieder als Spitzenkandidat. Von 20 zu vergebenden Sitzen errang die SPD 7. Rohde gehörte dazu. Gemeinsam mit den 4 Sitzen der KPD existierte im Kreistag eine „Arbeitermehrheit“. Allerdings kam diese Mehrheit nicht konstruktiv zum Tragen, da die KPD Sozialdemokraten seit 1929 nach einem radikalen Kurswechsel als Sozialfaschisten denunzierte und nur bemüht war, diese zu „entlarven“. Gemeinsam mit Rohde bildeten

eine Genossin (Hausfrau), ein weiterer Fischer, ein Lehrer, ein Gewerkschaftsangestellter, ein Holzarbeiter und ein Angestellter die SPD-Fraktion. Diese soziale Zusammensetzung spiegelte in Deutschland auf kommunaler Ebene (mit den üblichen regionalen Abweichungen) tausendfach die Klientel der ältesten deutschen demokratischen Partei. [Danziger Volksstimme, Jg. 22 (18. Mai 1931), Nr. 113]. In seinem Heimatdorf konnte Rohde bei den Kreistagswahlen die Schlappe der SPD bei den Volkstagswahlen ein wenig mildern. Sie verbesserte sich von 191 auf 232 abgegebene Stimmen. Das entsprach 21,8% der Wählerstimmen.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stütthof.

Brücke und Dampfmaschinenstellung an der Königsberger Weichsel in Stütthof (um 1935).

Ein Faktum verdient an dieser Stelle besonders herausgestrichen zu werden: Der Rückgang des sozialdemokratischen Einflusses im Danziger Parlament hatte keinen Einfluss auf die Mitgliederentwicklung vor der nationalsozialistischen Machteroberung. Das Gegenteil war der Fall. Im November 1922 zählte die Danziger SPD 3.078 Mitglieder. Nach der Vereinigung mit der Rest-USPD stieg die Zahl auf 3.518 Personen an. Im vierten Quartal 1930 musterte die Partei in der Freien Stadt bereits 7.194 Genossinnen und Genossen. Für das 1. Quartal 1932 konnte der Parteikassierer eine Zunahme der zahlenden Mitglieder auf 9.227 Mitglieder vermelden, die sich wie folgt verteilten: Danzig-Stadt 4.786, Danziger Höhe 1.658, Danziger Niederung 1.196, Großes Werder 1.587. Die Zahlen spiegeln offensichtlich wachsende Zustimmung von Bürgerinnen und Bürger, die die politischen Ereignisse in und um Danzig als bedrohlich empfanden. In schwieriger Zeit suchten die Neumitglieder die SPD als wichtigsten demokratischen Stützpfeiler Danzigs mit ihrem Parteiobolus zu stärken. Persönliche Vorteile durften sie dabei nicht erwarten. (Marek Andrzejewski: Socjaldemokratyczna Partia Wolnego Miasta Gdańska, S. 43; AdsD, Nachlass Karl Töpfer).

Weder die recht guten Wahlergebnisse der Kreistagswahlen 1931, noch der Anstieg der Mitgliedschaft der stärksten demokratischen Kraft in der Freien Stadt konnte darüber hinwegtäuschen: Mit dem Sieg der Nazi-Bewegung im Deutschen Reich veränderte sich auch radikal das politische Tableau Danzigs. An populärwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Analysen über die sog. „Machtergreifung“ in Deutschland herrscht kein Mangel. Ähnliches gilt für Untersuchungen, die den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP bei Wahlen beschreiben und einordnen. Sekundärliteratur und Quelleneditionen sind in einem Forscherleben kaum zu verarbeiten. Steter Tenor fast aller Analysen: Schwere ökonomische Verwerfungen, grassierende Arbeitslosigkeit und eine kollektive narzisstische Kränkung durch den Versailler Vertrag seien für den Aufstieg einer antideokratischen Massenpartei verantwortlich.

Nur zwei Studien sollen zitiert werden, die die skizzierten Analysen auf Danziger Verhältnisse herunterbrechen. Dieter Schenk – als linker Autor gewiss keiner nationalistischen Überzeugung verdächtig – führte 2013 aus: „Ein Grund warum die Nationalsozialisten schon recht früh, ab 1930, eine bedeutende Rolle spielen konnten, war die nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag festgeschriebene Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich und die Gründung der unter dem Völkerbundmandat stehenden Freien Stadt Danzig. Das hat die Mehrheit der deutschen Danziger – oft unabhängig von ihren politischen Überzeugungen – nie akzeptiert. Da verwundert es nicht, dass sie die Partei wählten, die am lautesten und überzeugendsten verkündete, Danzig ‚heim ins Reich‘ holen zu wollen.“ (Dieter Schenk: Danzig 1930-1945, S. 9). Der schon mehrfach als „Zeuge“ zitierte polnische Historiker Marek Andrzejewski ergänzte: „Gleichzeitig war die Danziger Bevölkerung wie fast jede Grenzbevölkerung sehr stark national eingestellt. Sie war daran gewöhnt, den Boden, der über hundert Jahre zu Preußen und dann zum Reich gehörte, als ‚kerndeutsch‘ zu betrachten.“ (Marek Andrzejewski: Opposition und Widerstand in Danzig 1933-1939, S. 9).



Aufnahme von 1976, privat.

Stutthöfer Baptistenkapelle. Die Freikirche der Baptisten, die Erwachsenentaufe und dezentrale Strukturen befürwortete, hatte in Stutthof einen starken Stützpunkt. Heute: Katholische Kirche der Gemeinde Sztutowo.

Auch in Danzig wiederholte sich vier Monate nach dem triumphalen Zug der Nazi-Partei durch das Brandenburger Tor reichsdeutsches Wahlverhalten: Bei den von der NSDAP erzwungenen Neuwahlen für den 28. Mai 1933 verschütteten – einem Erdrutsch gleich – die Wahlen nicht nur die Parteien der Arbeiterbewegung, sondern zertrümmerten faktisch auch alle anderen demokratischen Parteien. Schlimmer noch als auf der Ebene der Freien Stadt fielen die Ergebnisse in den ländlichen Bezirken aus. Stutthof bildete keine Ausnahme mehr. Die Ergebnisse in Stutthof (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt).

Wahlen zum Volkstag in Stutthof und der Freien Stadt 1933

NSDAP 74,7% (52,8%)

KPD 13,8% (6,8%)

SPD 7,6% (18,1%)

Deutschnationaler Block Schwarz-Weiß-Rot 1,4% (5,6%)

[Danziger Volksstimme, Jg. 24 (29. Mai 1933) Nr. 123].

Ohne Frage: In Stutthof wurde die ehemals linke Hochburg regelrecht geschleift. Der NSDAP war es offensichtlich gelungen, einen Teil des sozialrevolutionären Potentials aufzusaugen. Schon in der abgelaufenen Legislaturperiode galt es, im Volkstag einen Übertritt eines KPD-Abgeordneten hin zur NSDAP zu verzeichnen. Auch innerfamiliäre Erzählungen dokumentieren: Ehemals treue SPD-Wähler wechselten in Stutthof ins Nazi-Lager über, das scheinbar soziale und nationale Gerechtigkeit versprach. Die „kleinen“ familiären Deutungen decken sich mit den „großen“ sozialhistorischen Erkenntnissen, dass die NSDAP eine „Massenintegrationspartei“ war, die im harten Kern von den Mittelschichten gestützt wurde, die aber auch schon seit den späten 1920er Jahren in wechselnder regional schwankender Stärke entscheidenden Zuspruch aus der Arbeiterschaft erhielt. (Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz, S. 157).

Hinzu kam das größte Manko der Sozialdemokratie bei den Danziger Wahlen 1933: Die SPD propagierte den demokratischen Ausbau eines politisch unabhängigen Stadtstaates. Keinesfalls sollte es in Danzig nach reichsdeutschem Vorbild zu Terrorakten gegen Andersgläubige und politisch Andersdenkende kommen. Diese sozialdemokratischen Wahlziele verfehlten ihre Wirkungen deutlich. Und zwar auch bei den eigenen Stammwählern. Das Herzstück nationalsozialistischer Propaganda – so Wolfgang Gippert in seiner Analyse – war mit den verschiedensten Wählergruppen kompatibel. Die Errichtung einer wahren Volksgemeinschaft sprach auch ehemals sozialdemokratisch Wählende an. Gippert fügte hinzu: „allein in einem Miniaturstaat, der vom Reich abgetrennt war.“ (Wolfgang Gippert: Kindheit und Jugend in Danzig, S. 141).

FASCHISIERUNG STUTTHOFS – LETZTES DEMOKRATISCHES WETTERLEUCHTEN

Der erdrurtschartige Sieg der Nationalsozialisten bei den Volkstagswahlen und die Bildung eines nationalsozialistischen Senats hatten für Friedrich Rohde einschneidende politische, berufliche und menschliche Folgen. De facto bildete der Danziger NS-Senat das reichsdeutsche „Ermächtigungsgesetz“ auf dem Verordnungswege in der Freien Stadt nach. Der Senat nahm sich das Recht heraus, per exekutiver Anordnung Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Auf diesem Wege wurden u.a. Abgeordnete jüdischen Glaubens aus dem Volkstag entfernt. Diese Maßnahmen verstießen deutlich gegen die Danziger Verfassung. Ohne eine „höhere Macht“, die die Rechtsverstöße sanktionierte, blieben jedoch alle papiernen Proteste beim Genfer Völkerbund folgenlos.

Für die demokratische Opposition besonders folgenschwer: Die Neufassung des § 130 des Strafgesetzbuches. Ab Sommer 1933 konnten Schnellrichter, ohne Öffentlichkeit zuzulassen, Verurteilungen aussprechen. Das Absingen der Internationale, negative Beurteilungen Adolf Hitlers oder der Ausruf „Heil Moskau“ wurden nahezu durchgängig mit zwei Monaten Haft belegt. Das SPD-Organ „Danziger Volksstimme“ bildet eine wahre Fundgrube für die Bestrafungen, die überhaupt ans Tageslicht gelangten. Aus dem Deutschen Reich seit Januar 1933 gut bekannt: Das Denunziationswesen blühte und machte es den neuen Herren leicht. Der Fairness halber muss angemerkt werden: Einige Richter entzogen sich zunächst mit Freisprüchen und milden Urteilen der Gleichschaltung.

Rohde verspürte sofort als gewählter Kreistagsabgeordneter des Kreises Danziger Niederung den „neuen Wind“. Der Danziger NS-Senat entmachtete alle gewählten unliebsamen Bürgermeister, Ortsvorsteher und Abgeordneten, ersetzte sie auf dem Verordnungswege durch Staatskommissare und legte die regelmäßigen Sitzungen der kommunalen Körperschaften auf Eis. Die Danziger Stadtbürgerschaft (d.h. das lokale Stadtparlament) tagte über Monate hinweg überhaupt nicht. Im Kreis Danziger Niederung führte der Steegener NS-Kreisleiter Johst die Geschäfte. [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (10. Dezember 1934), Nr. 275]. Rohde wurde damit faktisch sein demokratisches Mandat genommen. Welche Repressionsmaßnahmen sind nun für Rohdes Heimatdorf überliefert?

Aufruf zum 1. Mai
Der Kampf in Danzig
Die Methoden der Nationalsozialisten
Erinnerungen an die Golden-
Näherung
Beiträge zum 1. Mai

Aufruf zum 1. Mai!

Un Danzigs werktätige Bevölkerung Arbeitsbrüder, Arbeitschwestern, Genossen!

Welt mehr als 60 Jahren jetzt die sozialistische Arbeiterbewegung der ganzen Welt den 1. Mai als den Feiertag der Arbeit. Sie behandelte an diesem Tage ihren Willen zum Kampf für den Sieg über die kapitalistische Herrschaft der Bourgeoisie, für den Kampf um die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Am 1. Mai 1936, im letzten dieser Jahre, haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig hat die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen aufgefordert, an diesem Tage ihren Willen zum Kampf für den Sieg über die Bourgeoisie zu bekunden. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

1. Mai 1936

„Gute und Gutes“ des Nationalsozialismus
 Der 1. Mai hat seinen alten Sinn behalten, er heißt auch 1936 im Zeichen des Kampfes der arbeitenden Massen für einen Sieg über die Bourgeoisie. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Der Kampf für Freiheit, Frieden und Gleichheit haben heute die Sozialisten in Danzig auf sich vereinigt. Die Arbeiter, die Bauern, die Kleinrentner, die Handwerker, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen haben sich vereinigt, um den Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu führen. In diesem Jahre haben wir die Gelegenheit, an die goldenen Erinnerungen an die goldenen Jahre des Kampfes für den Sieg über die Bourgeoisie zu denken.

Kurt Gutowski, Sohn des örtlichen Schmieds und späterer Mundart- und Heimatdichter, hat in seinen kleinen Lebenserinnerungen anekdotenhaft Zeugnis von der Faschisierung und dem Anwachsen rassistischer Ideologien in seinem Heimatdorf abgelegt. (Gutowski, Kurt: Aus meiner Stutthöfer Kinderzeit, S. 66). Gutowski macht den gelebten Alltagsfaschismus an seinem Rektor Reinhold Zube fest, der Schüler aufforderte, Lieferungen an das jüdische Kaufhaus Lieb zu beschädigen und unbrauchbar zu machen. Zube zog bei den angeordneten Kreistagsneuwahlen im November 1934 als NSDAP-Scharfmacher in den Kreistag ein und führte sich als Parlamentarier mit dem Spruch ein, für Sozialdemokraten sei bestenfalls Platz im Krematorium. Anschließend schloss die Nazi-Mehrheit die demokratische Opposition für alle Zeiten von den Verhandlungen aus, weil sie bei einem Hoch auf Adolf Hitler nicht aufstanden. [Danziger Volksstimme, Jg. 26 (15. Januar 1935), Nr. 12].

Ein beliebtes Mittel im Reich, Gegner (oder vermeintliche Gegner) auszuschalten: Anklagen wegen Korruption und Unterschlagung aus nichtigen oder erfundenen Gründen. Dieses Instrument kopierten die neuen NS-Machthaber in Danzig mit einigem Erfolg. Im Mai 1934 traf es in Stutthof den ehemaligen Rektor Preuß. Er war durch abfällige Bemerkungen über Adolf Hitler aufgefallen. Preuß (ca. 1880 geboren) war 1900 nach Stutthof gekommen und hatte zusätzlich seit 1910 das Amt eines Steuereinziehers inne. Das entsprach den „sparsamen“ preußischen Verwaltungsstrukturen. In einem Prozess tischten Zeugen vorgebliches Fehlverhalten des Steuereinziehers auf, die jahrelang zurücklagen. Augenscheinlich wurden alte Rechnungen beglichen. Das Gericht verurteilte Preuß zu einem Jahr und 4 Monate Gefängnis. Die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkannte das Gericht für drei Jahre ab. Die abschreckende Wirkung des Prozesses kann nicht hoch genug veranschlagt werden. [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (4. Mai 1934), Nr. 103].

Im April 1935 ließen die Nationalsozialisten den örtlichen Stutthöfer SPD-Funktionär Friedrich Mankau (geb. 1.12.1893) verhaften. Der kriegsversehrte Mankau – er hatte jahrelang als Fischer sein Brot verdient - stammte aus Stobbendorf und hatte ursprünglich den Beruf eines Bauhandwerkers gelernt. Nach 1933 war er als kleiner Selbständiger in seinen alten Beruf zurückgekehrt. Mankau trat in Stutthof früh auf Versammlungen der nationalen Rechten entgegen; sein Wort galt etwas in Stutthof. [Danziger Volksstimme, Jg. 21 (25. Oktober 1930), Nr. 250]. Die Sozialdemokraten Mankau und Rohde waren eng miteinander befreundet; ihre Frauen weitläufig miteinander verwandt. Mankau hatte sich mutig für die letzte Volkstagswahl 1935 aufstellen lassen. Als selbständiger Bauhandwerker war er in ökonomische Schwierigkeiten geraten. Dies nutzten seine politischen Gegner sofort aus. Die Anschuldigungen: Betrug, Verdunklung, Fluchtgefahr. [Danziger Volksstimme, Jg. 26 (4. April 1935), Nr. 80].

Britta Burmeister-Salewsky hat das spätere Schicksal ihres Urgroßvaters Friedrich Mankau in einem Post der Freunde des Bundes der Danziger auf Facebook beschrieben. Nationalsozialisten hatten ihren Urgroßvater schwer misshandelt. Als späterer LPG-Vorsitzender in der ehemaligen Gemeinde Badow in Nordwestmecklenburg habe er sich von den Misshandlungen nie mehr erholt und sei an den ihm zugefügten Verletzungen gestorben. (https://www.facebook.com/groups/bundderdanziger/search/?query=stobbendorf&epa=SEARCH_BOX)



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Eduard Goertz (Schwager von Friedrich Rohdes Schwester Emilie) als Weichselfischer 1940.

Wesentlich härter gingen die neuen Herren gegen Stutthöfer Kommunisten vor. Nach dem KPD-Verbot 1934 häuften sich die Prozesse gegen bekennende Kommunisten in der Freien Stadt. Im Juni 1934 verurteilte ein Gericht den Stutthöfer Zimmerer Albert Philipp (1896 – 1958) aus der Schulstraße nach § 127 Strafgesetzbuch wegen Bildung bewaffneter Haufen und Anschluss an eine bewaffnete Mannschaft zu 6 Monaten Gefängnis. [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (4. Juni 1934), Nr. 127].

Wahre Gewaltekzesse gegen die demokratische Opposition fanden anlässlich der vorgezogenen Kreistagswahlen im November 1934 und Volkstagswahlen im April 1935 statt. Alle „Repressionstechniken“ gegen jüdische Mitbürger, die im kollektiven Gedächtnis haften geblieben sind, kamen auch in der Freien Stadt zur Anwendung: Schwere körperliche Gewalt, Drohungen gegen die nächsten Angehörigen, Beschmieren von Häusern („Volksverräter“), eingeworfene Scheiben etc. Besonders subtil: Die Entlassungen von Aktivisten der Opposition, die selbst kandidierten oder die Wahllisten unterschrieben hatten, aus dem Öffentlichen Dienst und staatsnahen Betrieben. Die Parteizeitungen der Sozialdemokratie und der Zentrumsparterie fielen wegen nichtiger Anschuldigungen tagelang Verboten zum Opfer. In Ladekopp starb der Mitbegründer der SPD, Paul Haag, an den Langzeitwirkungen seiner Verletzungen, die ihm während des Kreistagswahlkampfes zugefügt wurden. [Danziger Volksstimme, Jg. 26 (21. März 1935), Nr. 68]. Sozialdemokratische Arbeitersänger wichen für ihre Festveranstaltungen per Schiff auf die nun zu Polen gehörende Halbinsel Hela aus; Danziger Arbeitersportler versammelten sich – um körperlichen Repressionen zu entgehen – in ihrer Notlage im polnischen Gdingen zu „internationalen Sportfesten“.

Zu den letzten demokratisch-politischen Manifestationen in der Freien Stadt zählte der Auftritt von Oppositionsparteien bei den neu angesetzten Wahlen im Werderkreis und Danziger Niederung im November 1934. Relativ gefahrlos konnten die Danziger NSDAP-Obernen die Wahlen planen, um die ernannten Staatskommissare – so das Kalkül – durch gewählte Parteivertreter zu ersetzen. Denn: Die krass verfassungsfeindlichen Aktionen der Entmachtung gewählter Vertreter hatte auf Völkerbundebene Ärger hervorgerufen. Ganz offensichtlich – und das mit Recht – erwartete die nationalsozialistische Elite überwältigende Wahlsiege und somit weitere demokratische Legitimation für ihre Herrschaft. Auch Friedrich Rohde hatte durch die Einsetzung von Staatskommissaren sein demokratisch legitimes Mandat verloren.

Die Ansetzung der Kreistagswahlen kam für die Sozialdemokratie überraschend. Parallel zu den Kreistagswahlen fanden die Wahlen zu den einzelnen Gemeindevertretungen statt. Recht optimistisch suchte die SPD die eigene verbliebene Anhängerschaft zu mobilisieren. Das in der SPD-Presse jener Zeit am häufigsten gebrauchte Schlagwort: Wahlfreiheit. Nur um die Wahlfreiheit stand es schlecht. Der Wahlkampf war durch subtile Manipulationen, Einschüchterungen und offenen Terror gekennzeichnet. Seit geraumer Zeit hatte das SPD-Blatt „Danziger Volksstimme“ auf jede Versamlungsankündigung verzichtet, um keine SA-Schläger anzulocken. Die Berichterstattung über den Parteitag 1934 fiel höchst knapp aus. Namen wurden nicht mehr genannt. Das Blatt verzichtete sogar auf die Veröffentlichung der eigenen Wahlliste im Kreis Danziger Niederung. Oder besser gesagt: Nur die vier ersten Listenplätze wurden publiziert. Ob Friedrich Rohde auf der Liste überhaupt „dabei“ war, lässt sich nicht mehr eruieren.



Quelle: Irmgard Stoltenberg, geb. Krause.

Weichselfähre bei Bohnsack (um 1935).

Nur in einem Viertel der Dörfer im Kreis Danziger Niederung traten bei den Kommunalwahlen überhaupt oppositionelle Listen an. Unterstützer lokaler Listen hatten Angst, überhaupt zu unterschreiben. Außerdem grassierte höchste Unsicherheit unter der Landbevölkerung, ob das Wahlgeheimnis gewahrt bleibe. Hinzu kam: Kein einziger Oppositionsvertreter saß in den örtlichen Wahlvorständen. In einem Wahllokal erhielt die NSDAP 110% der wahlberechtigten Stimmen. In Stutthof kandidierte neben der NSDAP nur die „Arbeiterliste“, hinter der sich die illegale KPD verbarg. Ob Friedrich Rohde die „Arbeiterliste“ – sozusagen als Einheitsfrontliste – favorisierte, bleibt ungewiss. Vieles spricht dafür.

Wahlergebnisse bei der Stutthöfer Kommunalwahl November 1934

NSDAP 70,9%

Arbeiterliste 23,0 %

Ungültig 6,1%

Abgegebene Stimmen 1054. [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (19. November 1934), Nr. 258].

Bei den Kreistagswahlen kandidierte die Sozialdemokratie mit einer Liste im gesamten Kreis Danziger Niederung; somit konnten auch für die SPD Stimmen abgegeben werden. Allerdings sind die Ergebnisse nicht vergleichbar, da in den beiden Wahlkreisen Stutthof I und Stutthof II auch Menschen abstimmen konnten, die nicht für die Stutthöfer Gemeindevertretung votierten, d.h. es stimmten etwa 300 Wähler zusätzlich ab, die nicht zu Kern-Stutthof gehörten.

Wahlergebnisse für die Kreistagswahlen in Stutthof November 1934

NSDAP 83,2%

SPD 10,9%

Arbeiterliste 4,6%

Christlich-Nationale Liste 1,3%

Abgegebene Stimmen 1361 [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (21. November 1934, Nr. 260)].

Versuche der Sozialdemokratie, die Wahlen wegen Unregelmäßigkeiten und Fälschungen später für ungültig zu erklären, schlugen fehl. Geradezu verzweifelt suchten Redakteure des SPD-Blattes noch Positives aus dem Wahlgang herauszulesen. Schließlich hätten im Werder-Kreis 27,2 % nicht für die Nazi-Partei gestimmt. Auch die 10,9% in Stutthof mussten für eine optimistische Sicht der Dinge herhalten. In einigen Fischerdörfern (so auch in Stutthof) habe sich der sozialdemokratische Stimmenanteil im Vergleich zu den Volkstagswahlen 1933 erhöht. [Danziger Volksstimme, Jg. 25 (20. November 1934, Nr. 259)].

Noch desaströser fielen die letzten Volkstagswahlen am 7. April 1935 aus. Während der gesamten Zwischenkriegszeit hatte im rein protestantischen Stutthof die Interessenvertretung des politischen Katholizismus (Zentrumspartei) nie mehr als 2 oder 3 Stimmen auf sich vereinigen können. Sie fiel bei den Wahlen – bei der in Danzig überraschend viele Wähler dem Zentrum treu blieben - als demokratische Kraft aus. Auch auf polnische Oppositionsstimmen war wegen der ethnischen Zusammensetzung nicht zu rechnen.

Die Arbeiterparteien schmolzen bei den von Gewalt, Druck, Unregelmäßigkeiten und Fälschungen gezeichneten Wahlen zu kleinen marginalen Restgrößen zusammen. Für Stutthof hatte sich Friedrich Mankau auf die Liste setzen lassen, der im Ort augenscheinlich Friedrich Rohde als sozialdemokratischer Opinionleader abgelöst hatte. Auch in Stutthof hatte die „nationale Frage“ über die „soziale Frage“ gesiegt. Die Ergebnisse in Stutthof (in Klammern die Ergebnisse auf der Ebene der Freien Stadt).

Wahlen zum Volkstag in Stutthof und der Freien Stadt 1935

NSDAP 90,1% (59,7%)

SPD 4,6% (16,7%)

Liste Plenikowski (KPD) 2,8% (2,8%)

Deutschnationaler Liste 1,8% (4,2%)

Zentrumspartei (0,0% (13,4%)) [Danziger Volksstimme, Jg. 26 (8. April 1935) Nr. 83].

Dass die NSDAP und ihr Gauleiter Albert Forster durch die vorgezogenen Wahlen die angestrebte Zweidrittelmehrheit verfehlte, die ihr auf einfachem Wege die Änderung der Danziger Verfassung ermöglicht hätte, lag ausschließ an der „Treue“ der städtischen Danziger Wähler, die trotz alledem zu ihren angestammten demokratischen Parteien hielten. Eine über mehrere Generationen im industriellen Arbeitsprozess und Handwerk sozialisierte Arbeiterschaft, mit starker Nähe zu den Arbeiterkulturorganisationen, bekannte sich ganz augenscheinlich auch in schwieriger Zeit eher zur „sozialen Heimat“ als frisch Politisierte in ländlichen Gebieten.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Postamt Stutthof Winter 1942. Links: Edith Zimmermann, rechts: Erna Gohl.

VERFOLGUNG – KRIEG – WIDERSTÄNDISCHES VERHALTEN

Allerdings belegen Kurt Gutowskis im Stutthöfer Platt und Hochdeutsch überlieferte Kurzgeschichten auch, dass sich Anhänger der Arbeiterbewegung bis zur kriegerischen Vereinnahmung des Freistaates in das Deutsche Reich im September 1939 nicht versteckten. Sozialdemokraten trugen an ihren Schiffermützen ein schwarzes Stoffoval mit Goldrand. Kommunistische Kader trafen sich trotz Verbots 1936 noch illegal in Steegen, kenntlich an ihren segeltuchgrauen Jacken und Mützen.



Rechts der Stutthöfer Heimatdichter Kurt Gutowski (1922-2008) in seinem Offenbacher Heim (um 1995). Links seine Ehefrau Martha. 2. Von links: Edith Lautz, geb. Zimmermann (1923-2013).

Im September 1935 zog Rohde sich aus der „offiziellen Parteiarbeit“ zurück. In einem seiner Lebensläufe nennt er politische Zerwürfnisse mit der Parteiführung. Ob es sich um Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei angesichts des drohenden Faschismus an der Macht handelte, muss offenbleiben. Seinen Parteistatus beschrieb er später knapp: „Meine Mitgliedschaft ruhte.“

Der nationalsozialistische Senat verbot die Danziger Sozialdemokratie im Oktober 1936. Nur wenige bedrohte prominente Sozialdemokraten konnten – schon aus ökonomischen Gründen – den Freistaat als Emigranten verlassen. Der bekannteste: Erich Brost. Der Redakteur des Parteiblattes suchte zunächst in Warschau Schutz, um dann über Skandinavien nach Großbritannien zu emigrieren. (Brost, Erich: Erich Brost im Exil. Briefe und Artikel. Bonn 2003). Über seine Zeit nach 1936 hat Friedrich Rohde in seinen Lebensläufen mehrfach berichtet. Je nach politischer Opportunität strich er die eine oder andere Facette seines widerständigen Lebenslaufes heraus. Zweimal stellten ihn die neuen Machthaber vor Gericht. Was warf ihm die Staatsanwaltschaft vor? Bereits nach dem überwältigenden Wahlsieg der NSDAP 1933 zog Rohde Konsequenzen: Er stellte die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) Stutthofs quasi auf eine semiillegale Struktur um. Er folgte damit dem klassischen Vorbild, das während des Sozialistengesetzes so gut funktioniert hatte: Sportvereine fungierten in Zeiten der Repression als Parteiersatz. Als Zeitzeugen benannte Rohde 1950 u.a. den Stutthöfer Jungsozialisten Fritz Thoms. Den am 10. Dezember 1904 geborenen Fischer Thoms verschlug es nach Kriegsende nach Büsum, wo er sich als Arbeiter eine neue Existenz aufbaute. Rohde saß für diese „Vergehen“ 1937 in Untersuchungshaft, ohne dass es zu einer Verurteilung kam. Reste rechtstaatlicher Strukturen zeichneten den Freistaat immer noch aus. Zweimal wurde er freigesprochen; danach allerdings unter Polizeiaufsicht gestellt.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Die Kleinbahn brachte seit 1905 neue Güter und neue Ideen nach Stutthof. Über die Bahn liefen allerdings seit 1939 auch die Transporte ins Konzentrationslager Stutthof.

In einem seiner Lebensläufe findet sich eher beiläufig ein Hinweis auf schwere ökonomische Repressionen: „Auch mir wurde mein Grundstück genommen.“ (Landesarchiv Greifswald Rep. 296a Nr. 833). Es darf vermutet werden, dass sich die Enteignung aus politischen Gründen nach Kriegsbeginn im September 1939 ereignete. Zu den ersten Strafvverschärfungen auf dem Verordnungswege zählten u.a. auch die „Erleichterungen“ bei der Beschlagnahme fremden Eigentums.

Zur radikalen Einschüchterung der Opposition trug die Errichtung eines Konzentrationslagers unmittelbar nach Kriegsbeginn in Rohdes Heimatgemeinde bei. Insgesamt durchliefen 120.000 Häftlinge das KZ. Forscher und Forscherinnen gehen von ca. 65.000 Todesopfern aus, das sind knapp 60% der offiziell registrierten Häftlinge. (Alle Fakten nach der Studie: Stutthof ein Konzentrationslager. Bremen 2004). Unübersehbar die einschüchternde SS-Präsenz im Ort: 1944 überschritt das KZ-Personal die Tausendergrenze (darunter 900 Mitglieder der Wachmannschaften). Über 3.000 Häftlinge schufteten in Außenstellen und auf Bauernhöfen. Im März 1944 transformierte die SS das KZ in eine aktive Mordstätte. Unter Verwendung des Gases Zyklon brachte die SS systematisch Menschen um.

Familienerzählungen alter Stutthöfer machen es deutlich: Alle Einwohner wussten, was im Lager geschah. Nur wenige Mutige haben in ihrer Lebensrückschau darüber offen berichtet. (Ralf Klinger: Einmal nach Hause und zurück, S. 122). Familienerzählungen legen ebenfalls Zeugnis ab: Das KZ erzeugte massive Angst, selbst Opfer durch „falsches Verhalten“ zu werden. Dies galt für die „normale Bevölkerung“, die wenige Jahre vorher in Stutthof der NSDAP ein überwältigendes Votum beschert hatte. Es galt umso mehr für überzeugte Nazigegner. Rohde hat in seinen späteren Erinnerungen von unverhohlenen Drohungen berichtet, bei kleinstem Verdacht auf oppositionelle Tätigkeit, sofort ins KZ eingeliefert zu werden.



Quelle: Wikipedia.

„Todestor“ des Konzentrationslagers Stutthof. Aufnahme um 2000.

In seinem detailliertesten Dossier als SED-Mitglied berichtete Rohde 1957 über „Gegenmaßnahmen“ unmittelbar nach dem kriegerischen Überfall auf Polen: 34 Nazi-Gegner in Stutthof beschlossen, zur Tarnung sich informell in „einem illegalen Marinebund“ zusammenzuschließen. Der Zusammenschluss erfolgte unmittelbar nach Errichtung des Konzentrationslagers, „da die Gefahr bestand, dass diese 34 Antifaschisten dem Konzentrationslager Stutthof übergeben wurden.“ Zum Marinebund zählten nach eigenen Worten des ehemaligen Volkstagsabgeordneten 7 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten sowie ehemalige Angehörige der Deutschnationalen Volkspartei und des katholischen Zentrums, „die sich dem Nationalsozialismus nicht zugewandt hatten“. (Landesarchiv Greifswald Rep. 296a Nr. 833). 1957 - als Rohde über eine „Volksfront im Kleinen“ berichtete - war es in der DDR opportun, Bündnisse aufrechter Bürgerlicher mit Sozialdemokraten und Kommunisten herauszustreichen. Diese Informellen Bündnisse gab es: Familienerzählungen zeugen davon, dass überzeugte Antinazis auch nach 1939 sich nicht versteckten und aus ihrer Gesinnung kein Hehl machten. In späteren – für die Bildungsarbeit veröffentlichten Artikeln – strich Rohde allerdings meist nur noch sein spezielles Verhältnis zum örtlichen KPD-Vorsitzenden heraus.

Rohdes Verhältnis zum Stutthöfer Ex-KPD-Vorsitzenden Rudolf Behrend war seit 1936 ohne Zweifel sehr eng. Lange hatten KPD-Mitglieder in der sog. ultralinken Phase Sozialdemokraten als Stütze des Faschismus noch heftig attackiert. Erst 1935 nach der sog. Brüsseler Konferenz steuerte die Kommunistische Internationale einen vergleichsweise moderaten Volksfront-Kurs (antifaschistische Bündnisse mit bürgerlichen Oppositionellen und Sozialdemokraten). Der Maurer Behrend aus der Stutthöfer Schulstraße leitete wenige Jahre zuvor die militanten Arbeitskämpfmaßnahmen der Landarbeiter an. In den 1930 Jahren musste er schwere Misshandlungen durch lokale SA-Chargen ertragen, die ihn zeitlebens zum Invaliden machten. [Ein Parteiveteran erzählt. In: Das Fischkombinat, Jg. 4 (Februar 1963), Nr. 3]. Auch diese schweren Misshandlungen eines Stutthöfer Mitbewohners blieben im dörflichen Milieu nicht „geheim“. Als nach der „Wende“ erstmals west- wie ostdeutsche Stutthöfer sich auf einem Heimattreffen austauschten, erkundigten sich viele der sog. Erlebnisgeneration bei seinem Sohn Herbert nach dem Schicksal des ehemals Verfeimten. Der ehemalige Maurer verstarb 1953 in einer Harzer DDR-Gemeinde. Rohde hat später in der DDR Rudolf Behrends Sohn Herbert als Zeuge für die Wahrheit seiner Aussagen zur antifaschistischen Widerstandsarbeit angegeben.

Rudolf Behrend scheint der wichtigste Ansprechpartner für Rohde während der faschistischen Zeit gewesen zu sein, mit dem sich der ehemalige Linkssozialist angstfrei austauschen konnte. Rohde war wohl auch bei der Herstellung des illegalen Parteiorgans „Rote Fahne“ beteiligt. Wie Rohde später der ehemaligen Sprechstundengehilfin Margarete Pfau, geb. Basner, die es auch nach Rügen verschlagen hatte, mitteilte, war er der Besitzer der Schreibmaschine, auf der das illegale Blatt fabriziert wurde. Bei Hausdurchsuchungen „schützte“ er das wertvolle Stück. (Ostseebad Stutthof. Plön 1995, S. 160).

An weitergehende aktive Widerstandshandlungen war angesichts einer massiven SS-Präsenz im Ort nicht zu denken. Man darf allerdings davon ausgehen, dass sich alle anti-

faschistischen Mitglieder des „Marinebundes“ austauschten. Am 20. August 1940 zog die Kriegsmarine den fünfundvierzigjährigen Rohde erneut ein. Als Obergefreiter hatte er in der 13. Schiffs-Stammabteilung in Saßnitz auf Rügen Dienst zu tun. Alle Rekruten der Kriegsmarine wurden in einer der Schiffs-Stammabteilungen ausgebildet und erhielten dort ihre seemännische und infanteristische Grundausbildung. Im Januar 1941 dienstuntauglich entlassen, gab es für den überzeugten Hitlergegner dennoch kein Entkommen. Es war die Luftwaffe, die den gelernten Fischer dienstverpflichtete. Mit Standort in Pillau musste er mit eigenem Boot sozusagen zwangsweise zur Versorgung des Luftwaffenstützpunktes auf Fischfang gehen. Denn: Der Seefliegerhorst Pillau-Neutief galt als der wichtigste Hauptflughafen der deutschen Armee im Osten und musste „versorgt“ werden. Von 1941 an datiert Rohdes Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). DAF und NSV bildeten die klassischen NS-Organisationen, unter deren Dächer Oppositionelle aller Schattierungen sich „verstecken“ konnten, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

In Pillau existierte ein informelles Netzwerk oppositioneller Hitler-Gegner, in das Rohde eingebunden war. Gesinnungsfreunde, die bei der Luftwaffe in Pillau dienten, bauten auf Rohdes Fischerboot eine Radioanlage ein. Der kriegsverpflichtete Fischer konnte somit nachts illegale Sender abhören und war damit bestens über die wirkliche Kriegslage informiert. Danach gab Rohde diese Informationen an Gesinnungsfreunde weiter. Die sog. „Aktion Gitter“ nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ging für Rohde glimpflich aus. In der Verhaftungswelle – vom Reichsführer der SS angeordnet – sollten zur Masseneinschüchterung alle ehemaligen Landtags- und Reichstagsabgeordneten „systemfeindlicher“ Parteien in Haft genommen werden. Rohde kam mit einer Hausdurchsuchung davon. Der gleichzeitig sich im Hause befindliche Rudolf Behrend konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. [Ein Parteiveteran erzählt. In: Das Fischkombinat, Jg. 4 (Februar 1963), Nr. 3]. Ein weiterer Schicksalsschlag: 1943/1944 zog die Wehrmacht Friedrich und Metas Rohdes Sohn Walter (geb. 1925) ein. Er starb während der sog. „Ardennenoffensive“ in Luxemburg in der Zeit zwischen Dezember 1944 und Januar 1945. (Heimatortskartei Danzig-Westpreußen, 1939-1963).



Quelle: Archiv des Museums Stutthof.

Wachturm des Konzentrationslagers Stutthof.

Lassen sich aus Rohdes „Widerstandsbiographie“ allgemeine Schlussfolgerungen ziehen? Der Berliner Widerstandsforscher Siegfried Mielke hat es oft postuliert: Man dürfe nicht stringent davon ausgehen, dass es vor allem die ehemaligen linken USPD-Mitglieder waren, die sich während der Nazi-Diktatur im sozialdemokratischen Milieu zu informellen Oppositionsgruppen und aktiven Widerstandstätigkeiten zusammenschlossen. Dennoch gilt: Viele Detailstudien belegen, dass es überwiegend die demokratischen Linkssozialisten wagten, Resistenz zu üben. Rohdes Biographie darf als ein weiterer Beleg gelten, dass stringente marxistische Positionen eher mit Widerstandsaktivitäten korrelierten als „wirtschaftsfriedliche Gesinnung“.

Scheinbar gab es auch für Rohde 1945 kein Entrinnen mehr. Zum Volkssturm eingezogen und an die Front geschickt, desertierte Rohde und konnte sich bis Stutthof durchschlagen und sich offensichtlich verstecken. Folgt man Rohdes Narrativ vom März 1957 so erlitten die Mitglieder des „Marinebundes“ fast alle das gleiche Schicksal: Der „getarnte Marinebund wurde 1944 restlos von den Faschisten aufgegriffen und an die Front der Sowjet-Union geschickt. Alle ehemaligen Angehörigen desertierten und hielten sich bis zum Zusammenbruch in verschiedenen Gegenden versteckt. Dabei ist ein Teil umgekommen.“ (Landesarchiv Greifswald Rep. 296a Nr. 833).

Rohdes Heimatdorf Stutthof gehörte zu einem schmalen Küstensaum, der erst nach der Kapitulation deutscher Truppen am 9. Mai 1945 in russische Hand fiel. Die Rote Armee hatte das Werder – aus berechtigter Angst vor Überflutungen – zunächst großflächig von Osten nach Süden umgangen, sodass vorerst ein schmaler Schlauch vom Weichseldurchstich bei Schiewenhorst und Nickelswalde über Steegen und Stutthof hin zur Frischen Nehrung bis Kriegsende „in deutscher Hand“ blieb. Die meisten Einwohner (meist Frauen und Kinder) evakuierte das deutsche Militär über die von deutschen Truppen gehaltene Halbinsel Hela nach Dänemark. Auch die Insassen des Konzentrationslagers mussten in brutalen Todesmärschen Stutthof Richtung Westen verlassen.

1943 zählte Rohdes Heimatdorf Stutthof 2.941 Einwohner. Von Kriegshandlungen war der Ort weitgehend verschont geblieben. Rotarmisten marschierten am 8. und 9. Mai 1945 in Stutthof ein. Marcin Owsiniński, der heutige Leiter des wissenschaftlichen Dienstes des Museums Sztutowo, hat die Folgen für die Bevölkerung auf den Begriff gebracht: „Die Tage nach dem Einmarsch der Sowjets in der Ortschaft verliefen charakteristisch für die Zeit und die Umstände. Zunächst kam es in den ersten Nachkriegstagen vor allem zu Plünderungen, Vergewaltigungen, Brandstiftungen und chaotischen Schießereien, was bei den Einwohnern allgegenwärtige Angst und Unsicherheit auslöste.“ (Marcin Owsiniński: Die Deutschen in Stutthof und Sztutowo. S. 294). Günter Rehaag hat etwa 300 Menschen aufgelistet, die die Stutthöfer Besetzung erlebten. (Ostseebad Stutthof, Plön 1997, S. 110). Neben Friedrich Rohde gehörte auch sein Bruder Carl zu den Augenzeugen der Eroberung. D. h. 90% der ursprünglichen Bevölkerung war geflohen. Stutthöfer Rückkehrer, denen es nicht gelungen war, sich in den Westen durchzuschlagen und weitere Gestrandete erhöhten die Zahl der verbliebenen Deutschen auf 1.600.



Quelle: Wikipedia.

Flüchtlinge im Hafen von Pillau, Januar 1945.

Marcin Owsinski stützt sich bei seinen Beschreibungen der ersten Nachkriegstage auf das überlieferte Tagebuch von Irmgard Stoltenberg, geb. Krause (1928-2018), die diese wichtige Quelle dem Museum als Kopie überlassen hat. Die Tagebuchschreiberin, Tochter des örtlichen Metzgermeisters, hat ein ganz bemerkenswertes Detail überliefert. Es weist auf die starke linke Tradition des Ortes und auf den uns bereits „bekannten“ Rudolf Behrendt hin: „Rudolf B[ehrendt] ging den Russen entgegen und stellte sich ihnen als Kommunist vor. Die Russen rissen ihm seine Papiere aus der Hand und warfen sie auf den Boden und sagten: ‚Du bist kein Kommunist, du bist ein Deutscher‘.“ (Marcin Owsinski: Die Deutschen in Stutthof und Sztutowo. S. 296). Innermilitärische Warnungen, allzu viele Deutsche würden sich fälschlicherweise als politische und rassistische Opfer ausgeben, trugen damit Früchte. Deutsche mussten nun jeden Morgen antreten und im Konzentrationslager Aufräumarbeiten verrichten. Der mittlerweile von der Besatzungsmacht akzeptierte Rudolf Behrendt lenkte den Arbeitseinsatz in grobe Bahnen. Zwölf Jahre später lüftete Rohde das Geheimnis des Gesinnungswandels der neuen Besatzungsmacht: ehemalige „Saisonarbeiter“ (sprich polnische Landarbeiter, die es auf dem einen oder anderen Bauernhof noch gab) hätten die Antifaschisten „legitimiert“, danach seien diese von der Roten Armee mit verschiedenen Funktionen betraut worden. Sowjetische Truppen rückten am 20. November 1945 ab. Stutthof blieb nach den Worten Marcin Owsinskis ausgeplündert zurück. Die Zeit der polnischen Verwaltung begann.

Zum Bürgermeister für die deutsche „autochthone Bevölkerung“ ernannten die russischen Truppen Friedrich Rohde. De facto löste Rohde damit den Landwirt Hermann Schöler ab, der bis zum 8. Mai 1945 residierte. (Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof. Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland, S. 173). In seinen diversen Lebensläufen hat der ehemalige SPD-Abgeordnete sein Bürgermeisteramt stets herausgestrichen. Details, wie es Rohde, seiner Frau und seiner Tochter unmittelbar nach der Besetzung des Ortes erging, müssen ungeklärt bleiben. Wir dürfen davon ausgehen: Die erwähnten polnischen „Saisonarbeiter“ bürgten für ihn und verhalfen dem Fischer, der tatkräftig zupacken konnte, zu seinem neuen „Job“. Auch die neue polnische Administration übernahm Rohde als Bürgermeister für die Deutschen. In dieser Zeit organisierte Rohde primär den Fischfang, um die Ernährung des Dorfes zu sichern. Dieses Faktum hat 1961 Rohdes alter Freund Gottfried Goertz, ehemaliger Fischer und Sozialdemokrat, als es um Belege zu Rohdes Kaderakte ging, ausdrücklich bestätigt.

Gottfried Goertz und Friedrich Rohde standen sich nahe. Ihre Lebensläufe sind über weite Passagen deckungsgleich. Im Stutthöfer „Vorort“ Mittelhaken geboren, lebte der „sozialistische Fischer“ im ehemaligen Zollhaus auf der Koppelkampe. Er musste seine Heimat im September 1947 verlassen und kam über ein Lager im Thüringer Wald nach Gagern auf Rügen. Er starb am 5. Mai 1980. (Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof. Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland, S. 299). Polnische Quellen, die Rohdes Aktivitäten dokumentieren, haben sich wohl nicht erhalten. Für Marcin Owskiński keine Überraschung. Die Quellenüberlieferung der neuen Gemeinde Stutthof/Obozy/Sztutowo aus der Zeit September 1945 bis 1946/1947 sei „leider schwach“. Und: „Damalige Beamte waren nicht so aktiv im Schreiben, das Leben war wichtiger als die Papiere.“ (E-Mail an den Verfasser, 8. November 2019).

Nun darf man sich den Titel „Bürgermeister“ gewiss nicht als Amt mit großem Handlungsspielraum vorstellen. Die Position war der sowjetischen Kommandantur unterstellt. Rohde hatte Befehle und Anweisungen auszuführen. Während seiner Amtszeit galt ein nie veröffentlichtes Dokument des Potsdamer Abkommens: Die Arbeitskraft der deutschen Bevölkerung durfte ausgebeutet werden. Die zurückgebliebene Bevölkerung „büßte“. Als Rohde seine kleinen Lebenserinnerungen in der DDR publizierte, war Kritik an den östlichen Besatzungsmächten der Jahre 1945/46 ein großes Tabu. Negatives wusste Rohde in den 1960er Jahre über die unmittelbare Nachkriegszeit in Stutthof nicht zu berichten. Gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der neuen polnischen Administration wird sich Rohde loyal verhalten haben. Die spätere Heimat- und Vertriebenenpresse hat Rohdes Rolle – und seinen schwierigen Spagat – leider nicht dokumentiert.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Reusenfischer Reinhard Schmidt auf der Weichsel (nach 1945). Die mit Friedrich Rohde weit entfernt verwandte Schiffbauerfamilie Schmidt wurde 1947 aus Sztutowo nicht ausgewiesen und lebte bis 1972 in der „alten Heimat“.

VON DER ÖSTLICHEN ZUR MITTELDEUTSCHEN OSTSEE

Am 26. November 1946 ereilte den Bürgermeister der Deutschen das gleiche Schicksal wie nahezu allen andere Stutthöfer mit deutschem Pass: Rohde und seine Familie bekamen den Ausweisungsbefehl zugestellt. Mit seiner Familie landete der Fischer zunächst in der Nähe von Wernigerode im Harz in der sowjetisch besetzten Zone. Über die genauen Abläufe der Umsiedlung ist nichts bekannt. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte im heutigen Kurort Ilsenburg ein sog. Auffanglager für Umsiedler errichten lassen. Für ehemalige Ostseefischer sicher ein kleiner Kulturschock. In seiner neuen Heimat trat Rohde am 30. Dezember 1946 sofort der neugegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bei. Als erfahrenen Funktionär kooptierte ihn die Kreisleitung Wernigerode der SED in kürzester Zeit in den Kreisvorstand.

Im April 1946 hatten sich in Berlin KPD und SPD der sowjetischen Besatzungszone zu einer Einheitspartei verschmolzen, von westlicher sozialdemokratischer Seite stets als „Zwangvereinigung“ titulierte. Der Zwang zur Vereinigung war seitens der östlichen Besatzungsmacht in der Tat groß und von langer Hand vorbereitet. Dennoch: Die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen mit einem terroristischen, auf Krieg drängenden Regime, hatte auch bei einfachen sozialdemokratischen Mitgliedern und ehemaligen Funktionären viel bewirkt. Der Wunsch nach einer geeinten Partei war groß. Zu negativ waren die Erinnerungen an die Spaltung. Auch viele sozialdemokratische Zweifler, die sich nie mit Rolle und Funktion einer leninistischen Kaderpartei anfreunden konnten, stimmten im östlichen Teil der Vereinigung zu.

Rohde hatte en miniature die Vereinigung mit seinen kommunistischen Freunden in Stutthof quasi schon vorweggenommen. Nach allen seinen jüngsten Lebenserfahrungen begrüßte er als „Spätangekommener“ mit Sicherheit das Projekt einer Einheitspartei. Dennoch hat Rohde zunächst auch im Westen nach neuen Möglichkeiten einer Existenzsicherung für sich und seine Familie Ausschau gehalten. Der Umgesiedelte scheint sich in seiner neuen wald- und bergreichen Heimat nicht besonders wohlgefühlt zu haben. Ihn drängte es, weiterhin seinen alten Beruf auszuüben. Kurzfristig verließ er die neue Heimat, um nach einer neuen Beschäftigung im Westen zu suchen. Man darf davon ausgehen, dass der ehemalige Kieler Soldatenrat im alt vertrauten „Wesermünde“ suchte. Seinen 9 Jahre älteren Bruder Otto hatte es nach Bremerhaven verschlagen, wo Otto später als Kapitän Karriere machen sollte. Der Verdacht liegt nahe, dass der jüngere Bruder bei Otto berufliche Perspektivmöglichkeiten auslotete. Allerdings kehrte Friedrich Rohde nach kurzer Zeit in den Harz zurück. (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833). Mit Eingaben an die Behörden verließ er seinem Wunsch nach Umsiedlung an die Ostseeküste Nachdruck. Von Anfang an nahm Rohde Rügen ins Visier. Die Insel kannte er als Fischer; in Saßnitz hatte er während des Krieges als Marinesoldat gedient. Ebenso gravierend: Auf Rügen hatten nahe Verwandte aus Stutthof ein neues Domizil als Fischer gefunden. Im Frühjahr 1947 erfüllte sich sein Wunsch: Am 2. Mai 1947 verließ er das Mittelgebirge Richtung Rügen. In Binz auf Rügen suchte er in seinem gelernten Beruf wieder



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Margarete Pfau (geb. Basner) mit ihrem Mann Werner Pfau 1947 im Hafen von Gager auf Rügen. Die geborene Margarete Basner bezeugte später Friedrich Rohdes Widerstandstätigkeit in Stutthof.

Tritt zu fassen. Zunächst hing Rohde beruflich in der Luft. Geschickt suchte er seinen Kontakt zum ehemaligen „Banknachbarn“ im Danziger Volkstag, Anton Plenikowski, zu nutzen. Der alte Danziger Fraktionsvorsitzende der KPD hatte zwischenzeitlich eine steile SED-Karriere gemacht. 1937 nach Schweden emigriert, geriet der geborene Zoppoter nur kurzzeitig in der Emigration in arge Schwierigkeiten mit der offiziellen Parteilinie. Plenikowski kehrte im März 1946 nach Berlin zurück, kümmerte sich anfänglich um die „Einbürgerung von Umsiedlern“ und übernahm dann den ranghohen Posten eines Abteilungsleiters Staatliche Verwaltung des Zentralkomitees der SED. (Angela Schmole: AV 10/71 – Ein Mann im Hintergrund. Der Nachlaß Anton Plenikowski im MfS-Archiv, S. 156 ff.)



Quelle: Wikipedia.

*Anton Plenikowski (1899-1971), Danziger KPD-
Abgeordneter, half Friedrich Rohde bei seinem
beruflichen Neustart als Fischer auf Rügen.*

Rohde kannte den ehemaligen Lehrer nicht nur als Abgeordneten. Plenikowski hatte seine politische Laufbahn in der SPD gestartet ehe er nach kurzer Mitgliedschaft in die KPD überwechselte. Im internen Schriftwechsel wird deutlich: Plenikowskis Fürsprache wirkte Wunder („Der Genosse Plenikowski verwendet sich auf das wärmste für diesen Genossen. Wir ersuchen Euch nochmals zu überprüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, ihn irgendwie einzubauen, evtl. als Fischmeister oder ihm den Kauf eines Fischkutters zu ermöglichen.“) Im Juli 1947 meldete der SED-Landesvorstand an Plenikowski Vollzug: Rohde sei in Gager auf Mönchgut als Netzfischer untergekommen. Es sei geplant in Gager eine Reusenkompanie zu bilden, die Rohde unterstellt werden solle. Zwischenzeitlich gelte: „Dem Genossen Rohde und seinen Kollegen sind Ruderboote leihweise zur Verfügung gestellt worden. Der Ankauf eines Fischkutters ist im Augenblick leider undurchführbar.“

Im Herbst 1947 beantragte Friedrich Rohde einen Kredit in Höhe von 5.000 RM. (Martin Holz: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961“, S. 530). Will heißen: Rohde suchte als kleiner privater Fischer nahtlos an seine alte Existenz anzuknüpfen. Gesellschaftspolitisch hatte ein solches Projekt indes keine Chance mehr. Denn: Der Wind hatte sich zwischenzeitlich gedreht. Die Besatzungsmacht verzichtete auf gewisse Reparationsleistungen. Für die Sowjetunion gedachte Kutter durften an der Ostseeküste in deutschem Besitz verbleiben. Es galt, Kurs auf eine kollektivierte Fischfangindustrie zu nehmen.



Quelle: Günter Rehaag: Ostseebad Stutthof.

Die Stutthöfer Flüchtlingsfrau Karoline Goertz in Saßnitz auf Rügen beim Ordnen der Netze.

Der Pfarrer Martin Holz hat in seiner Rügener Flüchtlingsstudie den Aufbau der volkseigenen Fischerei quellentreu beschrieben. Vor allem zeichnete er exakt die Rolle der sog. Flüchtlingsfischer nach. Die Würfel fielen relativ schnell für den Standort Saßnitz: Um das Hafengelände der Inselkommune sollte für die sowjetische Besatzungszone (später: DDR) der Fischfang und die Fischverarbeitung auf genossenschaftlicher Grundlage, sprich volkseigener Basis, zügig aufgebaut werden. Wie erwähnt: Beim Entscheidungsprozess über die kommende Fischfangpolitik spielte die Sowjetische Militäradministration die zentrale Rolle.

Die Wahl für den Standort Saßnitz hatte auch etwas mit den drängenden Problemen der Integration ostdeutscher „Umsiedler“ und „Neubürger“ zu tun, wie Flüchtlinge und Vertriebene offiziell nur noch genannt werden durften. Ein Vierteljahrhundert später resümierte die lokale Geschichtskommission der SED: „Ein wesentlicher Faktor war weiterhin die Tatsache, daß den relativ vielen Neubürgern aus Hinterpommern, Danzig und Ostpreußen mit Fischereikennnissen neue Perspektiven geboten werden konnten.“ (VEB Fischkombinat Sassnitz 1949-1974, S. 8). Rohde selbst beteiligte sich an SED-Umsiedlerkonferenzen.

Gewisse Schwierigkeiten scheint die Auswahl des neuen Leiters des Kombinats aufgeworfen zu haben. Folgt man den Autoren der Betriebsgeschichte von 1974 so entstand fast den Eindruck, man sei eher zufällig auf Friedrich Rohde gestoßen: „In der Besprechung am 6. Dezember 1948 wurde festgestellt, daß ein technischer Leiter für den neuen Fischfangbetrieb in dem Fischermeister Friedrich Rohde aus Gager/Mönchgut gefunden worden sei. Damit wurde ein Arbeiter mit jahrelanger Klassen- und Klassenkampfere-

nung an die Spitze des neu zu bildenden volkseigenen Betriebes berufen.“ Fast ehrfürchtig strich das Autorenkollektiv heraus: „Genosse Friedrich Rohde war Teilnehmer am Kieler Matrosenaufstand im November 1918 und Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates.“ (VEB Fischkombinat Sassnitz 1949-1974, S.8). Man geht allerdings wohl nicht fehl in der Annahme, dass Plenikowskis Lobeshymnen auf seinen ehemaligen „Parteifeind“ nachwirkten.

Rohde trat sein Amt als technischer Leiter der volkseigenen Fischerei am 1. Dezember 1948 an. In seinem neuen Domizil in Saßnitz in der Weddinger Straße blieb er zeitlebens wohnen. Einen Monat später wurde der „Volkseigene Betrieb Ostseefischerei Saßnitz“ aus der Taufe gehoben. Die SED-Festschriftenliteratur nennt den 7. Februar 1949 als symbolisches Gründungsdatum: An diesem Tag übernahm der Betrieb seine ersten Fischkutter. Rohde hat später darüber berichtet, dass Teile der künftigen „volkseigenen“ Kutterbesatzungen nichts vom neuen ökonomischen Experiment an jenem Februartag ahnten. Ihre Skepsis war in den Gesichtern zu lesen: „Mit anderen Möglichkeiten, mit der Bekanntgabe einer Perspektive über den Aufbau einer großen Volkseigenen Fischerei wurden die Kollegen begrüßt. Man sah im Augenblick der Bekanntgabe erstaunte Gesichter und es gab bei einigen Kopfschütteln.“ (Entwicklung. VEB Fischkombinat Sassnitz, S. 10). Seit dem 8. November 1949 fungierte Rohde als verantwortlicher Leiter des volkseigenen Betriebes Fischfang in Saßnitz. Oder kürzer ausgedrückt: Er organisierte als Einsatzleiter die Fischfangflotte.

Martin Holz hat die strukturellen Probleme und mentalen Vorbehalte der vergesellschafteten Fischerei beleuchtet. Viele Fischer, mit hoher Eigenverantwortung und hohem Eigensinn ausgestattet, sahen die genossenschaftliche Fischerei zunächst nur als Übergangslösung an und gingen davon aus, später als Eigentümer der Boote entlassen zu werden. Rohde hat diese Schwierigkeiten plastisch beschrieben. Gleichzeitig ließ er durchblicken, welche Bedeutung den ehemaligen ostdeutschen Fischer für das Gelingen des Projektes zukam: „Das schwierigste Problem war die Beschaffung von Besatzungen vor allem Patentträger. In fast allen Küstengebieten führte ich Verhandlungen durch, um vor allen Dingen die Umsiedler aus dem Osten und Pommern zu gewinnen. Das war gar nicht so einfach, weil ihnen der Glaube damals an der Existenz einer volkseigenen Fischerei fehlte.“ (Friedrich Rohde: Die Gründung der volkseigenen Fischerei und ihre Entwicklung bis zum heutigen Kombinat, Manuskript o. J., zitiert nach: Martin Holz: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961, S. 531).

Lange Zeit war es in der DDR verpönt, landsmannschaftliche Besonderheiten plakativ herauszustreichen. Der Kapitän Heinz Voß hat Jahrzehnte später den „Flüchtlingsfischern“ – wenn auch geographisch nicht ganz sattelfest – ein kleines Denkmal gesetzt: „Zu den Besatzungsmitgliedern gehörten viele Umsiedler aus Ostpreußen, wie z.B. der Kurischen- und Frischen Nehrung. Es waren die geborenen Fischer ohne jeglichen Anspruch, die vor keiner harten Arbeit und Belastung zurückschreckten und dadurch auch andere geformt haben.“ (Karl-Heinz Voß: Der 24-Meter-Holz-kutter im VEB „Fischkombinat Sassnitz“, S. 21 f.)



Quelle: Fischfang, Bibliothek der SAPMO.

Friedrich Rohde. Portrait (ca. 1960).

Waren Anfang 1949 nur 50 Menschen beschäftigt, so expandierte die Belegschaft in Rohdes erstem Jahr als Geschäftsführer bis auf insgesamt 2.300 Beschäftigte im Jahr 1950. 800 Personen arbeiteten im Teilbetrieb „VEB Fischfang“. Schon im Jahr 1952 verfügte der volkseigene Betrieb über 186 Fangkutter, die mit skandinavischen, polnischen und westdeutschen Fischern im harten Kampf um die wenigen ergiebigen Fanggebiete der Ostsee konkurrierten. Trotz aller Erfolgswahlen: Die Schwierigkeiten, mit denen sich Rohde konfrontiert sah, blieben unübersehbar. Plastisch beleuchtet seine heute zugängliche Kaderakte diese Probleme.

Fischer kamen aus westlichen Häfen nicht mehr in die DDR zurück. Sprich: Sie begingen „Republikflucht“. Ein besonderes Problem: die unerlaubte Entnahme des Fanges für die eigene Nutzung. Die bislang abhängig arbeitenden Flüchtlingsfischer waren es bislang gewohnt, vom eigenen Fang durch Naturaldeputate zu profitieren. Hinzu kam: Ersatzteile für alte Boote waren nur schwer aufzutreiben, die Hafeninfrastuktur musste vollständig erneuert werden. Reparationsleistungen an die ostdeutsche Besatzungsmacht erleichterten keineswegs Rohdes Aufgabe. Auf der anderen Seite: Die SED-Führung der neugegründeten DDR hatte mit dem Saßnitzer Fangstützpunkt Großes vor. Saßnitz sollte zu einem zentralen Pfeiler der Versorgung der DDR-Bevölkerung ausgebaut werden.



Quelle: Stadtarchiv Saßnitz.

Fischkombinat Saßnitz, Sozialgebäude 1957.

Wie stand Rohde nun zum neugegründeten Arbeiter- und Bauernstaat? Rohde bekannte sich vorbehaltlos zu den ökonomischen Grundlagen des SED-Staates. Für „Volkseigentum“ hatte er schon als junger Sozialist geworben. Wie er – sozusagen demokratietheoretisch – das politische System beurteilte, ob er es guthieß oder ob er auf allmählichen Wandel hin zum Besseren hoffte, ist schwer zu sagen. Für ein solches Urteil fehlen alle persönlichen Quellen. Fakt ist: Rohde war der erste Vorsitzende der SED-Betriebsgruppe und gehörte der SED-Stadtleitung Saßnitz an. Im Gegensatz zu Sachsen und Thüringen verfügte die Ostseeküste über keine linke Tradition. Die SED hatte zunächst sichtbar Schwierigkeiten, qualifizierte Leitungskader zu rekrutieren. Jedem erfahrenen ehemaligen SPD-Funktionär stand der Weg in Leitungsfunktionen offen. Das galt auch für Rohde.

Dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gehörte der geborene Stutthöfer seit 1948 an. Im gleichen Jahr trat er der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei, die vom wirtschaftswissenschaftlichen Universalgelehrten Jürgen Kuczynski und dem Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert jr. angeleitet wurde. Innerfamiliär herrschte in Rohdes Familie die klassische „Arbeitsteilung“ einer Funktionärsfamilie: Männer machten „große Politik“ in den „wichtigen“ Organisationen, Frauen begnügten sich mit einem Engagement in den Frauenorganisationen. Meta Rohde, die als Verkäuferin arbeitete, gehörte mit Gründungsdatum (8. 3. 1947) dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands an. In einer politischen Kaderakte ist in der Regel nur wenig über das Verhältnis von Mann und Frau zu erfahren. Nur 1957 strich der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation heraus: „Genosse Rohde führt ein ordentliches Familienleben.“ Von Tochter Erika wissen wir: Auch sie engagierte sich im Frauenbund. (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833).

WIRTSCHAFTSVERBRECHER

Wie beurteilte nun die lokale SED-Führung den ehemaligen Sozialdemokraten? Die erste „Charakteristik“ der SED-Kreisorganisation Rügen stammt vom 31. Oktober 1949 wenige Wochen nach Gründung der DDR. Rundum positiv fiel die fachliche Beurteilung aus: „Ist im Fischereibetrieb Sassnitz eine sehr gute Fachkraft. Genießt allgemeines Vertrauen in der Belegschaft, war mit dem Aufbau der Fischerei beauftragt, wo er sich mit ganzer Kraft einsetzte.“ Auch an der „moralischen Beurteilung“ gab es nichts zu deuteln: „Besitzt Vertrauen in der Bevölkerung und wird im Betrieb geachtet.“ Im Passus „politische Beurteilung“ blitzte indes Konfliktpotential auf, das Rohde alsbald zum Verhängnis werden sollte: „Ist altes Mitglied der Arbeiterbewegung, parteitreu und klassenbewusst, besitzt politische Kenntnisse und tritt in Diskussionen positiv auf. Durch den Besuch der Kreispartei-schule kann sein politisches Wissen gefestigt werden. Noch entwicklungs-fähig.“ (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833).

Nun widersprach Rohde der Delegation an die Kreispartei-schule keineswegs, bat allerdings im Oktober 1950 um Aufschub, in dem er seine Rolle bei der Umgestaltung des Leistungslohnes und der vollständigen Umgestaltung der Fangmethoden herausstrich. Aufschub wurde ihm parteiintern nicht gewährt. Rohdes Beurteilung durch die Kreispartei-schule nach Abschluss des Lehrganges ließ indes Schlimmes erahnen. In seiner Charakteristik hieß es lapidar: „Leicht versöhnlerisch“. Für alle Kenner der innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD in der Weimarer Republik ein schrilles Alarmsignal.

Nun stigmatisierte Rohde in der Tat ein Manko: Bei der Spaltung der linkssozialistischen USPD ging er 1920 nicht mit der Mehrheit zur KPD. Vielmehr verblieb er in der „Rest-USPD“, die sich 1922 wieder der SPD anschloss. Damit stand der Fischer im Einklang mit vielen – durchaus klassenkämpferisch gestimmten Gewerkschaftsmitgliedern -, die eine Mitgliedschaft in der KPD aus demokratietheoretischen Erwägungen prinzipiell ablehnten. Oder anders ausgedrückt: Herrschaft der Arbeiterklasse ja, aber nur mit demokratischer Zustimmung der Mehrheit. Sichtlich vollzog Rohde nach bitteren Erfahrungen während der Nazizeit eine gewisse Kehrtwendung. Eine gewisse Widerständigkeit schimmerte bei seinen Befragungen nach seinem Leseverhalten in den SED-Parteibögen immer noch durch. Auf die Frage „Welche Werke des wissenschaftlichen Sozialismus haben Sie gelesen?“ antwortete der Fischer knapp: „Sämtliche Werke bis auf die neueren Datums von Stalin“.

Obgleich mehr als ein Vierteljahrhundert nach Rohdes Entscheidung gegen die KPD verstrichen war: Die politische Biographie machte den Ex-Stutthöfer geradezu zum klassischen Opfer der radikalen Umwandlung der SED zu einer „Partei neuen Typus“, in der es primär darum ging, Reste falschen sozialdemokratischen Denkens und Handelns in der Partei zu eliminieren und – sozusagen als Nebenprodukt - schwarze Schafe für wirtschaftliche Defizite verantwortlich zu machen. Anders gefragt: Was sollten die Kernelemente der „Partei neuen Typus“ sein? Die Antwort fällt kurz aus: Straffe Disziplin, ausschließliche Meinungsbildung von oben nach unten, Verbot von Flügeln und innerparteilichen Oppositionsgruppen.



Quelle: Stadtarchiv Saßnitz.

Erweiterungsbau des Hafenamtes Saßnitz, Mai 1958.

Das ehemalige Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ brachte die Auswirkungen auf die Parteiorganisation in einem Artikel 1996 knapp auf den Begriff: die „1949 in den Ländern Ost- und Südosteuropas von Stalin inszenierten Schauprozesse gegen prominente Parteiführer [...] trieben auch die stalinistische Säuberungswelle in der SED weiter. [...] Die Parteisäuberungen erreichten 1951 im Rahmen einer Mitgliederüberprüfung einen Höhepunkt. Sie sollten, wie es offiziell hieß ‚parteil Fremde und feindliche oder moralisch verkommene Elemente und Karrieristen‘ aus der Partei entfernen.“ (Die Rechnung ist nicht aufgegangen. In: Neues Deutschland, 6. März 1996 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/598703.bdie-rechnung-ist-nicht-aufgegangenl.html>)

Mehr als 150.000 Mitglieder – meist ehemalige Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen – mussten die Partei verlassen. Wie traf der neue SED-Kurs nun Friedrich Rohde? Die Polizei verhaftete Rohde am 2. September 1951. Die Anschuldigung: Sabotage und Wirtschaftsverbrechen. Landesweit erging es hunderten ehemaligen SPD-Funktionären ähnlich. Am Tag der Verhaftung musste Rohde sofort sein Parteibuch abgeben. Der sog. „Prozess Fischkombinat“ fand über ein Jahr später im November 1952 statt. Bis dahin saß der Siebenundfünfzigjährige 15 Monate in Untersuchungshaft. Die Anklageschrift ist nicht überliefert. Selbst sein Verteidiger bekam diese Schrift vor Prozessbeginn nicht zu sehen. Das in Rohdes Kaderakte überlieferte Prozessprotokoll vermittelt allerdings sehr transparent Ziele und Strategien der Staatsanwaltschaft. Mit Rohde saßen noch weitere ehemalige leitende Angestellte auf der Anklagebank. Hilfe von seinem ehemaligen Danziger Abgeordnetenkollegen Anton Plenikowski war diesmal nicht zu erwarten. Dieser saß inzwi-

schen an den Schalthebeln der Macht und forderte Richter und Staatsanwälte auf, gegen „Versöhnler“ und „Feinde“ in den eigenen Reihen besonders hart vorzugehen. (Angela Schmole: AV 10/71 – Ein Mann im Hintergrund. Der Nachlaß Anton Plenikowski im MfS-Archiv, S. 164).

Aus heutiger Sicht sehr deutlich: Die Anklagevertretung suchte Sündenböcke für gravierende Fehlleistungen und Fehlinvestitionen des jungen Unternehmens aufzudecken. U.a. versuchte die Staatsanwaltschaft Licht ins Dunkel einer fehlgeschlagenen Investition für eine Forellenzucht auf Rügen zu bringen. Gleichzeitig suchte der Staatsanwalt, Schuldige für verdorbenen Fisch zur Rechenschaft zu ziehen. Denn: Verdorbener Dorsch hatte in der Öffentlichkeit für beträchtliche Unruhe gesorgt. Das Drehbuch des Prozesses kannten Insider seit den sowjetischen Schauprozessen der 1930er Jahre sehr genau. Einerseits sollten schädliche Verbindungen von DDR-Bürgern zu ausländischen Faschisten und Agenten nachgewiesen werden, andererseits sollten persönliche Bereicherungen der Angeklagten entlarvt werden, um Haftgründe zu kreieren.

Rohde verteidigte sich nach langer Haftzeit mutig und wenig eingeschüchtert. Sein größtes Plus: Die meisten Zeugen stellten ihm in schwieriger Zeit ein herausragendes Zeugnis persönlicher Integrität aus. („Rohde hat sich sehr bemüht, die Fischwirtschaft in Gang zu bringen.“ „Rohde ist mir als ehrlicher Mann bekannt. Politisch konnte er sich aber nicht so durchsetzen.“) Als gravierendste „Straftat“ kristallisierte sich nur die zusätzliche Entlohnung der Fischer mit Naturalien heraus. Die Zusatzversorgung erfolgte mit Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Sowjetische Kontrollkommission hatte jedoch die Deputatspolitik verworfen. Die Staatsanwaltschaft forderte wegen zweier Vergehen eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren: „Zusammengezogen eine Zuchthausstrafe von vier Jahren.“

Sichtlich gezeichnet konterte Rohde im Schlussplädoyer: „Ich bin dem Ruf der Partei gefolgt und habe das Fischkombinat Saßnitz aufgebaut. Dies geschah unter den größten Schwierigkeiten. Als ich verhaftet wurde, habe ich geglaubt, daß es sich um einen Scherz handelt. Ich bitte um ein mildes Urteil.“ (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833). Das Gericht verurteilte den ehemaligen Chef des Kombinats zu drei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft rechnete das Gericht an und setzte den Rest der Strafe zur Bewährung aus.

Das Urteil schlug innerbetrieblich Wellen, mit denen parteiintern wohl niemand gerechnet hatte. Vor allem aus der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) erhob sich ein wütender Proteststurm. Die stellvertretende gewerkschaftliche Betriebsvorsitzende Czerny, die den Prozess verfolgt hatte und dort Rohde rundum entlastet hatte, riskierte in einem Schreiben an die Bezirksleitung der SED am 2. Dezember 1952 Kopf und Kragen: „Diesen Bericht übersenden wir Euch, weil wir der Meinung sind, daß hier Genossen unrechtmäßig verurteilt sind und unsere Partei sie davor schützen muss.“ Mutig forderte die Kollegin: „Auch um das Ansehen unserer demokratischen Justiz wiederherzustellen, ist eine Revision des Urteils angebracht, denn die Verhandlungen waren öffentlich und der Prozess hat weite Kreise über den Betrieb hinaus gezogen.“

Schenkt man den engagierten gewerkschaftlichen Schreibern Glauben, so drohten qualifizierte Fachkräfte in Rohdes ehemaligem Betrieb, künftig jede Verantwortung auf Leitungsebene abzulehnen. Gleichzeitig überhäufte die Protestierenden Rohde mit fachlicher Anerkennung. (Landesarchiv Greifswald, Rep. 296a Nr. 833). Die Protestwelle sagt viel über reale Machtverhältnisse in der jungen DDR aus. Selbstbewusster Widerspruch gegen politische Willkür war nicht unmöglich. Nur der Widerspruch musste von realer „Arbeitermacht“ gespeist werden und von gewerkschaftlichen Funktionsträgern artikuliert werden. Dieses Glück hatte Friedrich Rohde auf seiner Seite.

Am Heiligen Abend 1952 verließ Rohde das Gefängnis als freier Mann. Bereits nach kurzer Zeit stellte die Abteilung Wirtschaft der Bezirksleitung der SED den auf Bewährung Verurteilten als Werkbeauftragten für Schiffbau und Reparatur ein. Die weitere Karriere liest sich, als „ob nichts gewesen wäre“. 1953 übernahm Rohde die Bauaufsicht auf der Werft Gehlsdorf; im März 1954 inthronisierte ihn die Leitung des Fischkombinats als Chef der Technischen Abteilung. Der Karrieresprung vom Leiter der Technischen Abteilung hin zum Produktionsleiter für den Betrieb Fischfang am 1. Mai 1955 war auch mit einem „Einkommenssprung“ verbunden. Sein Monatslohn stieg von 850 Mark auf 1.300 Mark der DDR an, lag damit aber immer noch um 100 Mark unter dem Lohn vor seiner Verurteilung. Beruflich endete Rohde quasi dort, wo er auch erfolgversprechend gestartet war.

REHABILITIERUNG

1956 – in der Sowjetunion läutete Nikita Chruschtschow die Entstalinisierung ein – hob die Staatsanwaltschaft das Urteil gegen Rohde auf und rehabilitierte ihn vollständig. In einem späteren polizeilichen Führungszeugnis fehlten folgerichtig auch alle Hinweise auf die Verurteilung. Falsche Anschuldigungen – so hieß es nun fadenscheinig – seien von feindlichen Agenten erfolgt. Mehr als die juristische Rehabilitation scheint Rohde die innerparteiliche Wiedergutmachung interessiert zu haben. Fast flehentlich schrieb er im Juni 1953 an die bezirkliche PKK (Partei-Kontroll-Kommission): „Ich kann auf meine Mitgliedschaft nicht verzichten, da ich seit meinem 18. Lebensjahr politisch für die Arbeiterbewegung tätig gewesen bin.“ Aus ungezählten autobiographischen Zeugnissen von Aktivisten der Arbeiterbewegung wissen wir: Die Gruppenzugehörigkeit, die Akzeptanz durch andere Genossinnen und Genossen, die geselligen Komponenten des Gruppenlebens in einer als „feindlich“ empfundenen Umwelt stärkten den inneren Kern, ohne die ein Leben (oder auch Überleben) scheinbar nicht möglich war. Friedrich Rohde machte keine Ausnahme.

Die Bezirks-Partei-Kontrollkommission in Rostock hob den Parteiausschluss im Dezember 1953 auf und wandelte den Ausschluss in eine „Rüge“ um. Rohde lies indes nicht locker. Er weigerte sich, die Begründung für die „Rüge“ zu unterschreiben. Im März 1957 hatte Rohde mit seiner Renitenz Erfolg: Kurz und knapp lautete das Urteil der Kontrollkommission: Dem Antrag wird stattgegeben, die Parteistrafe „Rüge“ wird gelöscht. Rohde stand wieder als ehrbarer Mann da.

Gilt es nun, besondere Leistungen des Rehabilitierten herauszustreichen? Lassen wir ihn selbst sprechen. In knappen Interviews in der Zeitung „Fischkombinat“ (später: „Fischfang“) hat sich Rohde selbst geäußert. Der Bau neuer Kutterklassen lag ihm besonders am Herzen, den er als persönlichen Erfolg verbuchte. Hinzu kam die Einführung der „pelagischen Fischerei“, die entscheidend für den ganzjährigen Heringsfang im neuen Fanggebiet der Nordsee war. Auf diese Fangmethode, bei der alle Wassertiefen befischt werden können, war der gelernte Fischer besonders stolz. Auch schrieb er den Aufbau einer Betriebsberufsschule und den Bau eines Lehrlingswohnheims auf sein Konto. Das Parteikollektiv strich hingegen die Erhöhung der Fangquote von 2.000 Tonnen im Jahr 1949 auf 43.000 im Jahr 1962 heraus. Die Lobeshymnen hätten für den gelernten Fischer nicht ruhmreicher ausfallen können. (Entwicklung, VEB Fischkombinat Sassnitz, 1969, S. 21.)

Man mag es auch als spezielle Form der Wiedergutmachung ansehen: Lokale und überregionale Gremien überschütteten Rohde regelrecht mit Auszeichnungen: Medaille für die Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse in den Jahren 1918-1923, dreimalige Auszeichnung als „Aktivist“, zweimalige Verleihung der Medaillen für ausgezeichnete Leistungen, Würdigung mit dem Titel „Verdienter Aktivist“. Wie der Ex-Stutthöfer die Ehrungen erlebt hat, wissen wir nicht. Vermutlich werden sie ihm gefallen und ihn gestärkt haben. Seit den späten 1950er Jahren laborierte Rohde mit beträchtlichen Herzproblemen. 1962 – mit knapp 67 Jahren – verabschiedete sich Rohde in den Ruhestand. Aus „gesundheitlichen Gründen“ wie offiziell verlautbart. Das betriebliche Parteiorgan schlug zum Abschied fast zärtliche Töne an: „Zahlreiche junge Fischer wurden unter seiner Anleitung zu prächtigen Steuerleuten und Kapitänen herangebildet. Wir bedauern das Ausscheiden dieses stets hilfreichen Genossen, der einer der Besten unserer Grundorganisation war [...]“ [Ein Pionier des sozialistischen Aufbaus. In: Das Fischkombinat. Jg. 2 (November 1962), Nr. 19.]

Ein ehrender Höhepunkt stand allerdings noch aus: Die Verleihung des „Vaterländischen Verdienstordens in Bronze“ in „Würdigung seiner hervorragenden Leistungen beim Aufbau des volkseigenen Fischkombinats Saßnitz“ fünf Jahre nach seiner Pensionierung. [Fischfang, Jg. 8 (26. September 1967), Nr. 22]. Der Ordensverleihung gingen innerparteilich umfassende Recherchen zu Leben und Werk voraus. In den offiziellen Parteidokumenten findet sich nicht mehr die geringste Spur ehemaligen „Fehlverhaltens“.



Quelle: Stadtarchiv Saßnitz.

Friedrich Rohde. Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Bronze, September 1967.

DES LEBENS ENDE

Nach seiner Pensionierung blieb Rohde politisch aktiv. Als Mitglied der Veteranenkommission bei der SED Kreisleitung Rügen engagierte er sich bei den „Jugendstunden“ für die Jugendweihe und gab seine „Kampferfahrungen“ weiter. Seine Erfahrungen teilte er auch im betrieblichen Parteiorgan. Diesen knappen Berichten verdanken wir spannende Details aus seiner ehemaligen westpreußischen Heimat. Für Experten unschwer zu dechiffrieren: Der gelernte Fischer war nie ein Meister des geschriebenen Wortes. Rohdes rare überlieferten handschriftlichen Texte wirken wenig elaboriert. Seine authentischen Textpassagen in der lokalen Parteipresse kann man leicht herauslesen. Genauso gut zu erkennen: Die geglätteten Textpassagen, in denen im lokalen Parteiblatt Rohdes „Lehren der Geschichte“ mit den aktuellen Interessen der SED zur Deckung gebracht wurden.

Eine weitere Auffälligkeit: Der Name seines Heimatdorfes Stutthof fällt in keinem seiner Lebensberichte, weder in deutscher noch in polnischer Sprache. Es drängt sich fast der Eindruck auf, der letzte Bürgermeister der Deutschen in Stutthof versuchte (freiwillig oder auch nicht) seine Herkunft aus der Danziger Gegend zu verwischen. Große Spekulationen sind entbehrlich: Im ideologischen Kampf mit westdeutschen Vertriebenenverbänden sollte augenscheinlich nicht der geringste Anschein erweckt werden, als trauerten die ehemaligen Bewohner im jungen Arbeiter- und Bauernstaat ihrer alten Heimat nach. Die Herkunftsorte blieben ausgelöscht.

Nur eine überlieferte Quelle schlägt andere Töne an und lässt ein wenig von dem „Menschen“ Friedrich Rohde erahnen, der sich hinter dem „Klassenkämpfer“ Friedrich Rohde verbarg. Liesel Riefenstahl vom „Zirkel schreibender Arbeiter des Fischkombinats Saßnitz“ publizierte etwas verspätet zu Rohdes 70. Geburtstag eine kleine Skizze mit unpolitischen Episoden aus seinem gelebten Leben. Riefenstahls Text wirkt wie ein letztes Lebewohl: „Vor der Haustür steht Rohde und verabschiedet Gratulanten. In den noch immer unternehmungslustigen Augen spiegelt sich die Freude des heutigen Tages. Seine Gestalt ist fülliger geworden, doch keineswegs verraten sie den 70jährigen.“ [Liesel Riefenstahl: Gratulanten In: Fischfang, Jg. 7 (20. April 1969, Nr. 14].

Bereits 1968 mussten Friedrich Rode und seine Frau Meta einen herben Schicksalsschlag hinnehmen. Am 18. Juli 1968 verstarb mit 44 Jahren die einzige Tochter Erika. Das Ehepaar überlebte somit beide Kinder. Friedrich Rohde verstarb am 21. Januar 1970 in seiner neuen Heimat Saßnitz auf Rügen. Unter der Überschrift „Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen“ – tausendfach in der Presse der Arbeiterbewegung für Nachrufe gewählt – zählte das „Organ der Parteiorganisation der SED des VEB Fischkombinats und VEB Fischwerk Saßnitz (Rügen)“ minutiös alle Ehrenbezeichnungen und verliehenen Orden auf. [Fischfang, Jg. 11 (4. Februar 1970), Nr. 5]. Zwei Jahre später folgte ihm seine Frau Meta nach. Sie starb mit 70 Jahren am 17. März 1972 in Saßnitz.

WAS VOM LEBEN ÜBRIG BLEIBT

„Unvergessen“ zählt gewiss zu der am häufigsten gebrauchten Vokabel betrieblicher und politischer Nachrufe. Die Realität sieht meist anders aus. Erinnerung an den Betrauten verblassen in der Regel schnell: Weggenossen werden alt, verlieren an Einfluss, „Errungenschaften“ des Verstorbenen werden als selbstverständlich hingenommen oder werden obsolet. Wie steht es nun um Friedrich Rohde? Hat er Spuren hinterlassen? Sind diese Spuren noch sichtbar? Gibt es Chancen einer Wiederentdeckung?

Ein halbes Jahr nach seinem Tod illustrierte ein Autorenkollektiv seine „Bilder zur Geschichte Rügens“ nicht nur mit einer Reproduktion des Jugendblasorchesters Saßnitz, der in Rügen aufgeführten „Störtebekerballade“ und einer Rügener Protestkundgebung gegen den Vietnam-Krieg, auch Friedrich Rohde kam mit einem Altersbild im Ordensschmuck zur Geltung. (Bilder zur Geschichte Rügens, S. 54). Noch dreizehn Jahre später referierte eine Chronik der Kreisparteiorganisation Rügen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Jahre 1945/46 – 1952 Rohdes Beitrag beim einjährigen Jubiläum der volkseigenen Fischereiflotte. (Die Entwicklung der Kreisparteiorganisation Rügen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 54).

Ein längerer Beitrag ist den frühen Parteiausschlüssen gewidmet: „Die Partei trennte sich zugleich von Elementen, die wegen ihrer persönlichen Karriere der Partei beigetreten waren oder ihre feindliche Tätigkeit gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat mit ihrer Zugehörigkeit zur SED getarnt hatten.“ Hier sucht man allerdings Rohdes Name vergeblich. (Die Entwicklung der Kreisparteiorganisation Rügen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, S. 114).

Mit dem Untergang der DDR, der Selbstauflösung der SED und der Reprivatisierung der Fischfangindustrie verschwanden auch die Träger, die Rohdes Name – unter „Glättung“ der Historie – bislang hochgehalten hatten. Schlaglichtartig blitze seit 1989 in der Literatur die eine oder andere Facette auf, die mit Rohdes Name verknüpft war. Der Rügener Pfarrer Martin Holz strich in seiner Dissertation „Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961“ mehrfach Rohdes Rolle bei der Integration geflüchteter und vertriebener Fischer aus Ostdeutschland heraus. In Köln fahndete Professor Wilhelm Heinz Schröder nach Leben und Werk des ehemaligen Danziger SPD-Volkstagsabgeordneten.

Nun lassen sich auch für die Zukunft Felder denken, die es wert wären, im Hinblick auf Rohdes Tätigkeit genauer „beackert“ zu werden: Eine politische Heimatgeschichte der ländlichen Kreise des Freistaates Danzig stehen noch aus. Über die Repressionen gegen ehemalige linke Kader der SPD in der frühen DDR, die sich guten Mutes an den antifaschistischen Aufbau machten, wissen wir immer noch zu wenig.

Rohdes „eigentliche“ Wiederentdeckung der letzten Jahre vollzog sich „heimlich“ und wenig spektakulär. Seit ein paar Jahren boomt die Familienforschung und sie boomt vor allem bei den Nachfahren jener Familien, die unfreiwillig und gegen ihren Willen ihre Heimat im Osten Deutschlands verlassen mussten. Mittlerweile hat es sich bis in die deutschen Leitmedien herumgesprochen, „dass auch das emotionale Erbe von Generationen weitergereicht wird. Nicht allein die Erinnerungen privaten Glücks und Unglücks, die vielen kleinen und großen Geschichten, die Eltern, Großeltern ihren Kindern oder Enkeln erzählen. Sondern auch die ganz großen Geschichten, die Katastrophen, die Schicksalsschläge, die Traumata.“ Oder wie es der Spiegel in seiner Titelgeschichte „Familien und ihre Geheimnisse. Wie unsere Vorfahren unser Leben prägen“ salopp zusammenfasste: „Und eigentlich müssten die Fotoalben im Wohnzimmerregal neben den Geschichtsbüchern einsortiert werden. (Der Spiegel, Nr. 52, 15. Dezember 2018, S. 106).

Aus gesammelten Familiendaten erwachsen kleine Abhandlungen, die nur für Freunde und nächste Familienangehörige bestimmt sind. Kleine und große Familiengeschichten finden ihren Weg ins Internet oder als Privatdruck auch Aufnahme in Pflichtexemplar- und Spezialbibliotheken. Auch „große Literatur“ entstand. Wer wusste vorher schon, dass der bekannte Sozialwissenschaftler Oskar Negt - als Sohn eines kleinen ostpreußischen Bauern, der zur Sozialdemokratie neigte - auf seiner „Westverschickung“, von den Eltern getrennt, in einem dänischen Flüchtlingslager entscheidende Lebensimpulse empfing?

Recherchiert man in den beiden kostenpflichtigen Datenbanken „Ancestry“ und „MyHeritage“, in denen Millionen Lebensschicksale sich in knappen genealogischen Daten widerspiegeln, so stößt man schon bei den allerersten Recherchen auf den Namen des Stutthöfer Fischers. Menschen nehmen also Friedrich Rohde als einen der „ihren“ wahr, der „irgendwie“ mit ihnen verwandt ist und „irgendetwas“ mit ihnen zu tun hat. Eine wie auch immer geartete Familiengeschichte zu Rohdes Schicksal ist daraus nicht erwachsen. Direkte Nachfahren Friedrich Rohdes konnten sich nach der Wende mit anderen Betroffenen nicht austauschen. Das Ehepaar Rohde überlebte seine beiden Kinder.



Quelle: Stadtarchiv Saßnitz.

Friedrich Rohde. Verleihungszeremonie Vaterländischer Verdienstorden in Bronze im September 1967. Rechts von Friedrich Rohde seine Ehefrau Meta (geb. Kochanski).

Die Wiedervereinigung ermöglichte nach 1989 auch eine Wiedervereinigung der sog. Erlebnisgeneration. Auf den Stutthöfer Heimattreffen tauchten nun - fast unerwartet – die in Stutthof geborenen ehemaligen DDR-Bürger auf. Einige kamen von der Insel Rügen, um nach vielen Jahren auch ihre Erfahrungen zu teilen. Kluge Kulturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler haben einen „im Rentenalter einsetzenden Erinnerungsschub, verbunden mit dem Wunsch nach Rückblick oder sogar Niederschrift biographischer Erfahrungen“ einfühlsam beschrieben und nach Erklärungen gesucht. (Jutta Faehndrich, Jutta: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen, S. 94). Durchblättert man die Berichte der Heimattreffen und die erschienenen Heimatbücher zu Stutthof, so erahnt man, welche große Bedeutung Sprechen und Erinnern für die Erlebnisgeneration hatte, die bei ihren Meetings meist zu den Geburtsjahrgängen 1920 bis 1930 zählte.

Durchgängig ausgeblendet blieben bei den Treffen allerdings die politischen Dimensionen des eigenen Leides. Oder noch pointierter formuliert: Ausgeblendet blieben Fragen nach den eigenen Familienanteilen. Hatten die eigenen Eltern durch ihre politischen Wahlentscheidungen vielleicht etwas mit dem eigenen Unglück zu tun? Solche Töne gab es; aber sie kamen meist von Nachfahren mennonitischer Glaubensrichtungen, die sich mit Scham und Betroffenheit dazu äußerten, dass ihre Vorfahren das pazifistische Erbe ihrer Glaubensrichtung „vergessen“ hatten. Wer intensives Quellenstudium nicht mag, findet in einem „fiktiven“ Roman, über eine mennonitische Familie aus dem Werder Belege in Hülle und Fülle. Der „Krimi“, der leider nie eine deutsche Übersetzung fand, wirkt heute noch wie aus der Wirklichkeit gegriffen. (James D. Yoder: Black Spider over Tiegenhof. 1995).

Zurecht wurde auf den Stutthöfer Treffen derjenigen Marinesoldaten gedacht, die unter Einsatz ihres Lebens westpreußische Flüchtlinge nach Norddeutschland und Dänemark brachten. Mutter, Großmutter und Tante des Autors gehörten zu den Dankbaren. Allerdings: Wer gedachte der politischen Opfer in der eigenen Gemeinde, die genau dieses Schicksal verhindern wollten?

Die kleine vorliegende Arbeit verdankt u.a. ihre Entstehung der Auseinandersetzung des Autors mit den nächsten Verwandten. Da ging es innerfamiliär in den späten 1960er Jahren um moralische Schuld, Unschuld, politische Verantwortung, Eigenverantwortung und Verdrängung. Vieles ist in den Jahren milder geworden und das Verständnis für die Aufarbeitung des Leides der eigenen Familie wuchs. Im gleichen Maße wuchs das Verständnis für den Heimatbegriff und was es bedeutete, diese Heimat zu verlieren.

Vor allem die Beiträge von Helga Hirsch und ihre Studie „Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema“ waren dabei hilfreich. („Heimat seien die Lebensräume mit ihren Klängen, Gerüche, mit Sprache, Verhalten, die das Kind verinnerliche und in das es einen Teil seiner ursprünglichen Bedürfnisse deponiere.“) (Helga Hirsch: Schweres Gepäck, S. 227). Dennoch: Angesichts einer politisch hochbrisanten politischen Diskussion in Deutschland über Flucht, Vertreibung und Integration sollte nie vergessen werden, über politische Ursachen von Flucht, Vertreibung und Entwurzelung zu reflektieren. Das gilt für die Jetztzeit wie für die historische Aufarbeitung.

Nun soll die Präsentation einer kleinen Biographie nicht allzu schwer daherkommen. Die intellektuelle Reichweite gedruckter Texte ist arg begrenzt. Wenn die kleine Studie über Friedrich Rohde anregen sollte, stärker über eine „politische Heimatgeschichte“ nachzudenken, hätte sie ihren Zweck erfüllt.

BIBLIOGRAPHIE

Monographien und Artikel

2. Heimattreffen der Stutthöfer. Müden an der Aller 6. und 7. Mai 1995. o. O., 1995.
3. Heimattreffen der Stutthöfer. Müden an der Aller 4. und 5. Mai 1996. o. O., 1996.
4. Heimattreffen der Stutthöfer. Müden an der Aller 16. bis 17. Mai 1998. o. O., 1998.
5. Heimattreffen der Stutthöfer. Müden an der Aller 16. bis 17. Mai 2000. o. O., 2000.
6. Heimattreffen der Stutthöfer. Müden an der Aller 10.-12. Mai 2002. o. O., 2002.

50 Jahre Grundmann & Gröschel. Bremerhaven 1954.

Andrzejewski, Marek u. Hubert Rinklake: „Man muß doch informiert sein, um leben zu können“ : Erich Brost - Danziger Redakteur, Mann des Widerstandes, Verleger und Chefredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Bonn 1997.

Andrzejewski, Marek: Opposition und Widerstand in Danzig 1933-1939. Bonn 1994.

Andrzejewski, Marek: Poland vis-à-vis Gdańsk social democrats 1918-1939. In: Acta Poloniae Historica 38 (1978), S. 131-146.

Andrzejewski, Marek: Socjaldemokratyczna Partia Wolnego Miasta Gdańska 1920-1936. Gdańsk 1980. (Wydział nauk społecznych i humanistycznych : Seria Monografii ; 74) [Mit deutscher Zusammenfassung].

Beckmann, Werner: Die Reedereien der Hochsee- und Heringsfischerei in Bremerhaven. Bremerhaven 2003. (Sonderveröffentlichung des Heimatbundes der Männer vom Morgenstern. Bd. 40).

Bilder zur Geschichte Rügens. Von der Befreiung vom Faschismus bis zum 25. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Hrsg.: Kreisleitung Rügen der SED. Putbus 1970.

Brost, Erich: Erich Brost im Exil. Briefe und Artikel 1936-1945. Bonn 2003.

Ciencala, Anna M.; Die Freie Stadt Danzig in der Politik Großbritanniens 1933-1938. In: Danzig - sein Platz in Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg.: Udo Arnold, Warschau/Lüneburg 1998, S. 103-146.

Dähnhardt, Dirk: Von der Meuterei zur Revolution. Kiel als Ausgangspunkt der Novemberrevolution 1918. In: Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein. Bonn 1996, S.133-140.

Entwicklung. VEB Fischkombinat Sassnitz. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im VEB Fischkombinat Sassnitz. Schwerin 1969.

Die Entwicklung der Kreisparteiorganisation Rügen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Chronik 1945/46-1952. Rostock 1983.

Faehndrich, Jutta: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen. Köln 2011 (Visuelle Geschichtskultur. Bd. 5).

Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik. Hamburg 1986 [1. Aufl.: Offenbach 1948].

Gippert, Wolfgang: Kindheit und Jugend in Danzig 1920 bis 1945. Identitätsbildung im sozialistischen und im konservativen Milieu. Essen 2005.

Gutowski, Kurt: Een Schtoothöffa enn de Fremd, Ein Stutthöfer in der Fremde. Zusammen gestellt, überarbeitet, ergänzt, erläutert und herausgegeben von Jürgen Pinnow. Westerland/Sylt 2001.

Gutowski, Kurt: Gedichte (Stutthöfer Platt und Hochdeutsch) und eine Stutthöfer Platt-Wörterliste. Von Kurt Gutowski zusammengestellt, ergänzt, erläutert und herausgegeben von Jürgen Pinnow. Westerland 1999.

Gutowski, Kurt: Ût Miena Schtoothöffa Kinga-Tied. Schtoohoff, Värtaalkes, Jedichte (Schothöffa Plaut onn Höachdietsch) on eene Schtothöffa Plaut-Wörta-Lest. Aus meiner Stutthöfer Kinderzeit.

Heike, Otto: Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen. Dortmund 1969.

Herbig, Rudolf: Wirtschaft, Arbeit, Streik, Aussperrung an der Unterweser. Wolframs-Eschenbach 1979.

Hirsch, Helga: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema. Hamburg 2004.

Holz; Martin: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961. Köln 2004. (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Pommern V 39).

Jensen, Jürgen: Kiel und die Novemberrevolution. In: Revolution und Revolutionsforschung. Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19, Kiel 2011. Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 67).

- Klinger, Ralf: Einmal nach Hause und zurück. O.O., o.J. [ca. 1981].
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der Vertriebenen nach 1945. München 2008.
- Loops, Ernst: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung. Danzig 1929.
- Matull, Wilhelm: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer. Würzburg 1973 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53).
- Muhl, John: Die Geschichte von Stutthof. Danzig 1928.
- Negt, Oskar: Überlebensglück. Eine autobiographische Spurensuche. 2. Aufl. Göttingen 2017.
- Owsiński, Marcin: Die drei Welten von Stutthof. Kurort - Lager – Normalität. In: „Unbeteiligte“ und Betroffene. Aspekte der Wahrnehmung des NS-Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs sowie nach Kriegsende. Frankfurt am Main 2015, S. 17-40.
- Owsiński, Marcin: Die Deutschen in Stutthof und Sztutowo. In: Die Politik der Behörden gegenüber der „autochthonen“ Bevölkerung und Einstellungen deutschstämmiger Bevölkerungsteile in Polen in den Jahren 1945 bis 1989. Gliwice 2015, S. 432-445.
- Rehaag, Günter: Ostseebad Stutthof. Grenzdorf B, Bodenwinkel, Ostseebad Steegen. Kreis Großes Werder, Danzig-Westpreußen. Zusammengestellt u. gestaltet von Günter Rehaag unter Mitwirkung von Anneliese Klingauf/Haase. Hrsg.: Heimat-Dokumentation Stutthof, Danzig-Westpreußen. Preetz 1995.
- Rehaag, Günter: Ostseebad Stutthof. Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland. Bodenwinkel, Vogelsang, Neue Welt, Ostseebad Steegen, Grenzdorf B, Grenzdorf A, Groschkenkampe, Stobbendorf, Fischerbabke. Kreis Großes Werder, Danzig-Westpreußen. Einwohnerverzeichnisse Ostseebad Stutthof, Bodenwinkel. Zusammengestellt und gestaltet von Günter Rehaag. Hrsg.: Heimat-Dokumentation Stutthof, Danzig-Westpreußen. Plön 1997.
- Rehaag, Günter: Rückkehr an die Danziger Bucht. So könnte es sein. An der Weichsel und am Frischen Haff. Erarbeitet und gestaltet von Günter Rehaag. Hrsg.: Heimat-Dokumentation Stutthof, Danzig-Westpreußen. Preetz 2001.
- Schenk, Dieter: Danzig 1930-1945. Das Ende einer Freien Stadt. Berlin 2013.
- Schmole, Angela: AV 10/71 – Ein Mann im Hintergrund. Der Nachlaß Anton Plenikowski im MfS-Archiv. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 23 (2008), S. 156-165.
- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999. (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Bd. 12).

Stavorius, Günter: Die Geschichte der Königlichen-Kaiserlichen Werft Danzig 1844-1918. Köln u.a. 1990. (Veröffentlichungen aus dem Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd. 27).

Stoltenberg, Irmgard: Mein Heimatdorf. Ostseebad Stutthof Danziger Niederung/Kreis Großes Werder. Kiel 2000.

Stoltenberg, Irmgard: Ein Stück Zeitgeschichte in Briefen (1943-1984). Aus Familienbesitz gesichtet, abgeschrieben und zusammengefaßt von Irmgard Stoltenberg, geb. Krause aus Stutthof bei Danzig. Kiel, 1996.

Stutthof. Ein Konzentrationslager vor den Toren Danzigs. Hrsg.: Hermann Kuhn. Historischer Abriss: Janina Grabowska, 2. Aufl. Bremen 2004.

VEB Fischkombinat Sassnitz 1949-1974. Betriebsgeschichte. Erarb. im Auftrag des VEB Fischkombinats Saßnitz durch die Betriebsgeschichtskommission des VEB Fischkombinats Saßnitz. Saßnitz 1974.

Voß, Karl-Heinz: Der 24-Meter-Holzkatamaran im VEB „Fischkombinat Sassnitz“. Norderstedt 2018.

Weede, Hans: Fischer und Fischerei in Ostpreußen. Glückstadt 1974.

Yoder, James D.: Black Spider over Tiegenhof. Scottsdale 1995.

Periodika

Danziger Arbeiter-Zeitung, 5 (1930) – 6 (1931).

Danziger Volksstimme, 11 (1920) – 27 (1936).

Fisch-Kombinat. Organ der Parteiorganisation der SED im VEB Fischkombinat Sassnitz (Rügen), Jg. 1956 – Jg. 1959.

Fischfang. Organ der Parteiorganisation des VEB Fischkombinats Sassnitz-Rügen, Jg. 1960 – Jg. 1983.

Handbuch für den Danziger Volkstag, 3. Wahlperiode 1928/1931, Danzig 1928.

Mitteilungen der Vertretung der Stadt Tiegenhof, 1 (1957) – 8 (1969).

Tiegenhöfer Nachrichten, 10 (1971) – 38 (2017).

Tiegenhöfer Wochenblatt, 9 (1970) – 10 (1971).

Verhandlungen des Volkstages der Freien Stadt Danzig, 3. Wahlperiode 1928-1930. Danzig 1930 - 1931.

Volkswacht. Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen, 1 (1910) – 10 (1919).

Archivalien

Archiv der sozialen Demokratie Bonn
Nachlass Karl Töpfer.

Landesarchiv Greifswald
Kaderakte Friedrich Rohde Rep. 296a Nr. 833.

Internetquellen

<https://www.ancestry.de/> [kostenpflichtig].

Heimatortskartei Danzig-Westpreußen, 1939-1963 (<https://www.familysearch.org/search/catalog/232907?availability=Family%20History%20Library>)

<https://www.myheritage.de/> [kostenpflichtig].

DEUTSCH-POLNISCHE ORTSNAMEN-KONKORDANZ

Bodenwinkel - Kały Rybackie
Bohnsack - Sobieszewo
Damerau - Dąbrowa
Danzig - Gdansk
Elbing - Elbląg
Graudenz - Grudziądz
Grenzdorf - Płonina
Hela - Hel
Jungfer - Marzęcino
Ladekopp - Lubieszewo
Neuteich - Nowy Staw
Nickelswalde - Mikoszewo
Pröbbernau - Przebrno
Schiewenhorst - Świbno
Steegen – Stegna
Stutthof – Sztutowo
Stobbendorf - Stobiec
Tiegenhof - Nowy Dwór Gdański
Tiegenort - Tujsk
Zoppot - Sopot

DEUTSCH-RUSSISCHE ORTSNAMEN-KONKORDANZ

Pillau – Baltijsk

ZOPPOT

1901/1891

Danzige



r

Bucht

